

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Matthias Jung

## Parteiensystem und Wahlen in der DDR

Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990  
und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990

Bernd Lindner

## Die politische Kultur der Straße als Medium der Veränderung

Karl-Rudolf Korte

## Die Folgen der Einheit

Zur politisch-kulturellen Lage der Nation

Karlheinz Blaschke

## Alte Länder – Neue Länder

Zur territorialen Neugliederung der DDR

B 27/90  
29. Juni 1990

Matthias Jung, Dipl.-Volkswirt, geb. 1956; seit 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim.

Veröffentlichungen zur Wahlforschung, Methoden der Umfrageforschung und zur Militärsoziologie.

Bernd Lindner, Dr. phil., geb. 1952; Kunst- und Literatursoziologe; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig.

Veröffentlichungen u. a.: Bilder, Bilder, Bilder . . . Zur visuellen Erlebniswelt Heranwachsender, in: Schauplatz 2, Berlin 1988; (zus. mit Hans Jörg Stiehler) Annäherung an ein Publikum. Die X. Kunstausstellung und ihre Besucher, in: Bildende Kunst, (1988) 10; Gegenwartsliteratur und junge Leser — eine literatursoziologische Studie (Schriftenreihe zur Kinderliteratur 23), Berlin 1989; (Hrsg. mit Helmut Göhler und Dietrich Löffler) Buch — Lektüre — Leser. Erkundungen zum Lesen, Berlin 1989; Die Leipziger Schule und ihr Publikum, in: Katalog Leipziger Schule. Malerei/Grafik/Fotografie, Oberhausen 1990; Soziologie der Losungen, in: Wolfgang Schneider (Hrsg.), Leipziger Demontagebuch. Demontage.Tagebuch.Demontage, Leipzig 1990.

Karl-Rudolf Korte, Dr. phil., geb. 1958 in Hagen; Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Pädagogik in Mainz und Tübingen; seit 1986 stv. Leiter der Forschungsgruppe Deutschland am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: Nippons neue Vasallen? Die Japanpolitik der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1984; (Mitautor) Nur verpaßte Chancen? Die Reformberichte der EG, Bonn 1984; Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren, Köln 1990; zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften und Sammelbänden zur Deutschland- und Europapolitik sowie zur politischen Kultur in Deutschland.

Karlheinz Blaschke, Dr. phil. habil., geb. 1927; Dozent am Theologischen Seminar Leipzig; Mitglied der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Veröffentlichungen u. a.: Sächsische Verwaltungsgeschichte, Potsdam 1958; Obersachsen und die Lausitzen, in: Territorien-Ploetz, Geschichte der deutschen Länder, Würzburg 1964; (Mitarbeit) Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands, Bd. 8: Sachsen, Bd. 11: Sachsen-Anhalt, Stuttgart 1965 und 1975; Die Verwaltung in Sachsen und Thüringen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, hrsg. von K. G. A. Je- serich, Bd. 2—4, Stuttgart 1983—1985.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.



# Parteiensystem und Wahlen in der DDR

Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990  
und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990

Am 18. März 1990 fanden im Gebiet der DDR die ersten freien, allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen nach 12 Jahren nationalsozialistischer und 45 Jahren kommunistischer Diktatur statt. Der jüngste Wahlberechtigte bei dieser Wahl, der schon einmal an einer freien Wahl (1932) teilnehmen konnte, war bereits 79 Jahre

alt. Für alle, die jünger waren, war es die erste freie Wahl in ihrem Leben. Diese Tatsache macht zum einen die historische Dimension und die Bedeutung des 18. März 1990 deutlich, zum anderen erklärt sie so manche Eigenartigkeit der öffentlichen und privaten Befindlichkeit im Kontext dieser Wahl<sup>1)</sup>.

## I. Die Entstehung des Parteiensystems in der DDR

Als am 20. Februar 1990 das Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik verabschiedet wurde, war noch kein halbes Jahr vergangen, seit Egon Krenz am 1. Oktober 1989 in Peking die Gemeinsamkeiten mit der Volksrepublik China und ihrer blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung beschworen hatte. In diesen viereinhalb Monaten war das SED-Regime unter dem Druck zunächst der Fluchtwelle, später dann unter dem der Straße zusammengebrochen, die Mauer geöffnet und die „Stasi“ zumindest in ihrer großen Masse aufgelöst worden. Mit der Streichung der „führenden Rolle der SED“ aus der Verfassung der DDR am 1. Dezember waren die alten Blockparteien eigenständig geworden, der freien Entfaltung der neugegründeten Parteien und Gruppierungen standen zumindest keine Verfassungsvorschriften mehr im Wege. Mit der Entscheidung, die Volkskammerwahlen vom 6. Mai auf den 18. März vorzuziehen, hatte die DDR die Wegbereiter der Demokratisierung Osteuropas, Polen und Ungarn, überholt.

Möglich und notwendig wurde dies, da die DDR aufgrund der Allgegenwart der Alternative Bundesrepublik jeden Tag, an dem die SED noch an den Schalthebeln der Macht saß, mit dem Exodus

von Tausenden ihrer leistungsfähigsten Arbeitskräfte bezahlen mußte.

Die Nähe des Modells Bundesrepublik beschleunigte den Prozeß der Demokratisierung der DDR noch aus einem anderen Grund; konnte es doch bei allen problematischen Entscheidungen immer als Referenzsystem und Vorbild dienen. Ohne diese Tatsache und die massive personelle und materielle Hilfe der „West-Parteien“ wäre der Aufbau eines pluralistischen Parteiensystems in dieser kurzen Zeit nicht möglich gewesen. Die Chancen, sich im Wahlkampf gegen den etablierten und gut gerüsteten Apparat der SED behaupten zu können, wären minimal gewesen.

Für die Wahlen am 18. März waren landesweit 24 Listen zugelassen worden, 23 davon traten zur Wahl an. Neben einer Reihe von aussichtslosen Splittergruppen, unter denen sich u. a. auch eine Biertrinkerunion Deutschlands befand, bestand das Parteiensystem der DDR unabhängig von der jeweiligen politischen Orientierung aus vier grundsätzlich unterschiedlichen Typen von Parteien.

Da war zunächst die SED, die sich zwar einen neuen Namen gegeben hatte, auch einige Dutzend ihrer führenden Funktionäre unter dem Druck der Öffentlichkeit ausgeschlossen und sich einen agilen und sehr geschickt agierenden Vorsitzenden gewählt hatte, die jedoch selbst angesichts des völligen Bankrotts ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu keinem Zeitpunkt daran dachte, den Kampf um die Erhaltung ihres Einflusses aufzuge-

<sup>1)</sup> Zu den Ausführungen über die Entwicklung des Parteiensystems vgl. auch: Deutschland-Report, (1990) 8, Parteien im Aufbruch; für die anderen Teile: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 56, Mannheim 1990 (Wahl in der DDR) und Wolfgang G. Gibowski, Demokratischer (Neu)Beginn in der DDR, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1990) 1.



ben. Innerhalb kurzer Zeit war es den neuen Vertretern der gleichen Organisation, die für Schießbefehl und Bauten verantwortlich zeichnet, nicht ohne Erfolg gelungen, sich zur wahren Sachwalterin von Demokratie, sozialer Sicherheit und Menschenrechten aufzuschwingen. Dieser rasche Übergang zur Tagesordnung nach einer knappen Entschuldigung für die stalinistischen Entartungen, den die SED erhobenen Hauptes vollzog – wobei sie alle Macht der Verwaltung fest in der Hand behielt –, war verantwortlich für die latente Verunsicherung der Bevölkerung in der DDR bis zur Wahl, die den ökonomischen und gesellschaftlichen Aufbruch lähmte. Von dieser Verunsicherung war jedoch bei den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen wenig zu spüren; hier bot die Geborgenheit in der Masse Rückhalt.

Neben der SED gab es als zweite Gruppe die alten Blockparteien, die ebenfalls über eine landesweite, wenn auch nicht so gut ausgebaute Organisationsstruktur und insbesondere über eigene Zeitungen und Papierkontingente verfügten. Vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes waren die Blockparteien fast völlig abhängig von der SED und hatten die Aufgabe, jeweils spezielle „Zielgruppen“ an die sozialistische Gesellschaft zu binden. Dennoch boten sie Unterschluß für eine gewisse systemimmanente Kritik. Allein schon der Eintritt in eine dieser Parteien drückte unter den Bedingungen des totalen SED-Staates eine gewisse Distanz zum System aus.

Während die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) nicht zuletzt aufgrund eines fehlenden Pendants im Westen nicht so sehr im Zentrum der Aufmerksamkeit standen, war das bei der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) ganz anders. Beide Parteien beschritten jedoch ganz unterschiedliche Wege.

Zunächst profilierte sich die LDPD mit ihrem langjährigen Vorsitzenden Manfred Gerlach, der schon seit 1949 der Volkskammer angehörte und seit 1960 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates war, dadurch, daß sie am schnellsten und medienpolitisch am wirksamsten auf Distanz zur SED und ihren führenden Repräsentanten ging. Die LDPD fand jedoch lange Zeit nicht die Kraft, grundlegende personelle, programmatische und strukturelle Änderungen durchzuführen. Erst auf einem Sonderparteitag in Dresden im Februar, fünf Wo-

chen vor der Wahl, wurde ein neuer Vorsitzender gewählt, eine neue Parteistruktur verabschiedet und der Name der Partei in LDP geändert. Mit diesem langen Hinauszögern radikaler innerparteilicher Reformen verlor die LDPD viel von ihrem Ansehen, das sie in den Anfangstagen der Wende kurzzeitig gewonnen hatte.

In der Ost-CDU lief die Entwicklung eher umgekehrt. Hier hatte die Unzufriedenheit der Parteibasis einen innerparteilichen Reformprozeß schon relativ früh herbeigeführt. Bereits Anfang November 1989 kam es zu einem Wechsel im Amt des Parteivorsitzenden. Auf einem Sonderparteitag Mitte Dezember wurden neue Parteistatuten beschlossen. Danach folgte neben der Bildung von Vereinigungen – vergleichbar denen der West-CDU – die Wiedergründung der Landesverbände. Aufgrund dieser Umstrukturierung der Ost-CDU war die Partei in der Anfangsphase der Wende zwar stärker mit sich selbst beschäftigt, was einer öffentlichkeitswirksamen Profilierung teilweise im Wege stand. Sie hatte jedoch im Vergleich zu den anderen Blockparteien den innerparteilichen Reformprozeß schon relativ weit vorangebracht, was insbesondere ihre Ausgangsposition für die Verhandlungen über ein Parteienbündnis sowohl mit der West-CDU als auch mit den anderen christlich-konservativen Parteien in der DDR deutlich verbessern sollte.

Die dritte Gruppe von Parteien und politischen Vereinigungen stammt aus der Oppositionsbewegung des Vorherbst und wurde zu einem großen Teil von der evangelischen Kirche unterstützt. Hier ist in erster Linie das Neue Forum (NF) zu nennen, das bereits im September 1989 mit einem Gründungsauftritt hervortrat und sich als basisdemokratische Sammlungsbewegung verschiedenster friedens- und umweltpolitischer Bürgerinitiativen verstand. Ähnliche Ursprünge, wenn auch regional stärker begrenzt, hatten die Bürgerbewegungen Demokratie Jetzt (DJ), die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), aber auch der Demokratische Aufbruch (DA), der sich jedoch schon sehr früh als Partei konstituieren wollte und sich nach der Abspaltung eines linken Flügels als liberal-konservative Partei etablierte. Zu dieser Gruppe von Organisationen gehören neben der Grünen Partei auch noch die Deutsche Forums Partei (DFP), die als Abspaltung des Neuen Forums entstand, als es dort über die Frage, ob man den Status einer Partei annehmen sollte, zum Streit kam.

Typisch für diese Gruppe von Organisationen ist ihre große Heterogenität, die solange kein Problem



darstellte, wie sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf die Auseinandersetzungen mit der SED und dem staatlichen Unterdrückungsapparat konzentrierten. Sie wurde aber dann zu einem Problem, als es erforderlich wurde, ein selbständiges programmatisches Profil zu entwickeln und in Konkurrenz zu anderen demokratischen Gruppierungen zu treten.

Als vierte Gruppe von Parteien sind die eigenständigen Neugründungen zu nennen, die nicht in erster Linie aus den Bürgerinitiativen hervorgegangen sind. Hierzu gehören neben der SPD auch die DSU und die F.D.P. der DDR.

Der Gründungsauftrag für eine sozialdemokratische Partei wurde bereits Ende August veröffentlicht, die Gründung selbst folgte Anfang Oktober zunächst unter dem Namen Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP). Da die SDP in der Bonner SPD sofort einen Partner im Westen hatte, konnte sie mit deren Unterstützung sehr rasch mit dem Aufbau von Organisationsstrukturen auch auf lokaler Ebene in der ganzen DDR beginnen. Die Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ließ dann nicht mehr lange auf sich warten. Die SPD hatte im Vergleich zu allen anderen Parteien den Vorteil, daß sie als erste in den Genuß von personeller, materieller und organisatorischer Unterstützung durch eine Westpartei kam und deshalb von den Nicht-Blockparteien zum Jahresanfang mit Abstand am besten organisiert war. Deshalb war der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Ibrahim Böhme, die Wahlen zur Volkskammer auf den 18. März 1990 vorzuziehen, auch nicht ganz uneigennützig, zumal der SPD — durch wie auch immer zustande gekommene Umfragen — suggeriert wurde, sie habe glänzende Aussichten bei der Wahl.

Während sich die West-CDU bei der Partnersuche in der DDR sehr schwer tat, hatte die CSU bei der am 20. Januar 1990 in Leipzig gegründeten Deutschen Sozialen Union (DSU) kräftig Geburtshilfe geleistet. Die DSU entstand dabei als Zusammenschluß einer Vielzahl von christlich-konservativen Parteien und Gruppierungen überwiegend aus dem Süden der DDR.

Schließlich führte der von vielen Liberalen in der DDR als zu langsam empfundene Reformprozeß der Blockpartei LDPD zur Gründung einer Freien Demokratischen Partei (F.D.P.) nach dem Vorbild der West-F.D.P., die am 4. Februar in Ost-Berlin erfolgte.

Von Anfang an spielte die Frage von Bündnisbildungen eine große Rolle. Die Notwendigkeit wurde um so deutlicher, je mehr Gruppen und Parteien sich bildeten, die alle in Opposition zur SED standen. So war es nicht verwunderlich, daß man zeitweilig auch an ein breites Wahlbündnis aller aus der Protestbewegung hervorgegangenen Parteien und Gruppierungen unter Einschluß der SPD dachte. Nachdem aber abzusehen war, daß es bei den Wahlen nicht mehr so sehr um die Ablösung der SED, sondern vielmehr um die Weichenstellung für die Zukunft der DDR ging, wurde die Betonung unterschiedlicher programmatischer Aussagen der einzelnen Parteien und politischen Gruppierungen wichtiger als das gemeinsame Anti-SED-Bündnis.

Zur Wahl am 18. März traten insgesamt fünf Wahlbündnisse bzw. Listenverbindungen an. Davon sind jedoch neben der Grünen Partei, die zusammen mit dem Unabhängigen Frauenverband eine Liste einreichte, nur das Bündnis '90 (Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte), das somit als Sammelbecken der meisten Bürgerinitiativen und Protestgruppen des Vorherbestes diente, und der Bund Freier Demokraten (BFD) von Bedeutung, der einen Zusammenschluß sich als liberal verstehender Parteien (LDP, Deutsche Forumspartei und F.D.P.) darstellte und von der West-F.D.P. unterstützt wurde.

Hinzu kam noch die Allianz für Deutschland, ein Bündnis ganz anderer Art, dessen Parteien (CDU, DSU, DA) bei der Wahl zwar einzeln kandidierten, die jedoch mit Unterstützung der West-Union teilweise gemeinsam im Wahlkampf auftraten.

Gemeinsam war der Allianz für Deutschland und dem Bund Freier Demokraten, daß sie erst sehr spät und nur unter dem massiven Druck ihrer westlichen Partner entstanden. Beide setzten sich jeweils aus einer ehemaligen Blockpartei (CDU bzw. LDP), einer aus der Bürgerbewegung stammenden Partei (DA bzw. DFP) und einer erst nach der Wende entstandenen Partei (DSU bzw. F.D.P.) zusammen. Die Bereitschaft der historisch nicht belasteten Parteien, jeweils in ein Bündnis mit einer Blockpartei einzuwilligen, sowie die Unterstützung durch die demokratischen Parteien aus dem Westen trugen ganz entschieden dazu bei, daß die Tatsache, eine Blockpartei gewesen zu sein, für die Wahlentscheidung keine so große Rolle mehr spielte. Davon profitierte besonders die CDU, die ja unter dem gleichen Namen wie die Partei im Westen auf dem Stimmzettel stand.



## II. Das Wahlgesetz für die Volkskammer

Daß der Zusammenschluß von Parteien und Gruppierungen in der DDR eine so große Rolle spielte, wurde auch durch den ersten Entwurf eines Wahlgesetzes gefördert, der eine Mandatsverteilung jeweils auf der Ebene der 15 Bezirke der DDR vorsah, was zu einer je nach Größe der Bezirke unterschiedlich hohen impliziten Sperrklausel geführt hätte. Das dann am 20. Februar 1990, also vier Wochen vor der Wahl, verabschiedete Wahlgesetz sah solche Regelungen jedoch nicht mehr vor. Es enthielt ein reines Proportionalwahlrecht, bei dem die 400 Sitze der Volkskammer nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren vergeben wurden, nachdem die Stimmen für die einzelnen Listen landesweit addiert worden waren. Die Bezirke der DDR (Wahlkreise) waren nur noch insofern von Bedeutung, als auf dieser Ebene die Wahlvorschläge einzureichen waren, wobei die Wahlvorschläge der jeweiligen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen als verbundene Listen galten. Jeder Wähler verfügte über eine Stimme, die er für eine Liste abgeben konnte. Eine Briefwahl gab es nicht, mit Hilfe „flie-

gender Urnen“ konnten jedoch Wähler zu Hause aufgesucht werden. Zudem bestand die Möglichkeit, nach Ausstellung eines Wahlscheines in einem beliebigen anderen Wahllokal als dem zugeteilten an der Wahl teilzunehmen.

Das Wahlgesetz und die gleichzeitig verabschiedete Wahlordnung enthielten eine Reihe von Fristen, die selbst beim besten Willen aller Beteiligten nicht einzuhalten waren. So legte man beispielsweise fest, daß die Bildung der gut 20 000 Stimmbezirke bis spätestens 24. Februar bekanntzugeben war, obwohl das Gesetz erst am 23. Februar verkündet wurde und auch dann noch lange nicht in gedruckter Form zugänglich war. Trotz dieser durch den enormen Zeitdruck zwangsläufig aufgetretenen Unstimmigkeiten war die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Hier hatten die Erfahrungen mit den Wahlfälschungen bei der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 zu einem geschärften Bewußtsein bei allen Beteiligten geführt.

## III. Das Wahlergebnis vom 18. März

Mit der Öffnung der Wahllokale teilweise schon um 5 Uhr in der Frühe ging auch ein Wahlkampf zu Ende, der sich trotz des außerordentlich starken Engagements der westlichen Parteien ganz entscheidend von den Wahlkämpfen, wie wir sie in der Bundesrepublik gewohnt sind, unterschied. Zwar gab es auch in der DDR das ganze Repertoire moderner Wahlkampfführung wie Werbespots im Fernsehen, Aufkleber, Canvassing, Großflächenplakate usw., entscheidend geprägt wurde der Wahlkampf in seiner Schlußphase jedoch durch eine Vielzahl von Großkundgebungen, zu denen Zigtausende von Teilnehmern selbst bei ungünstiger Witterung kamen; etwas, das es in der Bundesrepublik nicht mehr gibt, wo es den Parteien ja schon schwerfällt, selbst bei Auftritten von Spitzenpolitikern einen größeren Saal zu füllen. Dabei dürften die sechs Wahlkampfauftritte Helmut Kohls in der DDR, die von fast jedem zehnten Wahlberechtigten besucht worden waren, mit zu den erstaunlichsten Phänomenen westlicher Wahlkämpfe zählen. In der DDR war der Wahlkampf jedoch nicht bloß ein Ritual, das an den Bürgern vorbei abgespult wurde, sondern er wurde von den Wählern intensiv dazu genutzt, um sich ein persön-

liches Bild von den Politikern und ihren Programmen zu machen.

Als um 18 Uhr die Wahllokale schlossen, war — allen Unkenrufen zum Trotz — mit 94,6 % eine sensationell hohe Wahlbeteiligung erreicht worden. Dabei waren die meisten schon sehr früh wählen gegangen. Dies lag nicht nur am guten Wetter, sondern auch daran, daß es im früheren SED-Staat notwendig gewesen war, früh wählen zu gehen, um den Besuch von „Wahlhelfern“ zu vermeiden, die sich am Nachmittag erkundigten, warum man seiner „Wahl“-Pflicht noch nicht nachgekommen war.

Wie bei einer Wahl in der Bundesrepublik bestritten ARD und ZDF die Wahlsendungen — ganz so, als ob die Vereinigung schon längst stattgefunden hätte. Sie sendeten direkt aus dem Palast der Republik, der wenige Monate zuvor noch Honekners Lieblings- und Prestigeobjekt war und früher strengstens von der „Stasi“ bewacht wurde. Das Wahlergebnis, das die fast identischen Prognosen von ARD und ZDF bereits um 18 Uhr vorwegnahmen, wurde allgemein als sensationell empfunden.



**Tabelle 1: Volkskammerwahl in der DDR – Ergebnisse nach Ländern**

	Allianz für Deutschland				BFD	SPD	Grüne + Frauen	Bündnis '90	PDS	Sonstige
	CDU	DA	DSU	Summe						
Mecklenburg	36,4	0,6	2,3	39,3	3,6	23,9	2,0	2,3	22,4	6,4
Brandenburg	34,0	0,8	3,7	38,5	4,8	28,9	2,1	3,3	18,4	4,0
Sachsen-Anhalt	44,7	0,6	2,4	47,8	7,7	23,6	1,8	2,2	14,0	3,0
Thüringen	53,0	1,6	5,6	60,2	4,6	17,4	2,1	2,0	11,2	2,4
Sachsen	43,6	0,9	13,2	57,7	5,7	15,1	1,7	3,0	13,3	3,5
Ost-Berlin	18,3	1,0	2,2	21,5	3,0	34,8	2,7	6,3	30,2	1,5
DDR gesamt	40,8	0,9	6,3	48,1	5,3	21,9	2,0	2,9	16,4	3,5

Die drei Parteien der Allianz für Deutschland kamen mit zusammen 48,1 % ziemlich nahe an die absolute Mehrheit, wobei die CDU (40,8 %) mit Abstand stärkste Partei wurde. Die DSU, obwohl durch die Vergangenheit nicht belastet, erzielte lediglich 6,3 %, während der Demokratische Aufbruch, nicht zuletzt aufgrund der Aufdeckung der Stasi-Vergangenheit seines Vorsitzenden Schnur, unter einem Prozent blieb. Die SPD wurde zwar zweitstärkste Partei, mit 21,9 % war sie jedoch nur halb so stark wie die CDU. Die PDS, wie sich die SED jetzt nannte, wurde mit 16,4 % drittstärkste Kraft in der Volkskammer. Der Bund Freier Demokraten, der im Wahlkampf recht blaß geblieben war, erreichte 5,3 %. Für viele unerwartet schlecht schnitt das Bündnis '90 ab (2,9 %), dessen Gruppen zweifellos einen wesentlichen Anteil am Sieg über das SED-Regime hatten. Außer der Demokratischen Bauernpartei (2,2 %) erhielt keine andere Liste mehr als 2 %.

Dieses Wahlergebnis paßte so überhaupt nicht zu den vorher veröffentlichten Meinungen und Erwartungen über den Ausgang der Wahl und auch nicht zu den zweifelhaften Umfragen, die bis dahin im Umlauf waren und ein gutes Abschneiden der SPD in Aussicht stellten. Zudem ließen auch die sozialstrukturellen Bedingungen in der DDR – ein hoher Arbeiteranteil und wenig Katholiken – sowie die Wahlergebnisse in der Weimarer Republik eher einen anderen Ausgang erwarten, zumal die SPD in der DDR im Gegensatz zur Ost-CDU durch die Vergangenheit nicht belastet und auch organisatorisch relativ gut gerüstet war, während sich die Allianz für Deutschland erst ziemlich spät im Wahlkampf konstituiert hatte.

Daß sich dieses Wahlergebnis jedoch nicht erst in der letzten Minute eingestellt hatte, zeigt die Um-

frage sehr deutlich, die die Forschungsgruppe Wahlen am 7. März begonnen hatte und die im wesentlichen eine Woche vor dem Wahltermin abgeschlossen war. Diese Umfrage war das erste Ergebnis einer nach westlichen Standards in der DDR völlig neu aufgebauten Interviewerorganisation, während sich die anderen Institute überwiegend der alten, SED-lastigen Interviewerstäbe bedienten. Sie zeigte auch, daß die veröffentlichten Meinungen und Erwartungen über den Ausgang der Wahl nicht ohne Wirkung auf die Bevölkerung geblieben waren: So erwarteten 57 % aller 1 450 zufällig ausgewählten Befragten in der DDR einen Sieg der SPD, lediglich 28 % einen der Allianz. In den Reihen der SPD glaubten sogar 91 % an einen Sieg ihrer Partei, während nur 56 % der CDU-Anhänger die Allianz als Gewinner der Wahl vom 18. März erwarteten.

### 1. Regionale Struktur

Typisch für das Wahlergebnis war ein sehr starkes Süd-Nord-Gefälle, insbesondere was das Abschneiden der Allianz angeht. Die in der Tabelle 1 ausgewiesenen Wahlergebnisse fassen die 15 Bezirke der DDR zu den fünf traditionellen Ländern zusammen, wobei Ost-Berlin, das eigentlich zu Brandenburg gehört, einzeln aufgeführt ist. Aufgrund der nicht völligen Deckungsgleichheit der Bezirksgrenzen mit denen der Länder, wie sie bis 1952 in der DDR existierten, werden die tatsächlichen Ergebnisse nicht ganz genau getroffen. Die Einzelergebnisse der Bezirke sind in der Tabelle 9 aufgeführt.

Während die Allianz in Sachsen und in Thüringen, in denen zusammen rund 46 % aller Wahlberechtigten der DDR wohnen, 60 % der Stimmen gewann, blieb sie in dem weniger dicht besiedelten

Mecklenburg im Norden und in dem in der Mitte gelegenen Brandenburg knapp unter 40 %. In Ost-Berlin erzielte sie mit 21,5 % ihr schlechtestes Ergebnis. Dabei war der Beitrag der einzelnen Allianzparteien recht unterschiedlich: Während der DA nirgends mehr als 2 % erreichte, war der Anteil der DSU im Süden Thüringens mit etwas unter 10 % und in Sachsen mit 13 % wesentlich höher als in den anderen Gegenden der DDR, wo die DSU zumeist deutlich unter 5 % blieb. Die CDU, die in Thüringen mit 53 % ihr bestes Landesergebnis erreichte, war mit Ausnahme von Ost-Berlin in allen Ländern und in zwölf der fünfzehn Bezirke – teilweise mit großem Abstand – stärkste Partei geworden.

Die SPD kam mit Ausnahme von Ost-Berlin, wo sie mit 34,8 % stärkste Partei vor der PDS (30,2 %) wurde, in keinem der Länder über 30 %, in Sachsen und Thüringen blieb sie sogar deutlich unter der 20 %-Marke; beides Länder, die in früheren Zeiten nicht gerade zur Diaspora der Arbeiterbewegung zählten. Hier erreichte auch die PDS nur unterdurchschnittliche Ergebnisse, während sie im Nor-

den und besonders in Ost-Berlin deutlich über dem Landesdurchschnitt lag.

Beim Bund Freier Demokraten (BFD) sind die Unterschiede, mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt, zwischen den nördlichen und den südlichen Landesteilen nicht sehr groß. Er kommt lediglich noch in Sachsen über die 5 %-Marke, wobei er in neun der fünfzehn Bezirke unter dieser, nach bundesrepublikanischem Wahlrecht kritischen Grenze bleibt. Das Bündnis '90 hat mit 6,3 % lediglich in Ost-Berlin ein herausragendes Ergebnis, während die anderen Bezirke alle ungefähr dem Landesdurchschnitt entsprechen. Auch die Ergebnisse der gemeinsamen Liste von Grüner Partei und Unabhängigem Frauenverband fallen in den verschiedenen Regionen der DDR recht gleich aus.

## 2. Sozialstrukturelle Schwerpunkte der Parteien

Besser als mit Hilfe von Aggregatdaten kann die demographische Zusammensetzung der verschiedenen Parteienhängergruppen aufgrund von Umfragedaten beschrieben werden. Hier bietet die von der Forschungsgruppe Wahlen am Wahltag in 149 zufällig ausgewählten Stimmbezirken in der DDR durchgeführte Umfrage eine sehr gute Basis, bei der insgesamt mehr als 12 000 Wähler nach dem Verlassen des Wahllokals über ihre gerade getroffene Wahlentscheidung befragt wurden. Diese Befragung muß auch die normalerweise in der Bundesrepublik von den statistischen Ämtern durchgeführte repräsentative Wahlstatistik ersetzen, bei der die Wähler getrennt nach Altersgruppen und Geschlecht ihre Stimmen abgeben. Eine solche repräsentative Wahlstatistik wurde bei der Volkskammerwahl in der DDR nicht erhoben. Insgesamt lieferte die Befragung am Wahltag verwertbare Antworten von 10 862 Wählern. Damit war die Verweigerungsquote von 10 % deutlich niedriger als bei vergleichbaren Befragungen in der Bundesrepublik. Ein Ergebnis, das angesichts des immer noch weit verbreiteten Mißtrauens in der Bevölkerung der DDR mehr als angenehm überraschte. Diese Umfrage zeigte insgesamt eine leichte Überschätzung der CDU (+ 1,7) und der DSU (+ 0,9) und eine Unterschätzung der PDS (- 3,0). Die anderen Parteien waren fast genau getroffen. Bei den folgenden Tabellen wurden deshalb die Umfragedaten am tatsächlichen Wahlergebnis adjustiert, so daß die entsprechenden Unter- bzw. Überschätzungen durch Gewichtung beseitigt wurden. Neben den schon beschriebenen starken regionalen Differenzen beim Abschneiden der verschiedenen Parteien

**Tabelle 2: Wahlergebnis (in Prozent) nach Ortsgröße (Einwohnerzahl)**

	Gesamt	unter 2 000	2 000 bis 20 000	20 000 bis 100 000	über 100 000
Allianz für Deutschland	48,1	57,0	51,1	43,5	42,7
davon:					
CDU	40,9	51,0	43,5	37,8	33,8
DA	0,9	1,0	0,9	0,7	1,1
DSU	6,3	5,0	6,8	5,1	7,9
Bund Freier Demokraten	5,3	3,7	5,7	6,1	5,3
SPD	21,8	18,8	20,5	22,7	24,6
Grüne + Frauen- verband	2,0	1,7	2,1	1,9	2,1
Bündnis '90	2,9	2,1	2,4	2,9	3,9
PDS	16,3	9,9	14,7	20,0	19,4
DBD	2,2	5,6	1,8	1,5	0,7
sonstige Parteien	1,4	1,2	1,6	1,3	1,2

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag, DDR 18. März 1990



zeigen sich auch sehr große Unterschiede, wenn man das Wahlverhalten der Befragten in Abhängigkeit von der Größe ihres Wohnorts unterscheidet (Tabelle 2). So schneidet die Allianz für Deutschland in den kleinsten Gemeinden mit mehr als 50 % überdurchschnittlich gut ab, wobei ihre Ergebnisse um so niedriger ausfallen, je größer der jeweilige Wohnort wird.

Genau umgekehrt verhält es sich bei der PDS und auch bei der SPD, wobei hier die Unterschiede nicht so kraß sind. Unterteilt man die Gemeinden unter 2 000 Einwohner noch einmal danach, ob sie eher in Gegenden liegen, die stärker von der Landwirtschaft oder stärker von der Industrie geprägt sind, dann zeigt es sich, daß die Allianz in den industriell geprägten, kleinen Ortschaften wesentlich besser abschneidet (69 %) als in den landwirtschaftlichen (46 %). Auch hier ist es sowohl bei der PDS als auch bei der SPD genau umgekehrt. Die deutliche Abhängigkeit der Ergebnisse der drei großen Parteien von der Ortsgröße der Befragten zeigt sich auch, wenn man noch einmal nach den drei nördlichen Ländern (Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) einerseits und den beiden südlichen (Thüringen und Sachsen) andererseits unterscheidet. Dabei fällt jedoch auf, daß die Unterschiede zwischen dem Abschneiden in den kleinsten Gemeinden und den Städten im Norden etwas größer sind als im Süden der DDR.

#### a) Beruf

Ganz ungewöhnlich — zumindest nach den Erfahrungen westeuropäischer Wahlen — war das Wahlverhalten in den einzelnen Berufsgruppen. So erzielte die Allianz bei den Arbeitern ein deutlich über ihrem Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis (Tabelle 3). Die SPD schnitt hier genauso ab wie bei der Gesamtheit der Befragten, während die PDS, nach ihrem Selbstverständnis die Partei der Arbeiterklasse, in dieser Berufsgruppe mit Ausnahme der in der DDR eher unbedeutenden Selbständigen ihr schlechtestes Ergebnis erzielte. Die PDS hingegen hat bei der Intelligenz — dies steht in der DDR für die Berufstätigen mit Hochschulabschluß und für die Kunstschaffenden — fast doppelt so gut abgeschnitten wie in der Gesamtheit. Entsprechend unterdurchschnittlich fielen in dieser Berufsgruppe die Ergebnisse für die Allianz aus. Bei der SPD fällt auf, daß es mit Ausnahme der Selbständigen praktisch keine Unterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen gab. Betrachtet man auch hier wieder die regionalen Unterteilungen, dann zeigt sich zum einen, daß die Allianz unter den Arbeitern in Ost-Berlin lediglich durchschnittlich abschnitt, während hier die SPD noch deutlich über ihrem überdurchschnittlichen Berliner Ergebnis blieb. Vergleicht man jedoch die drei nördlichen Länder mit den beiden südlichen, dann stellt man fest, daß der Bonus, den die Allianz bei den Arbei-

**Tabelle 3: Wahlergebnis nach Berufsgliederung (in Prozent)**

	Gesamt	Arbeiter	Angestellte	Leiter	Intelligenz	Selbständige	Studenten Schüler
Allianz für Deutschland	48,1	55,4	45,0	44,3	27,8	64,6	34,5
davon:							
CDU	40,9	47,4	38,5	37,3	22,1	53,5	28,5
DA	0,9	0,8	1,0	0,2	0,8	0,7	1,1
DSU	6,3	7,2	5,5	6,8	4,9	10,3	4,8
Bund Freier Demokraten	5,3	3,7	6,1	6,1	6,7	11,5	5,9
SPD	21,8	22,2	20,6	21,6	22,7	12,8	17,4
Grüne + Frauenverband	2,0	1,5	2,4	0,8	3,2	0,2	8,7
Bündnis '90	2,9	1,6	3,6	2,3	6,4	2,5	6,2
PDS	16,3	11,9	19,2	20,2	31,0	4,7	19,7
DBD	2,2	2,6	1,9	3,5	1,3	2,4	2,0
sonstige Parteien	1,4	1,1	1,2	1,2	0,9	1,4	5,7

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag, DDR 18. März 1990

tern erhielt, relativ zum Abschneiden der Allianz bei der Gesamtheit der Befragten in beiden Regionen gleich groß war. Der Schwerpunkt des Bundes Freier Demokraten lag ganz eindeutig bei den Selbständigen. Das Bündnis '90 erzielte sowohl bei der Intelligenz als auch bei den Befragten, die sich noch in Ausbildung befinden, deutlich überdurchschnittlich gute Ergebnisse.

Wie untypisch das Abschneiden der Parteien besonders bei den Arbeitern ist, zeigt der Vergleich mit der Bundestagswahl 1987 (Tabelle 4): Hier erzielte die SPD bei den Arbeitern mehr als 50 % und lag damit weit über ihrem Bundesdurchschnitt, während die Union deutlich unterdurchschnittlich häufig von den Arbeitern gewählt wurde.

**Tabelle 4: Bundestagswahlergebnis 1987 nach Berufsgliederung (in Prozent)**

	Gesamt	Arbeiter	Ange-stellte und Beamte	Selbständige
CDU/CSU	43	36	46	57
FDP	9	4	10	22
SPD	38	52	32	15
GRÜNE	9	7	10	6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung Februar 1987

#### b) Konfession

Die DDR ist, soweit sich die Befragten überhaupt zu einer Konfession bekennen, überwiegend protestantisch geprägt. Unterscheidet man die Angaben zum Wahlverhalten nach der Konfession der Befragten (Tabelle 5), dann zeigen sich insbesondere für die drei größten Parteien sehr deutliche Unterschiede: Die Allianz kam sowohl unter den zahlenmäßig eher unbedeutenden katholischen als auch unter den evangelischen Befragten auf weit über 50 % liegende Stimmanteile. Bei den Befragten, die sich zu keiner Religion bekennen, — in der DDR eine klare Mehrheit — blieb die Allianz (37 %) entsprechend deutlich unter ihrem Gesamtergebnis, sie war jedoch trotzdem stärkste politische Kraft. Hier erhielt die PDS jede vierte Stimme, während sie bei den Befragten gleich welcher Konfession nur von jedem zwanzigsten gewählt wurde. Mit Ausnahme der Katholiken erzielte die SPD sowohl bei den Protestanten als auch bei den Konfessionslosen nur geringfügig von ihrem Durchschnitt abweichende Ergebnisse.

**Tabelle 5: Wahlergebnis nach Konfession (in Prozent)**

	Gesamt	katholisch	evangelisch	keine
Allianz für Deutschland	48,1	73,4	61,8	36,9
davon:				
CDU	40,9	66,3	53,7	30,3
DA	0,9	1,2	1,4	0,5
DSU	6,3	6,0	6,7	6,1
Bund Freier Demokraten	5,3	4,6	5,8	5,2
SPD	21,8	12,1	20,9	23,5
Grüne + Frauenverband	2,0	1,6	1,1	2,6
Bündnis '90	2,9	1,9	2,5	3,3
PDS	16,3	4,5	4,9	24,6
DBD	2,2	0,7	2,0	2,4
sonstige Parteien	1,4	1,1	1,0	1,5

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag, DDR 18. März 1990

#### c) Alter und Geschlecht

Bei der Volkskammerwahl waren die Unterschiede im Wahlverhalten in Abhängigkeit vom Alter und Geschlecht der Befragten eher gering (Tabelle 6). Die Abweichungen vom Gesamtergebnis betragen bei den drei großen Parteien in keiner Altersgruppe mehr als sechs Prozentpunkte. Insbesondere gab es bei der Allianz keinen systematischen Zusammenhang mit dem Alter der Befragten. Am ehesten ließ sich ein solcher noch bei der SPD, die bei den Befragten ab 50 Jahren leicht überdurchschnittlich gut abschnitt, und bei der PDS, die bei den unter 40jährigen etwas häufiger genannt wurde, erkennen.

Damit zeigte sich ein ganz anderes Bild, als man dies von den Wahlergebnissen in der Bundesrepublik gewohnt ist, wo die Union bei den Älteren dominiert, während sie bei den Jüngeren völlig unterrepräsentiert ist (Tabelle 7). Aber auch in der Bundesrepublik erzielt die SPD in allen Altersgruppen kaum von ihrem Durchschnitt abweichende Ergebnisse.

Auch beim Wahlverhalten der Geschlechter fallen die Unterschiede eher unbedeutend aus: Die Alli-



**Tabelle 6: Wahlergebnis nach Alter (in Prozent)**

	Gesamt	-20 Jahre	-24 Jahre	-29 Jahre	-39 Jahre	-49 Jahre	-59 Jahre	-69 Jahre	70 und älter
Allianz für Deutschland	48,1	47,4	45,7	43,5	46,8	53,0	49,4	47,7	47,7
davon:									
CDU	40,9	39,3	37,1	35,5	39,0	44,9	43,6	42,4	41,3
DA	0,9	0,5	0,5	0,4	0,8	1,0	1,0	0,7	2,4
DSU	6,3	7,6	8,1	7,6	6,9	7,1	4,8	4,6	4,0
Bund Freier Demokraten	5,3	4,2	4,8	4,9	5,0	6,0	4,9	6,2	6,5
SPD	21,8	14,3	19,8	21,0	18,5	19,5	26,0	27,5	27,2
Grüne + Frauenverband	2,0	4,8	4,9	2,3	2,8	1,6	0,7	0,6	—
Bündnis 90	2,9	2,7	3,0	4,6	3,8	2,8	2,3	1,4	1,9
PDS	16,3	19,0	16,6	18,9	20,1	15,0	13,3	13,9	13,8
DBD	2,2	3,4	2,3	3,0	2,3	1,8	2,3	1,2	1,6
sonstige Parteien	1,4	4,2	2,9	1,8	0,8	0,3	1,1	1,5	1,3

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag DDR 18. März 1990

**Tabelle 7: Bundestagswahlergebnis 1987 nach Alter (in Prozent)**

	Gesamt	-24 Jahre	-34 Jahre	-44 Jahre	-59 Jahre	60 und mehr
CDU/CSU	43,8	36,0	34,6	41,5	46,3	52,3
FDP	8,7	8,3	7,6	10,6	9,9	7,3
SPD	38,1	38,1	39,0	37,1	38,8	37,5
GRÜNE	8,0	15,5	17,4	9,6	3,8	1,8

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik (ohne Briefwahl)

anz erzielte bei den Männern ein geringfügig besseres Ergebnis als bei den Frauen, was insbesondere auf das Abschneiden der DSU zurückzuführen ist, während es bei der PDS genau umgekehrt war. Im Hinblick auf die SPD ergaben sich keine signifikanten Unterschiede.

### 3. Gründe der Wahlentscheidung

Waren die beiden letzten Monate des alten Jahres und auch noch der Januar hauptsächlich durch die Auseinandersetzungen mit der SED und ihrem Unterdrückungsapparat gekennzeichnet, so rückte in der Folgezeit zunehmend die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Vordergrund. Nachdem sich selbst Ministerpräsident Hans Modrow für eine Vereinigung ausgesprochen hatte,

ging es eigentlich nur noch um die Geschwindigkeit des Einigungsprozesses und um die Frage, wann die DM als Währung auf dem Gebiet der DDR eingeführt wird. Die Umfragen bestätigten dabei den Eindruck, der bei den Demonstrationen und Kundgebungen entstanden war, nämlich daß die Menschen in der DDR in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit ein vereintes Deutschland wünschten, das der Bundesrepublik ziemlich ähnlich sei und das auch der Bevölkerung in der DDR endlich einen größeren Wohlstand bringen sollte.

So sprachen sich in der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen eine Woche vor der Wahl 91 % aller Befragten für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus, lediglich 5 % waren dagegen (Tabelle 8). Selbst in den Reihen der PDS-Anhänger

**Tabelle 8: Einstellungen der DDR-Bürger zur Vereinigung (in Prozent)**

Frage: Sind Sie persönlich für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, sind Sie gegen die Vereinigung, oder ist Ihnen das gleichgültig?  
Sollte das sehr schnell gehen, oder sollte man sich dabei Zeit lassen?

	Gesamt	Allianz für Deutsch- land	Bund freier De- mokraten	Bündnis 90	SPD	PDS	Grüne, Frauen- verband
Vereinigung							
bin dafür	91,0	96,6	96,9	88,3	93,6	77,3	84,2
bin dagegen	5,0	0,9	1,9	4,9	4,5	18,8	12,4
ist mir gleichgültig	3,4	2,0	—	3,8	1,9	2,7	3,4
Tempo der Vereinigung							
dafür, sehr schnell	35,3	57,5	36,0	13,2	26,0	2,2	6,6
dafür, Zeit lassen	55,6	39,0	60,9	75,1	67,4	75,1	77,6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Umfrage DDR März 1990

waren 77 % für eine Vereinigung. Von den Anhängern der Allianz-Parteien, der Liberalen und auch der SPD wünschten jeweils mehr als 90 % die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Anhänger der verschiedenen Parteien unterschieden sich jedoch sehr stark, wenn es um die Frage ging, wie schnell die Vereinigung kommen sollte. Während die Wähler der Allianz-Parteien mit deutlicher Mehrheit (58 %) für eine möglichst schnelle Vereinigung plädierten, meinten 67 % der SPD-Anhänger, daß man sich dabei Zeit lassen sollte. Diese Frage, die im Laufe des Wahlkampfes immer mehr an Bedeutung gewann, wurde zum entscheidenden Unterschied, der die Wähler der Allianz-Parteien von denen der SPD trennte. Bei den anderen Fragen — beispielsweise, ob man es begrüße, daß die DM in der DDR möglichst bald als offizielle Währung eingeführt werde, 92 % fanden das gut, oder ob man eher Vor- oder Nachteile von einer Vereinigung erwarte — waren die Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien eher gering.

Insgesamt fällt auf, daß die Bürger der DDR eine durchaus realistische Perspektive haben, was die Folgen der Vereinigung betrifft. So rechneten lediglich 21 % eher mit Vorteilen für die nächste Zeit, während 46 % meinten, daß sich Vor- und Nachteile die Waage halten werden und 27 % eher Nachteile erwarteten. Ganz anders sahen die längerfristigen Erwartungen aus: Hier sahen 58 % aller Befragten eher Vorteile, lediglich 4 % eher Nachteile, und 38 % meinten, daß sich Vor- und Nachteile ausgleichen werden. Selbst bei den Anhängern der

PDS war nur jeder Zehnte der Auffassung, daß die Vereinigung längerfristig eher Nachteile für die Bevölkerung in der DDR bringen werde.

Daß es bei der Wahlentscheidung in der DDR jedoch nicht ausschließlich um die ökonomische Attraktivität der Bundesrepublik ging, zeigt sich bei den Einstellungen zur Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht. Davon hielten 51 % aller Befragten sehr viel oder viel, 39 % etwas und weniger als jeder Zehnte hielt kaum etwas oder gar nichts von der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik verwirklicht ist. Entsprechend negativ verhält es sich mit der Beurteilung des Sozialismus. Offensichtlich haben 40 Jahre real existierender Sozialismus in der DDR auch die grundsätzlichen Einstellungen selbst zur Idee des Sozialismus nachhaltig geschädigt. Nur jeder vierte Befragte in der DDR hielt sehr viel oder viel von der Idee des Sozialismus. Lediglich bei den Anhängern der PDS fand sich dafür mit 72 % eine Mehrheit. Bei den Anhängern der Allianz und der Liberalen hingegen hielten sehr deutliche Mehrheiten kaum oder gar nichts von der Idee des Sozialismus. Selbst bei der SPD stand die größte Gruppe (37 %) der Idee des Sozialismus ablehnend gegenüber.

Diese eindeutige Haltung gegenüber dem alten politischen System und das Wissen um das Scheitern des sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates DDR hat jedoch das Selbstbewußtsein der Menschen in der DDR nicht wesentlich beeinträchtigt. So gaben 47 % aller Befragten an, daß sie sehr stolz oder stolz sind, DDR-Bürger zu sein, 27 % sind



**Tabelle 9: Ergebnis der Kommunalwahlen (Kreise) und Volkskammerwahl in den 14 Bezirken der DDR sowie in Ost-Berlin (in Prozent)**

Kommunalwahl Volkskammerwahl	CDU	DSU	BFD	SPD	PDS	Rest
Rostock	28,9	1,2	5,0	22,2	18,8	24,0
	34,3	2,8	3,4	24,8	23,2	11,5
Schwerin	28,8	1,0	7,4	21,2	16,8	24,9
	39,8	2,0	4,5	25,4	17,8	10,5
Neubrandenburg	25,0	1,0	8,3	18,2	20,1	27,5
	36,0	2,0	3,0	21,2	25,8	11,9
Potsdam	25,3	1,0	5,6	33,4	15,6	19,0
	31,2	2,9	4,9	34,4	16,6	10,0
Frankfurt	21,1	2,3	4,3	30,3	19,7	22,4
	27,8	3,5	4,2	31,9	22,1	10,5
Cottbus	34,3	2,6	6,7	17,8	15,7	22,9
	42,8	4,8	5,2	19,3	17,9	10,1
Magdeburg	34,7	0,9	7,8	25,7	12,8	18,2
	44,2	2,0	4,4	27,5	14,2	7,7
Halle	36,2	1,1	10,5	20,8	12,5	18,9
	45,1	2,8	10,0	20,8	13,8	7,5
Erfurt	41,8	1,3	5,6	20,6	9,4	21,3
	56,3	2,5	4,5	18,7	9,9	8,1
Gera	39,5	4,8	8,2	18,9	10,3	18,3
	48,9	8,2	5,1	16,5	12,5	8,8
Suhl	37,6	5,3	7,7	18,0	11,9	19,6
	50,6	8,9	4,1	16,1	12,6	7,7
Dresden	41,8	8,9	7,1	9,1	12,5	20,7
	45,0	13,8	5,5	9,7	14,8	11,2
Leipzig	35,6	4,6	6,8	25,0	11,8	16,2
	39,6	10,1	5,4	21,5	14,5	8,9
Karl-Marx-Stadt	44,8	7,7	6,8	12,7	10,3	17,7
	44,9	14,8	6,0	15,6	11,3	7,4
Ost-Berlin	17,7	1,0	1,2	34,0	30,0	16,1
	18,3	2,2	3,0	34,8	30,2	11,4
Nord (1-8)	30,5	1,3	7,4	24,1	15,6	21,2
	38,8	2,8	5,6	25,5	17,8	9,5
Süd (9-14)	40,9	5,9	6,9	16,4	11,0	18,9
	46,7	10,6	5,3	16,0	12,7	8,8
DDR gesamt	34,4	3,4	6,7	21,3	14,6	19,7
	40,8	6,3	5,3	21,9	16,4	9,3

etwas stolz, und lediglich 25 % sind darauf kaum oder gar nicht stolz. Daß damit jedoch bei den meisten eher eine regionale oder landsmannschaftliche denn eine staatspolitische Identifikation gemeint war, zeigen die Antworten auf die Frage, ob man sich eher als DDR-Bürger oder eher als Deutscher fühlt: 61 % aller Befragten, darunter 78 % der Allianz- und 60 % der SPD-Anhänger, fühlen sich eher als Deutsche. Lediglich die Wähler der PDS (83 %) und die der Grünen (70 %) fühlten sich mehrheit-

lich eher als DDR-Bürger. Die Antworten auf diese beiden Fragen veranschaulichen sehr deutlich das, was der neue Ministerpräsident Lothar de Maizière meint, wenn er immer wieder betont, daß die Vereinigung die Würde der Menschen in der DDR nicht verletzen darf. Sie zeigen auch, daß die Identifikation der Bevölkerung in der DDR mit ihrem Land sich nicht gegen die nationale Einheit richtet, jedenfalls nicht mehr als die Identifikation der Bayern oder der Nordfriesen mit ihrer Heimat.

#### IV. Die Kommunalwahlen am 6. Mai 1990

Unmittelbar nach der Verkündung des Wahlergebnisses zur Volkskammer wurde bereits heftig darüber spekuliert, wie stabil das Ergebnis vom 18. März im Hinblick auf künftige Urnengänge sein würde. Die einen sprachen von einem Zufallsergebnis, das bei der nächsten Wahl deutlich korrigiert werden würde, die anderen von einer eher dauerhaften Parteiorientierung, die diesem Ergebnis zugrunde läge — je nachdem, ob sie zu den Verlierern oder zu den Siegern der Volkskammerwahl gehörten. Jedenfalls rückte das Abschneiden der Parteien bei den Kommunalwahlen, die am 6. Mai 1990 stattfanden, umgehend nach der Volkskammerwahl ins Blickfeld der Beobachter. Dabei war dies von vornherein unangebracht. Sind Kommunalwahlen, bei denen die spezifische Situation vor Ort jeweils eine große Rolle spielt, schon grundsätzlich nicht vergleichbar mit landesweiten Wahlen, so waren die Voraussetzungen in der DDR besonders ungünstig für Vergleiche. Zum einen unterschied sich das Wahlrecht der beiden Urnengänge in wesentlichen Punkten, zum anderen war das Angebot an Parteien und Kandidaten, das hier zur Wahl stand, ein ganz anderes als bei der Volkskammerwahl. Bei den Kommunalwahlen galt ein Personenwahlrecht, bei dem jeder Wähler drei Stimmen hatte, die er auf bis zu drei Kandidaten auch verschiedener Parteien verteilen konnte, während bei der Volkskammerwahl ein Einstimmen-Listenwahlrecht gegolten hatte. Außerdem kandidierten selbst die größeren Parteien nicht in jeder Gemeinde, noch nicht einmal in jedem Kreis und dann teilweise in einer Vielzahl von Listenverbindungen mit anderen Parteien und Gruppierungen. Zudem stellten sich, wie in der Bundesrepublik auch, eine Reihe von Gruppierungen lokaler Art zur Wahl, die bei der Volkskammerwahl nicht angetreten waren. Insofern verbot es sich eigentlich, einfach Differenzen zwischen dem Volkskammerwahlergebnis

und den Kreisergebnissen der Parteien zu berechnen, um dann festzustellen, „Verluste für Partei A, Gewinne für Partei B . . .“, wie dies in fast allen Medien nach der Kommunalwahl gemacht worden war. Schließlich kennt die Rechenaufgabe „Was sind 4 Äpfel weniger 3 Birnen?“ keine Lösung. Wenn in der Tabelle 9 dennoch die Ergebnisse der Volkskammerwahl denen zu den Vertretungen auf Kreisebene gegenübergestellt sind, so dient dies lediglich einer groben Orientierung. Denn bei aller Verschiedenheit der Voraussetzungen dieser beiden Wahlen lassen sich aus ihrem Vergleich doch einige wesentliche Erkenntnisse gewinnen:

1. Die Wahlentscheidung vom 18. März zugunsten der Allianz und insbesondere der CDU findet sich im großen und ganzen auch in den Ergebnissen der Kommunalwahlen wieder.
2. Das Abschneiden der auch landesweit bedeutsamen Parteien folgt durchaus dem bei der Volkskammerwahl beobachtbaren Muster: Süd-Nord-Gefälle der Allianz-Parteien, PDS-Schwerpunkte im Norden und besonders in Ost-Berlin, gleiches bei der SPD, andere Parteien bleiben relativ klein.
3. Es sind Bedeutungsverluste der DSU insbesondere in ihren Hochburgen im Süden unverkennbar. Gleichzeitig konnte der Bund Freier Demokraten (BFD), der für die Kommunalwahlen — von vielen nicht bemerkt — zusätzlich die alte Blockpartei NDPD in sein Bündnis aufgenommen hatte, seine Position deutlich verbessern.
4. In den ländlich geprägten Bereichen insbesondere im Norden der DDR führten die Probleme in der Landwirtschaft zu einem beachtenswert guten Abschneiden der Demokratischen Bauernpartei (DBD) und des erstmals kandidierenden Bauernverbandes e. V.



Dies alles zusammengekommen läßt in Würdigung der auch von Kommunalwahlen in der Bundesrepublik bekannten Besonderheiten die Ergebnisse der Kommunalwahlen eher als eine Bestätigung der Wahlentscheidung vom 18. März erscheinen denn als deren Revision. Insofern wurde die These, daß bei der Volkskammerwahl nicht rein zufällig eine bestimmte Mehrheitsentscheidung entstanden ist, sondern daß ihr auch eine längerfristig stabilisierbare Parteibindung zugrunde liegt, zumindest nicht widerlegt. Aufgrund der sozialstrukturellen Schwerpunkte des Erfolgs insbesondere der CDU ist dies aus wahlsoziologischer Sicht die eigentliche Sensation dieser beiden Wahlen, zumal sich auch in den Umfragen der Folgezeit keine grundsätzlich

davon abweichende Stimmungslage feststellen ließ.

Trotzdem sollte die Union in der Bundesrepublik, für deren Abschneiden auf nationaler Ebene die DDR, entgegen eigenen Erwartungen, eher zu einem Aktivposten wurde, nicht zu früh jubilieren. Ein Umfrageergebnis aus dem Mai-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen zeigt nämlich, daß die Befragten in der DDR nicht automatisch Ost-CDU gleich West-CDU setzen. Dies läßt das Abschneiden der Union in der DDR bei gesamtdeutschen Wahlen mehr im unklaren, als es die Ergebnisse der Volkskammer- und Kommunalwahlen vielleicht nahelegen.

# Die politische Kultur der Straße als Medium der Veränderung

## I. Einleitung

„Die Demo wird zur Politischen Kultur in Berlin gehören.“<sup>1)</sup> Mit diesen Worten beendete der damalige Bezirkssekretär der SED von Berlin, Günter Schabowski, am 29. Oktober 1989 — angesichts von 20 000 Menschen, die zum „Sonntagsgespräch“ vor dem Roten Rathaus erschienen waren — die wochenlange Kampagne gegen die Straße als Ort spontaner politischer Willensäußerung. Die SED-Führung mußte (wie in diesem Herbst nun schon zum wiederholten Male) weitere „geheiligte Grundsätze“ aufgeben und der Bevölkerung Zugeständnisse machen.

Schon seit September hatten, von Leipzig ausgehend, große Teile der Bevölkerung ihren Willen zur Veränderung der innenpolitischen Situation in der DDR auf den Straßen des Landes demonstriert. Von Woche zu Woche nahm ihre Zahl zu. Spätestens nach dem friedlichen Verlauf der — mittlerweile als historisch geltenden — Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 brachen überall die Dämme aus Angst und Verdrängung. Die „Demo“ wurde in der DDR zu einer neuen politischen Institution; landauf und landab: 10 000 Bürger versammelten sich am 18. Oktober in Neubrandenburg, 50 000 am 21. in Plauen, einen Tag später 18 000 in Rostock und am 23. Oktober 15 000 in Zwickau. — Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Kleine Städte und Gemeinden wären ebenso zu erwähnen wie die großen Demonstrationen in den Bezirksstädten. Überall bildeten sich schnell regionale „Traditionen“ heraus. Wie die Leipziger sich ihre Montagsdemonstration schufen, so war es in Greifswald der Mittwoch und in Plauen der Sonnabend, an dem sich die Menschen Woche für Woche auf den Straßen und Plätzen ihres Ortes versammelten. In Losungen und Sprechchören wie auch auf (ständig an Zahl zunehmenden) Transparenten gaben sie immer unverhohlener ihre Meinung kund. In der DDR hatte sich binnen weniger Wochen eine eigenständige politische Kultur der Straße herausgebildet.

<sup>1)</sup> Neues Deutschland vom 30. Oktober 1989, S. 3.

Lange versuchte die Staatsführung, diese Entwicklung öffentlich zu diskreditieren, indem sie „besorgte Bürger“ in den Medien fragen ließ, ob denn die Straße der „rechte Ort“ für die Verständigung über die Probleme des Landes wäre. „Wir Werktätigen sind der Meinung, daß Meinungsverschiedenheiten nicht auf der Straße gelöst werden können.“<sup>2)</sup> Und: „Was wir brauchen, sind Diskussionen, keine Demonstrationen“<sup>3)</sup>, hieß es in der gleichen Leipziger Zeitung. Noch am 25. Oktober 1989 drohte der Präsident der Volkspolizei Berlins, Generalleutnant Rausch, damit, daß nicht genehmigten Demonstrationen „mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten werde“, weil „ein militant-harter Kern“ von Demonstranten jedes Dialogangebot ablehne<sup>4)</sup>. Die „schweren Störungen von Ruhe und Ordnung“ seien — so setzte der Kommentator des „Neuen Deutschland“ einen Tag später nach — nicht länger hinnehmbar, weil „Mütter beklagten, daß ihre Kinder keinen Schlaf fänden. Bus- und Straßenbahnfahrer wollten wissen, wie sie unter den geschilderten Umständen den Verkehr aufrechterhalten sollen. Leute, die zu Fuß oder per Auto nach Hause wollten, beschwerten sich über die Blockade der Straßen. Viele Anrufer forderten, direkt mit diesen Worten, daß sie sich von unserer Volkspolizei und den anderen Sicherheitskräften vor Unruhestiftern geschützt sehen wollen.“<sup>5)</sup> Das Ganze stand unter der Überschrift: „Wir brauchen den Dialog, nicht Unruhe und Gebrüll.“

„Dialog“ war — seit der Erklärung des Politbüros des ZK der SED (vom 11. Oktober 1989) zur Lage in der DDR nach dem 40. Jahrestag — zum neuen „Zauberwort“ der Regierenden geworden. Damit

<sup>2)</sup> Leserbrief von Herrn Hornemann, in: Leipziger Volkszeitung vom 13. Oktober 1989, S. 3.

<sup>3)</sup> Zit. nach: Uta Tok, Es gibt viel zu bedenken und zu tun, in: Leipziger Volkszeitung vom 16. Oktober 1989, S. 3.

<sup>4)</sup> Zit. nach: Neues Forum Leipzig (Hrsg.), Jetzt oder nie — Demokratie! Leipziger Herbst '89, S. 325.

<sup>5)</sup> Hajo Herbell, Wir brauchen den Dialog, nicht Unruhe und Gebrüll, in: Neues Deutschland vom 26. Oktober 1989, S. 2.



sollte versucht werden, die hochschäumenden Wogen des Unwillens unter der Bevölkerung, die sich nicht mehr länger bevormunden lassen wollte, wieder zu glätten: Die alte Herrschaftsriege (noch unter Führung Erich Honeckers) erklärte sich „zur Diskussion“ von Meinungsäußerungen und Vorschlägen „für einen attraktiven Sozialismus in der DDR“ bereit. Diese „Rücknahme“ des alten Rechthaberanspruches (man erinnert sich: Die Partei, die Partei, die hat immer recht!), war jedoch immer noch mit der Illusion gepaart, weiterhin die Art und Weise der Diskussion bestimmen zu können. „Wir haben alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie. Wir rufen auf, sie noch umfassender zu nutzen.“<sup>6)</sup> Doch was tun, wenn die ausgewählten Säle nicht mehr ausreichen, um all diejenigen zu fassen, die ihre Meinung äußern wollen? Man mußte auf „die Form“ (den Platz) eingehen, den die Bevölkerung schon längst

als günstigste Tribüne für ihre öffentliche Debatte erkannt hatte: die Straße.

Auch in Berlin blieb am 29. Oktober wegen des gewaltigen Andranges der Bevölkerung vor dem Roten Rathaus nichts anderes übrig, als „das offene Gespräch in aller Öffentlichkeit zu führen“<sup>7)</sup>. Hier gab Schabowski — knapp eine Woche vor der größten Demonstration im Herbst 1989 — die Straße endlich auch offiziell als Ort demokratischer Willensbekundungen für die Bürger frei. Doch nicht nur das läßt den eingangs zitierten Satz des ehemaligen 1. Bezirkssekretärs noch heute interessant erscheinen. Es ist auch seine Wortwahl, sprach er doch von der „politischen Kultur“ der Demonstration. So leicht ihm dieser Begriff von den Lippen zu kommen schien, so ungewöhnlich war es dennoch für einen Funktionär der SED.

## II. Vorgeschichten

### 1. Kulturpolitik ohne Kultur der Politik

Die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED vom Juli 1972 war ausschließlich dem Thema Kultur gewidmet. Die mit dieser Tagung verkündeten kulturpolitischen Leitlinien der Partei — das Hauptreferat wurde von Kurt Hager gehalten — waren als Richtmaß für die weitere kulturelle Entwicklung der DDR nach dem VIII. Parteitag gedacht. Offiziell nie außer Kraft gesetzt, galten diese Leitlinien (eigentlich) bis ins „Wendejahr“ 1989 hinein. Daran wäre heute vielleicht weitaus weniger auszusetzen, wenn mit der Realisierung des „Kernstückes“ dieses Plenums — dem „weiten Kulturbegriff“ — in den siebziger und achtziger Jahren auch tatsächlich Ernst gemacht worden wäre.

„Wenn wir von Kultur und kulturellen Aufgaben in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sprechen, so meinen wir nicht irgendein begrenztes Gebiet. Es geht uns um die Gesamtheit der Lebensbedingungen, der materiellen und geistigen Werte, Ideen und Kenntnisse . . .“<sup>8)</sup> Dieser weitgesteckte Anspruch blieb für viele Bereiche der Gesellschaft folgenlos. „Die Gesellschaftsstrategie wurde auf die Hebung des materiellen und kulturellen *Lebensni-*

*veaus* konzentriert, während es historisch eigentlich um eine sozialistische *Lebensqualität*“ hätte gehen müssen<sup>9)</sup>.

Liest man heute — unter dem Eindruck des letzten halben Jahres — diesen Text noch einmal, so fällt auf, daß bei der Erörterung dieser „Gesamtheit der Lebensbedingungen“ eine wesentliche Komponente fehlt: die politische Kultur! Kurt Hager äußerte sich in diesem kulturellen Programm zur Kultur der Arbeit, der Freizeitgestaltung, der kulturell-ästhetischen Bildung und Erziehung, der Kultur der menschlichen Beziehungen, dem kulturellen Erbe und (sehr umfangreich) zu den „Prinzipien des sozialistisch-realistischen Kunstschaffens“. Doch nirgends Ausführungen zur politischen Kultur. Und das — so könnte man heute erstaunt fragen — in einem politischen System, das Kultur stets als einen eminent politischen Gegenstand begriffen hat? Daß dem so war, wurde auch vielen jener Künstler und Kulturschaffenden bald bewußt, die ernstgenommen hatten, was die Kulturpolitik der SED zu wollen vorgab: „Auf die Förderung einer lebendigen, reichen und vielgestaltigen Kunst“ aus zu sein, die „nicht einen Klang, nicht eine Farbe, nicht einen Lebensbereich“ außer acht läßt<sup>10)</sup> und für die „Konfliktlosigkeit . . . ein Verstoß gegen die Le-

<sup>6)</sup> Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, in: Neues Deutschland vom 12. Oktober 1989, S. 1.

<sup>7)</sup> Neues Deutschland vom 30. Oktober 1989, S. 3.

<sup>8)</sup> Kurt Hager, Zu Fragen der Kulturpolitik der SED, 6. Tagung des ZK der SED, 6./7. Juli 1972, Berlin 1972, S. 10.

<sup>9)</sup> Helmut Hanke, Für Kulturrevolution nicht nur für einen „Umbau“, Streitschrift in Thesenform, in: Weimarer Beiträge, 36 (1990) 2, S. 316.

<sup>10)</sup> K. Hager (Anm. 8), S. 33.



benswahrheit in unserer Kunst“ wäre<sup>11)</sup>). Sie stießen oft sehr schnell an die tatsächlichen Toleranzgrenzen der Partei in Sachen Kunst und Kultur. Im täglichen Kleinkampf mußte ihr z. B. der versprochene Freiraum für die Kunstproduktion abgetrotzt werden. Daß unter diesen Umständen immer weniger Künstler der nachwachsenden Generation bereit waren, sich auf diesen mühsamen Kampf einzulassen — dessen Ergebnisse für den einzelnen zudem häufig eher zweifelhaft waren —, gehört schon mit zur Vorgeschichte des Herbstes 1989.

„Scheinheiligkeit“ allein erklärt das Ausweichen der politischen Führung der SED vor dem Begriff der politischen Kultur aber nicht. Die Furcht vor ihm hat tiefere Ursachen: Wer von politischer Kultur spricht, muß sich auch Fragen nach ihrem Gegenpart — der politischen Unkultur — gefallen lassen. Diese Fragen hätten aber angesichts einer immer stärker zentralistisch gehandhabten Machtfülle Einzelner, die bei ihnen zudem mit einer wachsenden Selbstgefälligkeit einherging, angesichts des moralischen Verfalls der hiesigen Massenmedien in der Wertschätzung ihrer Nutzer, angesichts der ständigen Reglementierung und Bevormundung der Bürger, denen wesentliche Rechte von den Ämtern selbstherrlich vorenthalten bzw. in Form von „Gnadenbeweisen“ gestattet wurden, nur gegen den „real existierenden Sozialismus Honeckerscher Prägung“ ausschlagen können. Die letztlich feudalbürokratischen Strukturen der in der DDR tatsächlich praktizierten politischen (Un-)Kultur wären dann unumgänglich zu benennen gewesen.

Tauscht man dagegen den Begriff der „politischen Kultur“ gegen den der „sozialistischen“ aus, läßt „Massenkultur“ nicht gelten, sondern nur „Klassenkultur“, ist man vor zweifelnden Fragen weitgehend sicher. Denn sind Begriffe erst einmal solcherart parteipolitisch besetzt, laufen Kritiker stets Gefahr, als „Verleumder sozialistischer Erfolge“ gebrandmarkt zu werden. Das schreckte viele ab, notwendige Wahrheiten kamen kaum noch öffentlich zur Sprache. Der Preis für diese „Ruhe“ war und ist hoch: „Die Krise unseres Landes ist auch eine kulturelle. Und die geht weit tiefer noch, als an der Verwahrlosung der politischen Kultur . . . sichtbar wird. Sie offenbart sich in dem nach der großen Euphorie des vergangenen Herbstes nun zuneh-

mend spürbar werdenden gesellschaftlichen Sinn- und Wertverlust, der seit langem schon registriert werden konnte.“<sup>12)</sup>

## 2. „Es ist nicht deutsch, die Politik auf die Straße zu tragen“

War es nur Hochmut, der Reichskanzler Fürst Bülow Anfang des Jahrhunderts<sup>13)</sup> zu dieser Wertung führte? Gehört der Verzicht des öffentlichen Ausragens politischer Anliegen auf der Straße zum deutschen Nationalcharakter? In der Tat wird „dem Deutschen“ schon sehr lange nachgesagt, keine Revolutionen zustande bringen zu können. Bereits die erste revolutionäre Erhebung von nationalem Ausmaß in Deutschland, jene von 1848, blieb „unvollendet“. Heinrich Heine spottete darüber zwei Jahre später in seinem Gedicht „Michel nach dem März“:

*„Solange ich den deutschen Michel gekannt, / War er ein Bärenhäuter; / Ich dachte im März, / er hat sich ermannet / Und handelt fürder gescheuter.*

*Wie stolz erhob er das blonde Haupt / Vor seinen Landesvätern! / Wie sprach er — was doch unerlaubt — / Von hohen Landesverrätern.*

*Das klang so süß zu meinem Ohr / Wie märchenhafte Sagen / Ich fühlte, wie ein junger Tor / Das Herz mir wieder schlagen.*

*Doch als die schwarz-rot-goldne Fahn / Der altgermanische Plunder / Aufs neu erschien, da schwand der Wahn / Und die süßen Märchenwunder.*

*Ich kannte die Farben in diesem Panier / Und ihre Vorbedeutung / Von deutscher Freiheit brachten sie mir / Die schlimmste Hiobszeitung.*

(. . .)

*Ich sah das sündenergraute Geschlecht / Der Diplomaten und Pfaffen / Die alten Knappen vom römischen Recht / Am Einheitsstempel schaffen —*

*Derweil der Michel geduldig und gut / Begann zu schlafen und schnarchen. / Und wieder erwachte unter der Hul / von vierunddreißig Monarchen.“<sup>14)</sup>*

<sup>11)</sup> Ebd., S. 41; Vgl. dazu Joachim Walther, Tonbandmitschnitt von der Veranstaltung des Schriftstellerverbandes in der Berliner Erlöserkirche am 28. Oktober 1989, in: *Temperamente. Blätter für junge Literatur*, 1/1990 (Oktober 1989 Texte), S. 155.

<sup>12)</sup> Peter Wicke, Kulturstaat statt Staatskultur, in: *Wochenpost*, (1990) 5, S. 14; Vgl. dazu auch Jürgen Marten, Enteignung des Willens. Kultur als Bedingung menschlicher Souveränität, in: *Sonntag*, (1990) 14, S. 3.

<sup>13)</sup> Zit. nach: Leopold Schönhoff, *Die Politik und die Straße*, in: *Über Land und Meer*, (1907/08) 3, S. 19.

<sup>14)</sup> Heinrich Heine, *Michel nach dem März* (1850), in: *Heines Werke in fünf Bänden. Erster Band: Gedichte*, Berlin-Weimar 1972, S. 196 f.



„Massendemonstration(en) als Kulturmuster“<sup>15)</sup> prägten sich in Deutschland erst im 20. Jahrhundert aus. Im Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht fanden zwischen 1908 und 1910 überall in Deutschland große friedliche Straßendemonstrationen bzw. Sympathiekundgebungen statt. Die Arbeiterbewegung (unter Führung der SPD) erkämpfte sich in diesen Jahren ihr „Recht auf die Straße“. Höhepunkt war die große, polizeilich erstmals genehmigte Kundgebung in Berlin am 10. April 1910 (Austragungsorte: Humboldtthain, Friedrichshain, Treptower Park.) „Für die Geschichte der Demonstration in Deutschland bedeutete er (dieser Tag – B.L.) einen Anfang oder, denkt man an 1848, einen Neuanfang.“<sup>16)</sup> Friedrich Naumann konstatierte auf dem Hintergrund der Welle von Straßendemonstrationen im Frühling dieses Jahres, daß die „ganze Debatte darüber, ob man Demonstrationen machen soll oder nicht“ inzwischen gegenstandslos geworden sei. „Das Volk hat sich eine neue Art geschaffen, in der es sich mit den Herrschenden unterhält.“<sup>17)</sup> Ursächlich ausgegangen war diese Protestwelle jedoch nicht von Preußen und Berlin, sondern von „Sachsen, wo die Arbeiterbewegung im Herbst 1905 an zahlreichen Orten für ein demokratisches Landtagswahlrecht auf die Straße“ ging<sup>18)</sup>.

Von den vielen historischen Vorläufern dieser friedlichen Straßendemonstrationen hat sich später in der DDR eigentlich nur eine gehalten: die Maidemonstration. Doch waren diese von der SED bestellten und durchorganisierten Volksvorbeimärsche an den Tribünen der „Mächtigen“ schon lange nur noch eine Pervertierung des 1890 zum ersten Mal in vielen Ländern der Welt begangenen Maiumzuges. Dieser „Demonstrationszug (hatte in der DDR) kein Ziel mehr“, „die demokratische Qualität politischer Feste“ (wie sie sich die Arbeiterbewegung in Deutschland einst erstritten hatte) war hierzulande prinzipiell beschädigt worden<sup>19)</sup>.

<sup>15)</sup> Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen, Ltg. Bernd Jürgen Warneken, Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster „friedliche Straßendemonstrationen“ im preußischen Wahlrechtskampf 1908–1910. Begleitband zur Ausstellung, Tübingen 1986, S. 3

<sup>16)</sup> Ebd., S. 53.

<sup>17)</sup> Friedrich Naumann, Massenbewegungen. in: Die Hilfe. (1910) 11, S. 149.

<sup>18)</sup> Projektgruppe (Anm. 15), S. 22.

<sup>19)</sup> Michael Hofmann, Maifeiergeschichte. Eine Absage. in: Leipziger Blätter. (1990) 16, S. 32; Hofmann schlug am 11. April in der Leipziger Volkszeitung, S. 4, vor, alte Traditionen der Leipziger Arbeiterbewegung wieder aufzugreifen und den 1. Mai nicht mit einer Demonstration, sondern mit einem gemeinsamen Zug ins Grüne zu begehen. Diesem Vorschlag schlossen sich verschiedene Leipziger Bürger (darunter der amtierende Oberbürgermeister Hädrich, der Su-

Und dann der Herbst 1989! Wer hätte das tatsächlich vorher prognostizieren können, daß ausgerechnet „die DDR-Deutschen“, die schon längst jeglichem revolutionären Impetus scheinbar abgeschworen hatten, auf die Straße gehen würden, um auf friedlichem Wege die mehr als 40jährige Herrschaft der SED zu beenden. „Was deutschen Revolutionären sonst eher zum Spott gereichte, brachte ihnen diesmal weltweiten Respekt ein.“<sup>20)</sup> Doch war dieser friedliche Machtwechsel, der beinahe fast ganz „ohne Gewalt“ vonstatten ging, tatsächlich eine Revolution? Von außen war und ist diese Frage sicher schwer zu beantworten. Der Schriftsteller Erich Loest – die längste Zeit seines Lebens Leipziger und DDR-Bürger, im Herbst 1989 aber schon mehrere Jahre in der Bundesrepublik ansässig – formulierte vorsichtig: „Vielleicht ist ein alter, morscher Laden aus Altersschwäche zusammengebrochen. Und als nichts mehr da war, dann sind die Leute auf die Straße gegangen, auf die nun leere Straße.“<sup>21)</sup>

War es tatsächlich so? Wie sehen es diejenigen, die diese „Revolution“ in Gang gebracht haben? Bärbel Bohley im Frühjahr 1990 in einer Gesprächsrunde auf die Feststellung reagierend: Auf deutschen Bahnhöfen löst man eine Bahnsteigkarte, bevor man Revolution macht!: „So ähnlich war unsere.“<sup>22)</sup> Und Mitglieder des Leipziger Neuen Forums bereits Ende 1989: „Ohne Anstrengung haben wir die Regierung gestürzt. Es war schön und sehr leicht. Es war leicht, weil diese Regierung morbid und wacklig bis in die Knochen war, aber nicht, weil wir gut organisiert gewesen wären.“<sup>23)</sup>

### 3. Auf der Straße: Der Beginn

Etwas, was so morsch und morbid ist, daß es schon kurz nach dem ersten Ansturm in sich zusammenbricht, muß aber erst in diesen Zustand gebracht werden! Viel hat die alte SED-Führung selbst dazu

perintendent Magirus, der Gewandhauskapellmeister Masur u. a.) an und riefen am 19. April in der „Leipziger Volkszeitung“ (Politik auf der Wiese, S. 1) – auch angesichts der bevorstehenden ersten freien Kommunalwahl der DDR – zur Maifeier im Clara-Zetkin-Park auf. Diese Veranstaltung fand sehr großen Zuspruch von seiten der Bevölkerung.

<sup>20)</sup> Christian Meier, Ungeduld steht uns noch bevor. Wann hat die „Revolution“ in der DDR gesiegt?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Februar 1990, S. 35.

<sup>21)</sup> Vielleicht war's gar keine Revolution. Ulf Kalkreuth im Gespräch mit Erich Loest. in: Die Leipziger Andere Zeitung vom 29. März 1990, S. 3.

<sup>22)</sup> Revolution in Deutschland? Ulrich Herold im Gespräch mit Bärbel Bohley und Antje Vollmer. in: CONstructiv. (1990) 1, S. 16.

<sup>23)</sup> Gundula Ziemer/Holger Jakisch, Volksfest. in: Neues Forum Leipzig (Anm. 4), S. 26 (Hervorhebungen im Original).



beigetragen. Die Liste ihrer gravierenden Versäumnisse in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur ist lang. Spätestens aber mit der Weigerung, sich dem Erneuerungskurs Michail Gorbatschows anzuschließen, hat die Riege um Erich Honecker ihren eigenen Untergang beschleunigt. Von diesem Zeitpunkt an waren auch immer weniger Mitglieder der SED bereit, dem obersten Führungsgremium der Partei zu folgen, auch wenn die wenigsten von ihnen schon vor dem Herbst 1989 die entsprechenden Konsequenzen zogen und austraten. Aber damit verhielt es sich wie mit dem Mut der meisten DDR-Bürger, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen: Er wuchs in dem Maße, wie es immer ungefährlischer wurde, es tatsächlich zu tun.

Denn mit Gefahr für die eigene Person war es für jeden verbunden, der sich vor dem 9. Oktober – aus welchen individuellen Gründen auch immer – auf die Straße begab, um unzensiert seine Meinung zu vertreten: „Nach Abschluß des monatlichen Friedensgebetes in der Nikolaikirche in Leipzig am 13. März 1989 . . . rotteten sich ca. 300 Personen, mehrheitlich Antragsteller auf ständige Ausreise . . . auf dem Vorplatz der Nikolaikirche zusammen in der Absicht, sich zu einem geschlossenen Marsch in Richtung Thomaskirche (Stadtzentrum) zu formieren. Durch den konzentrierten Einsatz von ca. 850 Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane . . . wurde diese provokatorische Aktion unterbunden. Die Personenkonzentration konnte . . . gegen 18.00 Uhr auf dem Markt zur Auflösung gebracht werden.“<sup>24)</sup> Demonstrationen dieses Ausmaßes konnten in Leipzig lange Zeit nur während der Messe gewagt werden, weil sich die Staatssicherheit angesichts der Berichterstattung aus aller Welt nicht traute, „Maßnahmen“ zu ergreifen, „die zu einer verleumderischen Kampagne (der Westmedien – B. L.) führen könnten.“<sup>25)</sup>

Zwei soziale Gruppierungen haben die Entwicklung bis hin zur Infragestellung der Macht der SED Ende 1989 wesentlich vorangetrieben: Zum einen die zahlenmäßig große Gruppe jener, die die DDR für immer verlassen wollten, zum anderen die kleinen Gruppen der basisdemokratischen Bürgerrechtsbewegungen, die sich ganz bewußt für ein Hierbleiben und Verändern der Gesellschaft (hin zu einer tatsächlichen Demokratie) einsetzten. Auch wenn der Anteil der erstgenannten Gruppe an der Demontage überalterter Strukturen unbe-

stritten groß ist, zur politischen Kultur dieses Prozesses hat sie jedoch kaum etwas beigetragen. Wesentlichere Impulse gingen dagegen von der Institution aus, die ihnen Raum gab, ihr Ausreisebegehren zu artikulieren: der evangelischen Kirche.

Anfang der achtziger Jahre bereits hatte die Kirche ihre Tore verstärkt für neue soziale Bewegungen (Friedens-, Ökologie-, Dritte-Welt-Bewegung etc.) geöffnet, da sich außerhalb der Pfarrgemeinden kaum geschützte Freiräume für deren Arbeit boten. „Unter ihrem Einfluß hat sich auch die Kirche selber gewandelt, wie umgekehrt von der Kirche prägende Effekte auf die Vorstellungen und Artikulationsformen dieser Alternativkultur“ ausgingen. Indem dann später die Gruppen der ausreisewilligen Bürger noch hinzukamen, wuchs den Kirchen „die Rolle eines teilweise unfreiwilligen und zunehmend überforderten Kristallisationskernes allgemeiner Tendenzen in der Gesellschaft“ zu<sup>26)</sup>. Anfang 1989 hatten sich die gesellschaftlichen Widersprüche aber bereits derart zugespitzt, daß alle genannten Gruppen (teils auch in Kollision mit einigen Kirchenführern) immer mehr in die Öffentlichkeit drängten. Es entsprach der „Logik ihres gemeinsamen Daches“, daß sie dies anfangs – trotz ihrer widersprechenden Zielsetzungen – gemeinsam taten. Und so vereint das bereits zitierte, streng geheime Dossier der Staatssicherheit vom 14. März 1989 solche „verleumderischen Rufe wie ‚Stasi raus‘, ‚Stasischweine‘ sowie ‚Freiheit-Menschenrechte‘“ unterschiedslos nebeneinander. Auch wurde „ein Plakat mit der Aufschrift ‚Reisefreiheit statt Behördenwillkür‘ festgestellt.“<sup>27)</sup>

Das war zu Beginn der Frühjahrsmesse. Am Montag zu Beginn der Herbstmesse übermittelten die Fernsehsender weltweit aus Leipzig die Bilder des Eingreifens ziviler Sicherheitsbeamter u. a. gegen die Träger zweier Transparente, auf denen für Sekunden zu lesen stand: „Für ein offenes Land mit freien Menschen!“ und „Reisefreiheit statt Massenflucht!“. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits tausende DDR-Bürger über Ungarn „illegal“ das Land verlassen oder warteten in den überfüllten Botschaften von Prag und Budapest auf ihre Ausreise. Und während auch vor der Leipziger Nikolaikirche noch die Mehrheit der Demonstranten „Wir wollen raus“ rief, war dennoch ebenfalls schon (wenn auch

<sup>24)</sup> Armin Mittler/Stefan Wolle (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar–November 1989, Berlin 1990, S. 28: „Information über eine provokatorisch-demonstrative Aktion von Antragstellern auf ständige Ausreise in Leipzig“ vom 14. 3. 1989.

<sup>25)</sup> Ebd.

<sup>26)</sup> Vgl. Hubertus Knabe, Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40 (1988) 3, S. 555 f.; vgl. dazu auch Friedrich Magirus, Die Wiege der Wende, in: Leipziger Demontagebuch – Demo. Montage, Tagebuch, Demontage, hrsg. von Wolfgang Schneider, Leipzig 1990.

<sup>27)</sup> A. Mittler/St. Wolle (Anm. 24), S. 28.



noch spärlich), der Ruf „Wir bleiben hier“ zu verstehen.

Hielt sich die Aggressivität der Sicherheitskräfte an diesem Tag (wegen der Anwesenheit der Westmedien) noch in Grenzen, so setzte sich am darauffolgenden Montag ein bisher nicht gekanntes Potential staatlicher Gewalt frei: „Am 11. September war eigentlich nach dem Friedensgebet die Luft raus. Ich wollte nach Hause gehen. Doch man provozierte die Demonstration, indem man für weit über 1 000 Menschen, die aus der Kirche kamen, nur einen schmalen Weg ließ. Alles andere war abgesperrt. Es war nicht mehr möglich, zur Seite auszuweichen — gegen Leute, die das versucht haben, wurde Gewalt angewendet. An einer Seite wurden Hunde eingesetzt, man hörte Schreckensrufe. Und dann brach natürlich eine Panik aus . . . Die Demonstration war dann ein einziger großer Viehtrieb . . . Dann wickelte sich so ein Mensch meine Haare dreimal ums Handgelenk, und ich fand mich auf dem Lastwagen wieder.“<sup>28)</sup> So wie Katrin Hattenhauer sollten noch viele in den folgenden vier Wochen derartige Machtdemonstrationen staatlicher Organe am eigenen Leibe spüren. Katrin Hattenhauer selbst blieb vom 11. September an für fünf Wochen in Untersuchungshaft. Schon länger in der kirchlichen Friedens- und Menschenrechts-Bewegung engagiert, war dies nicht ihre erste „Zuführung“. Andere traf es dagegen vollkommen überras-

chend. Der Berliner Schüler Martin M. schildert seine Eindrücke von den Ereignissen vor der Gethsemane-Kirche am 7. Oktober 1989: „ . . . die Polizei stand links und rechts Spalier und hat auf die Leute eingeknüppelt . . . wie Spießbrutenlaufen . . . Da hab ich den ersten Hieb abgekriegt. Ich wußte gar nicht, wie hart so'n Gummiknüppel ist. Und in dem Augenblick hab ich gedacht: 'Ja, ist richtig, daß ich hier bin.' In dem Augenblick stand fest, daß ich bis zu Ende mitgehen werde.“<sup>29)</sup>

So wie Martin M. haben viele empfunden, unabhängig davon, ob sie die Knüppel der Polizei selbst gespürt haben oder mit ansehen mußten, was anderen geschah. Die Staatssicherheit und die Polizei haben in diesen Wochen durch ihr brutales Vorgehen die Demonstrationen des Herbstes 1989 regelrecht „herbeigeprügelt“.

Am 25. September fand in Leipzig die erste große Montagsdemonstration statt, die sich über den Nikolaikirchhof hinaus bewegte. 6 000 Demonstranten zogen auf den Ring, am Bahnhof vorbei, bis zum „konsument“-Warenhaus. Am Gebäude der Bezirksbehörde der Staatssicherheit (der vom Volksmund so genannten „Runden Ecke“), einige hundert Meter weiter, traute sich der Zug an diesem Montag intuitiv noch nicht vorbei. Die „Eroberung“ des gesamten innerstädtischen Ringes als Demonstrationsraum sollte erst am 9. Oktober erfolgen.

### III. Ereignisse, Symbole, Wandlungen: Psychogramm der politischen Kultur der Straße

Die „Vorgeschichten“ der Demonstrationen des Herbstes 1989 konnten hier nicht in all ihren Details erörtert werden<sup>30)</sup>. Deutlich wurde jedoch, daß sich trotz ideologischer Verdrängungsakte, historischer Hemmnisse und abseits jeglicher „Planung“ von seiten der Demonstrierenden bis zum September in der DDR eine Situation herausgebildet hatte,

die für Wochen Kraft, Energie und Kreativität in einem Umfang freisetzte, wie es zuvor wohl kaum einer für möglich gehalten hätte.

#### 1. Ereignisse, Orte und Personen

Höhepunkt der republikweiten Demonstrationen waren, neben den bereits genannten Leipziger Daten, die Ereignisse in Berlin und Dresden vom 7. und 8. Oktober sowie die große Demonstration für Presse- und Meinungsfreiheit am 4. November. Von diesen gingen wichtige Impulse für den Verlauf des Geschehens in vielen Orten des Landes aus. Die Gründung der „Gruppe der 20“ in Dresden am Abend des 8. Oktober z. B. war ein Ereignis, das für die regionale Lösung der Konflikte in vielen Kommunen eine wichtige Rolle spielte. Es wurde gezeigt: Miteinander reden ist möglich! Oder: Nach der Kundgebung auf dem Alexanderplatz Anfang November gehörten fortan Meetings und Reden

<sup>28)</sup> Der Leipziger Herbst war „draußen“. Gespräch mit Katrin Hattenhauer, in: Neues Forum Leipzig (Anm. 4), S. 297.

<sup>29)</sup> Gedächtnisprotokoll des Schülers Martin M., in: Temperamente (Anm. 11), S. 49.

<sup>30)</sup> Nicht näher eingegangen werden kann hier auf die wenigen „Demonstrationserfahrungen“ in der DDR in den Jahren vor dem Umbruch 1989; also dem Internationalen Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987, bei dem zum ersten Mal (und einmalig) die Friedensbewegung in aller Öffentlichkeit Transparente mit ihren Forderungen zeigen durfte; die Liebknecht/Luxemburg-Demonstrationen im Januar 1988 in Berlin und im Januar 1989 in Leipzig mit ihren Verhaftungen und z. T. Abschiebungen ins westliche Ausland und die Bundesrepublik etc.



vierorts zum festen Bestandteil der Demonstrationen (auch wenn sie selten die Qualität der Berliner erreichten).

Dennoch hatte jede der lokalen Aktivitäten ihre Besonderheiten aufzuweisen, je nach Ort und nach den Initiatoren. Leipzig war durch seinen innerstädtischen Ring geradezu prädestiniert für die Durchführung von Demonstrationen. Diese äußeren Bedingungen waren der Entwicklung sehr förderlich, primär dafür war aber der Zustand der Stadt. Die jahrzehntelang vernachlässigte Bau- und Umweltsubstanz — die Leipzig nah an den Kollaps herangeführt hatte — und die Verbitterung der Bürger darüber brachte viele von ihnen letztlich mit auf die Straße. Das Gefühl, daß jene, die diesen Zustand durch ihre mißglückte Politik herbeigeführt hatten, nicht mehr das Vermögen besaßen, ihn auch wieder zu beheben, ließ daraus die Forderung erwachsen: „Die alten Herren müssen weg, sonst kommt Leipzig nie aus dem Dreck!“

Die lokale Komponente fehlte bei der großen Berliner Demonstration vom 4. November 1989 nahezu vollständig. Das hat auch etwas mit ihren Initiatoren zu tun, den Künstlerverbänden. Sie gaben der Kundgebung das Ziel, für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit zu demonstrieren. Künstler und Intellektuelle waren es auch, die dort das Wort ergriffen. Ihre Reden waren Ausdruck für die tiefgreifenden Veränderungen, die sich in den letzten vier bis fünf Wochen im Land vollzogen hatten. Nicht alles, was dort gesagt wurde, hatte programmatischen Charakter, und doch war für jeden sicht- und hörbar (auch für diejenigen, die diese Gewißheit bisher noch von sich fernzuhalten suchten), daß nun unterschiedliche Programme für die künftige Gesellschaftsentwicklung im Raum standen. Es war „als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit“<sup>31)</sup>, wie Stefan Heym es formulierte.

Vor allem wurde ein neues Selbstbewußtsein all jener spürbar, die bisher geschwiegen hatten oder sich nur in kleinen Zirkeln zu artikulieren vermochten, weil ihnen die SED und „ihr“ Staat keine größeren Wirkungsräume ließen. Gesprochen haben die Intellektuellen und Künstler, doch auf dem Platz, auf den Straßen waren Vertreter aller Klassen und Schichten, war das Volk. Diese Veranstaltung hatte zweifellos gegenüber den bisherigen

Massendemonstrationen in Leipzig, Dresden und in anderen Städten eine neue Qualität. Danach konnte keiner — gleich in welcher Funktion — so weitermachen wie bisher. Wer das nicht begreifen wollte, würde bald keine Rolle mehr spielen. Fünf Tage nach dieser Demonstration des Volkswillens fielen die Grenzbefestigungen. Ging es am 4. November vor allem noch um die Frage, wie dieses Land zu verändern sei, so drängte sich nun das Thema der Vereinigung beider deutscher Staaten nach und nach in den Vordergrund. Auch wechselten partiell die Leute, die von nun an auf die Straße gingen.

Im September und Oktober waren es die Bürgerbewegungen, die eindeutig den Grundtenor der Demonstrationen bestimmt hatten. Die wohl bekannteste basisdemokratische Bewegung des Herbstes 1989 ist das „Neue Forum“ (NF). Das Herausgehen der oppositionellen Gruppen aus dem Schutzraum der Kirche auf die Straße verlangte nach neuen Organisationsstrukturen, verlangte vor allem, sich wirklich auch als Gegenkraft zum Bestehenden zu begreifen. Eine Gegenkraft auf möglichst breiter, demokratischer Basis. Am 9. September 1989 gegründet, fand das NF auch gerade deshalb rasch so große Verbreitung, weil es auf eingrenzende „programmatische Ausrichtung(en) für die anstehenden Reformen verzichtet“ hatte. Durch diese „programmatische Unbestimmtheit hatten die Initiatoren des Neuen Forum reformwilligen Bürgern unterschiedlichster Gesinnung eine Plattform als Alternative sowohl zu den staatlich beherrschten Foren als auch zur individualistischen Konfliktbewältigung durch Ausreise geschaffen.“<sup>32)</sup>

Innerhalb weniger Wochen hatten sich nahezu 200 000 Menschen beim Neuen Forum eingeschrieben. Doch selbst in der Zeit seiner größten Ausbreitung war das NF hauptsächlich eine Erscheinung der Städte. Breitenbasis im ganzen Land hatte dagegen die Forderung nach der amtlichen Zulassung des NF; die Sympathie vieler Demonstranten war auf seiten seiner Mitglieder. Das Zentralinstitut für Jugendforschung befragte an drei Montagen (4. und 11. Dezember 1989, 12. Februar 1990) Teilnehmer der Leipziger Montagsdemonstration. Im Dezember 1989 — der Höhepunkt der basisdemokratischen Gruppen war offensichtlich schon überschritten — waren lediglich zehn Prozent der Demonstranten selbst Mitglied einer solchen Vereinigung. Versuchte man rückwirkend (unter Bezug auf die bisherigen Demonstrationen) die Kerngruppe der

<sup>31)</sup> Rede Stefan Heyms am 4. November 1989, in: 40 Jahre DDR — Tschüs SED. Katalog zur gleichnamigen Berliner Ausstellung, Köln 1990, S. 36.

<sup>32)</sup> Jan Wielgoß/Marianne Schulz, Reformbewegung und Volksbewegung. Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/90, S. 19.



Leipziger Demonstration zu ermitteln, so wurde deutlich, daß sie sich überwiegend aus Arbeitern und Angestellten im Alter zwischen 25 und 55 Jahren zusammensetzte. Sie erwiesen sich nahezu gleichwertig als Sympathisanten des NF (33 Prozent jener, die bereits mindestens neunmal an einer Demonstration teilgenommen hatten), der LDPD (34 Prozent) und der ebenfalls neugegründeten SDP (31 Prozent). Dominant war aber — bereits im Dezember — die CDU mit 46 Prozent der Sympathien der „Dauerdemonstranten“<sup>33)</sup>.

Acht Wochen später — am 12. Februar 1990 — waren lediglich noch zwei Prozent von 1 139 befragten Demonstranten aktives Mitglied des NF. Zwar gehörte auch nur ein Prozent der Teilnehmer dieser Demonstration der CDU an, doch hatten 21 Prozent der Befragten bereits Anfang Februar zu erkennen gegeben, daß sie diese Partei am 18. März wählen wollten. Für die DSU sprachen sich 15 Prozent aus, für das NF dagegen nur noch fünf Prozent. (Zum Vergleich die Angaben vom 11. Dezember 1989: Wenn an dem darauffolgenden Sonntag gewählt worden wäre, hätten damals neun Prozent der Demonstranten die CDU, 14 Prozent aber das NF gewählt; wobei immerhin schon damals 90 Prozent angaben, sich ihrer Wahlentscheidung sicher zu sein.) Sowohl im Dezember 1989 als auch im Februar 1990 wäre mit 42 bzw. 40 Prozent der Stimmen der Leipziger Montagsdemonstranten aber die SDP (im Januar 1990 in SPD umbenannt) eindeutiger Wahlsieger gewesen. Landesweit durchgeführte Meinungsumfragen gaben bis in den Februar hinein der SPD ähnlich große Chancen auf einen Wahlsieg<sup>34)</sup>. Dann holte die „Allianz für Deutschland“ von Tag zu Tag auf<sup>35)</sup>.

„Freie Wahlen“ war stets eine der Hauptforderungen der Demonstrationen. Als dieses Ziel erstritten war, wandten sich die Bürger verstärkt ihnen vertrauten politischen Kräften zu: den Parteien. Mit dem Selbstverständnis der DDR-Opposition war in einer Situation, die auf traditionelle demokratische Parteien-Wahlen hinauslief, für viele Bürger offensichtlich kaum noch „Staat zu machen“. Hubertus Knabe hat diese „anti-politische“ Haltung der Bürgerbewegungen treffend beschrieben: „Sie sind kul-

turorientiert statt machtorientiert, basisdemokratisch statt zentralistisch, reaktiv statt offensiv; sie thematisieren eher Einzelthemen und -konflikte als globale Politikstrategien.“<sup>36)</sup>

Hinzu kam, daß sich das Parteienspektrum der DDR nach der Öffnung der Grenzen in einer Breite und in Richtungen differenzierte, die zuvor nicht denkbar gewesen wären. Bis Anfang November lag es für DDR-Bürger außerhalb jeder Erwägung, konservative Parteien (wie etwa die DSU) neu zu gründen. Demzufolge strömten jene (oftmals bisher parteilose) Bürger, die sich — von den gesellschaftlichen Veränderungen aufgewühlt — gern politisch engagieren und organisieren wollten, im Oktober in die basisdemokratischen Bürgervereinigungen. Durch diesen Zustrom von Mitgliedern der unterschiedlichsten politischen „Grundeinstellungen“ erhielten die oppositionellen Gruppierungen (quasi unter der Hand) partiell ein anderes Profil. Besonders deutlich läßt sich das an der Entwicklung des Demokratischen Aufbruchs nachvollziehen, der binnen weniger Wochen vom ökologisch-sozialistisch orientierten Gründungsverein zur konservativen Partei mutierte.

Revolutionstheoretiker haben viel über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte debattiert. Und auch die „Oktoberrevolution“ der DDR-Bürger hat Namen und Personen in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gebracht. Dafür haben schon die Medien mit den ihnen eigenen Verwertungsgesetzen gesorgt. Doch eigentlich ist die Kultur der Straße dieses Herbstes namenlos geblieben. Wie heißen noch gleich die führenden Köpfe des Leipziger Neuen Forums? Oder: Kennen Sie die Namen der Dresdener „Gruppe der 20“?<sup>37)</sup>

Vom entscheidenden 9. Oktober in Leipzig blieben in vielen Darstellungen nur jene sechs Persönlichkeiten übrig, die sich mit ihrem Aufruf am Abend über den Stadtfunk, den Sender Leipzig und durch das Verlesen in den Kirchen an die Demonstranten, aber auch (und vor allem!) an die Partei- und Staatsführung wandten. Streng genommen ist es eigentlich nur Kurt Masur, der Gewandhauskapellmeister, der namentlich im Bewußtsein vieler Leute blieb. Damit soll die Leistung dieser Sechs, zu denen noch der Kabarettist Bernd-Lutz Lange, der Theologe Peter Zimmermann und die drei Mitglieder der SED-Bezirksleitung, Roland Wötzel, Kurt

<sup>33)</sup> Vgl. dazu ausführlich: Günter Roski/Peter Förster, Leipziger DEMOSkopie in: Leipziger Demontagebuch (Anm. 26).

<sup>34)</sup> Vgl. dazu u. a. Walter Friedrich, Gestern ungefragt! Morgen überfragt? Zum Wesen und Unwesen der Meinungsumfragen in der DDR, in: Sonntag (1990) 10, S. 10; Spiegel-Umfrage Februar, in: Der Spiegel, Nr. 9, 26. Februar 1990, S. 43-45.

<sup>35)</sup> Am 12. Februar hätten von den Teilnehmern der Leipziger Demonstration bereits 21 Prozent CDU (Mitte Dezember neun Prozent) und 15 Prozent DSU gewählt.

<sup>36)</sup> Hubertus Knabe, Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/90, S. 23.

<sup>37)</sup> Eine Ausnahme bildet hier, allerdings auch erst seit seinem Sieg als Oberbürgermeister-Kandidat zu den Kommunalwahlen in Dresden für die CDU, Herbert Wagner.



Meyer und Jochen Pommert gehörten, nicht in Abrede gestellt werden. Viele Demonstranten haben die Wirkung dieser Erklärung auf sich beschrieben<sup>38</sup>). Tatsache ist aber ebenso, daß die meisten Teilnehmer der Demonstration an diesem Abend die Erklärung überhaupt nicht gehört hatten.

Der friedliche Verlauf dieser Demonstration war die Leistung der Demonstranten selbst. Der große moralische Druck auf die politisch Verantwortlichen und die in der Stadt konzentrierten Sicherheitskräfte ging von ihnen, von der Straße aus. Das heben auch einige der „Leipziger Sechs“ deutlich hervor. Lange: „Letztlich denke ich, ist es der großen Zahl und der Besonnenheit der Leipziger zu danken, daß es nicht zur Konfrontation kam.“<sup>39</sup>) Meyer: „Wir haben das (den Aufruf – B. L.) nicht als Heldentat angesehen. Die seit Wochen auf der Straße waren, das sind die wirklichen Helden.“<sup>40</sup>)

## 2. Symbole und Verläufe

Markanteste Zeichen der Straßenproteste in der DDR waren seit Anfang Oktober die Transparente. Sie haben das Bild der (und von den) Demonstrationen nachhaltig geprägt. Mittlerweile Gegenstände musealer Darbietung<sup>41</sup>), waren sie im Oktober und November „unmittelbares Lebensmittel“ der Massen. An der Genese der Transparente und Losungen kann der Charakter der einzelnen Entwicklungsetappen dieser Volksbewegung besonders prägnant beschrieben werden. Stellvertretend soll dies hier kurz anhand der Leipziger Montagsdemonstration und ihrer „optischen Elemente“ geschehen<sup>42</sup>).

Am Anfang standen die gerufenen Losungen. Selbst am 9. Oktober war im Leipziger Demonstrationzug nur ein einziges Transparent („Freie

Wahlen“) zu sehen. Zu groß war noch die Gefahr für die Demonstranten, durch das Tragen von Spruchbändern die Aufmerksamkeit der Sicherheitskräfte auf sich zu ziehen und sich damit direkt Gefahren auszusetzen. (Die Fernsehbilder von der Demonstration zur Leipziger Messe Anfang September wirkten lange nach!) Die berühmte Losung „Wir sind das Volk“ existierte über Wochen nur als Sprechchor, wurde später auch kaum in die Schriftform übernommen. Als die Transparente seit dem 16. Oktober das Erscheinungsbild der Demonstration zu bestimmen begannen, ging es oft bereits um konkrete Sachprobleme: Die Zulassung des Neuen Forum wurde gefordert, vor allem aber ernsthafte Reformen: „Durchsetzung von Reformen mit + für das ganze Volk“; „Reformen à la Hager sind uns zu mager.“ Die Diskussion um den Alleinvertretungsanspruch der SED auf die Macht hatte begonnen, die Losung „SED, das tut weh“ fand rasche Verbreitung im Demonstrationzug. Primär wurde jedoch das Abtreten der alten Machtriege gefordert: „Junge Leute an die Macht“, „Neue Männer braucht das Land“.

Die Texte waren überwiegend sehr kurz und das Format der Transparente klein. Längere Zeit war es noch üblich, daß die Demonstranten ihre Spruchbänder zusammengerollt zum Karl-Marx-Platz trugen. Es fiel allen schwer, dem „Frieden“ zu trauen! Am Platz selbst wurde das Entfalten der Transparente dann zu einer „Inszenierung“. Jeder Schriftzug, der sich auftat, wurde von den Umstehenden beklatscht, belacht – später wurden dann auch Losungen ausgepiffen. Das neue Medium mußte in seiner Wirkung erst getestet werden. Am 23. Oktober ergoß sich dann eine Flut von Transparenten über die Straßen Leipzigs, etwa hundert wurden gezählt. Ihre Formate wurden größer, die Texte bisiger und „die Schuldigen“ direkt und ungeschminkt beim Namen genannt. Erich Honecker war am Mittwoch zuvor (18. Oktober) zurückgetreten. Der „Angstgegner“ war weg, sein Nachfolger von Beginn an ein Ziel unnachgiebiger Forderungen und des Spottes: „Egon leit“ Reformen ein, sonst wirst Du der Nächste sein“, „Ökologie statt Egonomie“, „eGOn“. Der Rücktritt weiterer Personen (Schnitzler, Margot Honecker, Tisch hauptsächlich) wurde ungeschminkt gefordert.

Die Transparente wurden zu Reaktionen auf aktuelle Prozesse. Am Tag zuvor war auf der ersten Dialogveranstaltung im Gewandhaus erstmals vor laufender Kamera die Einführung eines zivilen Wehrrersatzdienstes verlangt worden. Am nächsten Tag forderte mehr als ein Transparent: „Sinnvoller Zivildienst statt sinnloser Wehrdienst.“ Eine Woche darauf reagierten viele geschriebene Losungen auf die Machtfülle, die sich Egon Krenz von der

<sup>38</sup>) Vgl. dazu Aussagen von Demonstranten, in: Neues Forum Leipzig (Anm. 4), S. 83–93, sowie Dankschreiben des Neuen Forum an Kurt Masur, ebd., S. 100f.

<sup>39</sup>) Ebd., S. 281.

<sup>40</sup>) Ebd., S. 285.

<sup>41</sup>) Vgl. dazu Anm. 31; sowie weitere Ausstellungen in Berlin, Potsdam, Leipzig und anderswo, dazu Bernd Lindner, Geschichte wird gemacht, wir sind dabei – Der Herbst 89 in der DDR und seine museale Aufbereitung, in: Standbein Spielbein, Museumspädagogik aktuell, (1990) 27, S. 11 bis 13.

<sup>42</sup>) Dazu ausführlich: Bernd Lindner, „Wir sind das Volk!“ – Eine Soziologie der Losungen des Leipziger Herbstes, in: Keine Gewalt – Eine deutsche Revolution. Bilder Leipziger Fotografen, Ausstellungskatalog der Stadt Duisburg zur gleichnamigen Ausstellung im Rahmen der Duisburger Akzente (5. Mai bis 16. Juni 1990), Duisburg 1990, S. 63f.; eine gekürzte Fassung dieses Aufsatzes erscheint unter dem Titel „Soziologie der Losungen“ im Leipziger Demontagebuch (Anm. 26).



Volkskammer hatte zusprechen lassen: „Soviel Macht in einer Hand gehört nicht in dieses Land.“ Und auch auf die erste Massendemonstration in Prag seit über 20 Jahren vom Sonnabend davor, waren am 30. Oktober schon erste solidarische Reaktionen zu lesen.

Das schöpferische Reagieren auf Tagesereignisse war seit Mitte Oktober ein prägendes Element der politischen Kultur der Straße. Höhepunkt dieser Entwicklung war zweifellos der 6. November. Am Vormittag wurde in den Tageszeitungen der Entwurf des Reisegesetzes abgedruckt, die erste Nagelprobe für die neuen Machthaber, wie ernst es ihnen denn mit der Demokratisierung sei. Das Ergebnis war ernüchternd. Die einen packten daraufhin endgültig ihre Koffer gen Westen; die bleiben wollten, malten Losungen. Trotz strömenden Regens kamen annähernd 300 000 Menschen zur größten Demonstration des Leipziger Herbstes, um ihrem Unmut Luft zu machen. Der Versuch von Partei und Rat der Stadt, auch hier eine Kundgebung – nach „Berliner Muster“ – durchzuführen, scheiterte nicht nur an der Qualität der gehaltenen Reden, denn: „Das Reisegesetz beweist, es herrscht der alte Geist.“

Diese machtvolle Demonstration im Regen sollte (mit Ausnahme der vom 18. Dezember 1989) die letzte eigenständige Leipziger Demonstration sein. Am darauffolgenden Donnerstag fiel nicht nur die Mauer, auch die Medien anderer Länder durften zum ersten Mal seit der Messe (anlässlich der Eröffnung der Kulturtage von Nordrhein-Westfalen) wieder in die Stadt. Mit diesen beiden Ereignissen änderte sich der Charakter der Montagsdemonstrationen schlagartig. Damit ist weniger der Paradigmenwechsel in den Inhalten der Losungen – von der Verbesserung des Zustandes im eigenen Land hin zur Vereinigung beider deutscher Staaten – gemeint, sondern die mediengerechte Inszenierung, die die Demonstrationen von nun an immer stärker erfuhren. Aus heutiger Sicht ist das „Medienverbot“ für Leipzig im Oktober ein (wenn auch unfreiwilliger) Garant dafür gewesen, daß die Demonstration ihren eigenen Charakter entwickeln konnte. Die Menschen auf der Straße waren ausschließlich unter sich, seit nach dem 9. Oktober die Sicherheitskräfte (von wenigen Verkehrspolizisten abgesehen) aus der Innenstadt vollkommen zurückgezogen worden waren. Die schwindende Gefahr ließ nicht nur die Zahl der Demonstranten von Montag zu Montag anwachsen, sie verlieh der Demonstration zunehmend so etwas wie Volksfeststimmung. Das milde herbstliche Wetter trug das Seine dazu bei. Man kam mit der ganzen Familie, die Verbissenheit wich einer gewissen Gelassenheit, ohne daß der Demonstration damit aber die

Ernsthaftigkeit ihres Anspruches genommen wurde. Man war sich seiner Kraft bewußt geworden, hatte man doch erlebt, was die Entschlossenheit vieler vermag.

Dann kamen die Kamerateams aus aller Welt, pflanzten ihre Scheinwerfer vor der Oper auf und machten die (von nun an regelmäßig stattfindende) Kundgebung zum „Mittelpunkt“ der Demonstration, d. h. eigentlich nur die ersten Minuten der Kundgebung, denn zu den Hauptsendezeiten der verschiedenen Abendnachrichten mußten ja die neuesten Bilder von „der“ Leipziger Demonstration über den Sender gehen. Mitgelaufen mit den Demonstranten, rund um die Innenstadt, ist nie eines der Fernsichtteams. Und so drängten sich alle, die ihre Botschaften „rüberbringen“ wollten, von nun an montags im begrenzten Lichtkreis der Fernsichtscheinwerfer.

Man hat später oft einen Niedergang der Leipziger Demonstration konstatiert und ihn an der zunehmend nationalen (z. T. auch nationalistischen) Stimmung unter den Demonstranten festgemacht. Die „Wende der Wende“<sup>43)</sup> vollzog sich in dieser Zeit aber auch im formellen Charakter der Demonstration. Erst als zum Abschluß des Herbstes Superintendent Magirus und Kurt Masur – auch um die aufkommenden Spannungen aus der Demonstration zu nehmen – aufriefen, an diesem Tag auf Kundgebung und Transparente zu verzichten, demonstrierten 150 000 Leipziger mit einem Schweigemarsch und brennenden Kerzen in den Händen wieder auf ihre Art für das, was sie in diesem Herbst erreicht hatten: die friedliche Umgestaltung der Gesellschaft.

Wenn von den Symbolen der politischen Kultur der Straße gesprochen wird, kann man nicht allein die Transparente – und dabei nur die Losungen von Leipzig<sup>44)</sup> – berücksichtigen. Dazu gehören ebenso die im Zug mitgetragenen plastischen Elemente (wie z. B. ein Sarg, in dem der Machtanspruch der SED zu Grabe getragen wurde), die dort verteilten Flugblätter, die Schutzketten des NF vor dem Bezirks-Hauptquartier der Staatssicherheit (um Eskalationen von beiden Seiten zu vermeiden) und die brennenden Kerzen (nicht nur bei den

<sup>43)</sup> Kerstin Werner, Kundgebungsdemokratie gleich Demokratieverständnis? Rückblick auf die Leipziger Montagsdemo, in: Leo, Leipziger Stadtmagazin, Nr. 2 vom April 1990, S. 9.

<sup>44)</sup> Zur Wertung der Berliner Losungen vgl. B. Lindner (Anm. 42). Zur Berliner Demonstration ist – neben dem schon erwähnten Katalog (Anm. 31) – auch ein Bildband erschienen, der ein Verzeichnis der Losungen enthält, Protestdemonstration Berlin, Berlin 1990. Eine Übersicht über die Leipziger Losungen – zum Vergleich – findet sich in: Leipziger Demontagebuch (Anm. 26).



Montagsdemonstrationen, sondern auch z. B. beim Schweigemarsch des NF am 9. November zum Gedenken an die Pogromnacht der Nazis gegen die Juden.) All dies kann hier nur benannt werden. Stellvertretend sei aus einem Flugblatt (als Computerausdruck Ende November auf dem Karl-Marx-Platz verteilt) zitiert, das den hohen Stand der politischen Kultur kennzeichnet, der in wenigen Wochen erreicht wurde: „Demonstranten! Auch *Worte* können *Gewalt* sein! *Durchdenkt* jetzt alles, was Ihr ruft! Betäubt nicht Euer Denken mit Gebrüll! Laßt Euch nicht betäuben! Gebt jetzt nicht nach! Aber achtet jeden Menschen, der mit Euch sprechen will! Laßt auch *alle* Parteien zu Wort kommen! Wir sind das Volk! Wir wissen jetzt wieder, daß auch wir Macht haben, unsere Macht ist dahin, sobald Gewalt einsetzt! Auch *Worte* können *Gewalt* sein! Wenn wir Gewalt mit Worten üben, wird man uns nicht von denen unterscheiden können, die bereit sind, Gewalttaten folgen zu lassen . . . Im Namen einer Gruppe des Neuen Forum.“

Verteilt wurde das Flugblatt zu einer Zeit, als die Republikaner begonnen hatten, ihre Werbematerialien auszuteilen und der Ruf „Rote, aus der Demoraus“ all jene verdrängen sollte, die für einen Erhalt der DDR demonstrieren wollten. Nahezu jeder, der auf der Kundgebung „gegen den Strom der Vereinigung“ sprach bzw. Bedenkenswertes dazu vermerken wollte, wurde von einer zahlenmäßig sehr kleinen (aber scheinbar zu allem entschlossenen) Gruppe niedergeschrien. Dadurch wurde der Demonstration (von wenigen nur) nach und nach der Charakter eines Ortes der demokratischen Auseinandersetzung genommen. Man mag der Mehrheit der Demonstranten heute vorwerfen, dazu geschwiegen zu haben. Doch ist dabei auch zu bedenken, daß sie mit dieser Form öffentlich geübter Demagogie bisher keine Erfahrungen besaßen. Aber auch, daß die in immer extremeren Formen ausgetragenen Meinungskämpfe zwischen „Rechts“ und „Links“ sie eher abschreckten, sich darin einzumischen.

Die drei auf den Demonstrationen durchgeführten Befragungen des Zentralinstituts für Jugendforschung belegen jedenfalls, wie differenziert die Haltungen zur deutschen Einheit unter den Demonstrationsteilnehmern waren, auch wenn sie alle die gleichen Fahnen schwenkten<sup>45)</sup>. Noch am 12. Februar 1990 gaben 94 Prozent von ihnen an, sie befürworteten, daß auf der Demonstration gegensätzliche Standpunkte gleichberechtigt nebeneinander vertreten werden könnten. Diese scheinbar hohe Toleranzgrenze relativiert sich aber, wenn konkrete

Inhalte hinterfragt wurden. So gaben zwar 36 Prozent der Demonstranten an, Losungen, die eine staatliche Eigenständigkeit der DDR fordern, tolerieren zu wollen. Gleichzeitig sprachen sich 51 Prozent dagegen aus. Während 69 Prozent gegen das Verteilen von Werbematerialien durch die Republikaner waren, stimmten 24 Prozent zu. Die Gruppe der Demonstranten, die damit einverstanden war, daß jene, die für eine Eigenständigkeit der DDR demonstrieren wollten, auch mit Gewalt aus der Demonstration vertrieben werden, lag im Februar bei acht Prozent (81 Prozent waren dagegen, elf Prozent hatten keine Meinung dazu). Überdurchschnittlich groß war die Gruppe, die Gewalt gegen Andersdenkende toleriert hätte, bei den 55- bis 64jährigen Teilnehmern (19 Prozent), überwiegend aus dem Mittelstand.

Allein diese wenigen Ergebnisse belegen, daß man die Zehntausende von Teilnehmern solcher Demonstrationen nicht undifferenziert als eine Masse betrachten kann (auch wenn sie es in ihren optischen Erscheinungen de facto erst einmal sind). In diesen sieben Monaten bis zur vorerst letzten Leipziger Montagsdemonstration am 12. März 1990 gab es sowohl „Zeichen der Unreife“ als auch „der Reife“ dieser besonderen Form einer Massenbewegung. Zu den Reifezeugnissen gehört sicher die Besetzung der „Runden Ecke“ (Stasi-Gebäude) durch Vertreter des NF und anderer Bürgerrechtsbewegungen am 4. Dezember 1989<sup>46)</sup>. Aber ebenso die Art und Weise, wie die Demonstranten am 7. Februar 1990 die Gruppe junger Republikaner „abblitzen“ ließen, als sich diese — die Rechte zum Hitlergruß erhoben — an die Spitze des Zuges setzen wollte. Die Demonstranten blieben einfach stehen, und die Reps mußten allein losziehen<sup>47)</sup>.

### 3. Wandlungen und Interpretationen: Kein Ausblick

Die Demonstrationen des Herbstes 1989 und der nachfolgenden Wochen haben sich nicht nur in ihrem Erscheinungsbild verändert, sondern auch sehr

<sup>46)</sup> Vgl. dazu Leipziger Volkszeitung vom 5. Dezember 1989, S. 1; Sylvia Kabus, Ihr müßt schon selber suchen. Leipziger Bürger versiegelten die Bezirkszentrale der Staatssicherheit, in: Sonntag, (1990) 5, S. 9; dieser Aufsatz ist auch publiziert in: B. Lindner (Anm. 42), S. 53 f.

<sup>47)</sup> Auch hier haben die Medien wenig zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung beigetragen. Durch Bildinformationen (von vorn aufgenommen, so daß die kleine Gruppe der Republikaner vor dem Demonstrationszug zu sehen war, ohne den Abstand dazwischen) und Überschriften wie „Republikaner als ‚Vorhut‘ der Leipziger Kundgebung“ (ND vom 6. Februar 1990, S. 2) trugen sie dazu bei, gerade das Gegenteil von dem, was tatsächlich geschehen war, zu verbreiten.

<sup>45)</sup> Vgl. dazu G. Roski/P. Förster (Anm. 33).



unterschiedliche Wertungen erfahren. Erste Euphorien machten bald Ernüchterungen und vernichtenden Kritiken Platz. Besonders die Leipziger Demonstration hat diesen Wechsel der Stimmungen und Wertungen sehr intensiv durchleben müssen.

In einer emotionalen Aufwallung von einem bekannten DDR-Schriftsteller auf dem Alexanderplatz „zur Heldenstadt der DDR“<sup>48)</sup> erklärt, verschaffte das allen Leipzigern das wohlige Gefühl, ein Held zu sein. Auch denen, die sich erst Ende Oktober (als dazu wahrhaft kein Heldenmut mehr notwendig war) aufgemacht hatten. Oder jenen, die die „Revolution“ gleich ganz und gar nur am Fernsehgerät verfolgt hatten. Wochen nur, nachdem Christoph Hein mit seinem Titelvorschlag den Wunsch verbunden hatte, er möge „uns helfen, die Reform unumkehrbar zu machen. Er wird uns an unsere Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit erinnern. Und er wird die Regierung an die Vernunft der Straße mahnen“<sup>49)</sup>, bekennt er angesichts der Stimmungsmache gegen linke Intellektuelle und anderer restriktiver Züge der Entwicklung, daß „trotz des endlich erreichten Sieges . . . ein Rest (bleibt), der uns verzweifeln läßt“<sup>50)</sup>. Und auch Christa Wolf schätzt anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Hildesheim (am 31. Januar 1990) ein, vor Wochen noch gemeinsam mit den Menschen der DDR „in einer anderen Epoche“ gelebt zu haben. „Die ungeheure Wucht“ der Erfahrungen dieser Zeit hat viele „desorientiert und . . . in Depressionen“ versinken lassen. „So wäre der Herbst 89 schon gescheitert? Da stocke ich. Der Suggestion in dieser Frage will ich nicht nachgeben. Will mich der Zustände erinnern, die nicht länger erträglich waren. Der fast unglaublichen Besonnenheit der Volksmassen, die sie im wesentlichen gewaltfrei bis heute verändert haben.“ Besonders wichtig sind ihr aber „die Tausende (nicht Millionen, das nicht), die ihre selbsterregene Freiheit als Möglichkeit zu verantwortlichem Handeln wahrnehmen“<sup>51)</sup>.

Das Frühjahr 1990 war von Wahlen bestimmt. Über die Litfaßsäulen, Häuserwände, Schaufenster, Straßen ergoß sich eine bisher unbekannte Flut von Plakaten, Aufklebern und Parolen. Viele waren

mehr dazu gedacht, den politischen Gegner zu verunglimpfen, als für sich selbst zu werben. Auch das eine Form der politischen Kultur der Straße. Nur, daß sie nicht hier gewachsen war. Ausgedacht von westlichen Wahlstrategen, stürzte sie die Bürger dieses Landes in einen neuen Taumel der Gefühle. Daß viele der Plakate, kaum daß sie geklebt waren, wieder zerfetzt, übermalt oder überklebt wurden: War es Notwehr? War es ein Zeichen von „politischer Unreife“ des DDR-Wahlvolkes? Waren es die Parteien gar selbst, die „die Argumente“ der Gegner — mangels eigener — auf diese absurde Weise zu bekämpfen versuchten? Die Fragen sind nicht zu beantworten. All das geschah im Schutze der Dunkelheit. Öffentlich waren dagegen die Redeschlachten der Wahlredner. Auch die — überwiegend — aus einer anderen politischen Kultur.

Die Ergebnisse des 18. März und des 6. Mai sind bekannt. Diejenigen, die die Veränderungen in diesem Land initiiert haben, sind nicht deren Gewinner, auch wenn die Ergebnisse der Kommunalwahlen für das Bündnis 90 (NF, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte), die GRÜNEN und andere Basisgruppen deutlich besser ausfielen als bei der Volkskammerwahl. Aber auch das ist von Ort zu Ort unterschiedlich. In vielen Bürgervereinigungen sitzen sich nun — ein halbes Jahr nach der „Wende“ — beinahe wieder die gleichen Leute gegenüber wie in den Gründertagen. Sie haben lernen müssen, daß „die seltene historische Erscheinung, daß ein Volk von der Straße aus bestimmt, daß die Bevölkerungsmehrheit sich vernehmbar macht und durchsetzt“, daß „diese Form der direkten Demokratie auf Dauer nicht durchzuhalten“ ist<sup>52)</sup>.

Haben wir zuviel erwartet? Haben wir (vor nicht mal einem Jahr) überhaupt erwarten können, daß uns die Entwicklung weniger Wochen die Straße erobern und neue Artikulationsformen der politischen Kultur ermöglichen wird? Möglichkeiten, die vorher für die DDR nie zur Debatte standen. Demonstrationen fanden im Westen statt. Transparente waren Produkte einer studentischen Kultur, selbstverständlich anderswo. „Runde Tische“ gab es nur in Polen. Nun hat uns der Runde Tisch der DDR, der bereits wieder Geschichte ist, einen Verfassungsentwurf für die DDR hinterlassen. Artikel 15 (1) fordert: „Jeder hat das Recht, Informationen und Meinungen in jeder Form frei zu bekunden und zu verbreiten . . .“<sup>53)</sup>. Und Artikel 16 (1)

<sup>48)</sup> Rede Christoph Heins am 4. November 1989, in: 40 Jahre (Anm. 31), S. 56.

<sup>49)</sup> Ebd., S. 57.

<sup>50)</sup> Christoph Hein. Ein bißchen lauter. Für Kurt Tucholsky. Rede zum 100. Geburtstag, in: Sonntag, (1990) 3, S. 4.

<sup>51)</sup> Christa Wolf. Zwischenbilanz. Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Hildesheim am 31. Januar 1990, in: Die Andere (Zeitung) vom 15. Februar 1990, S. 15.

<sup>52)</sup> Die Mühen der Ebene, in: Bündnis 90. Bürger für Bürger. Sonderausgabe des Bündnis 90 zur Kommunalwahl am 6. Mai 1990 für die Stadt Leipzig, S. 1.

<sup>53)</sup> Verfassungsentwurf für die DDR. Hrsg. von der Arbeitsgruppe Neue Verfassung der DDR des Runden Tisches. Berlin 1990, S. 15.

soll garantieren: „Jeder hat das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich zu versammeln“<sup>54</sup>). Das demokratisch gewählte, neue Parlament konnte sich in seiner Mehrheit nicht entschließen, das Erbe des Runden Tisches anzutreten. Aus unterschiedlichen Gründen, wie man hört.

Die Demonstrationen gehen indessen weiter, wenn auch mit anderen Transparenten und Losungen. Ihr Hauptinhalt ist jetzt ökonomischer Art. Sie fordern den Umtausch von Löhnen, Renten, Sparkonten etc. 1:1, den gesicherten Absatz der in Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hergestellten Produkte, umfassende Lohn-erhöhungen, den Schutz der Arbeitsplätze: Dauerthemen der nächsten Jahre! Nur selten werden jetzt noch Forderungen laut, die über die eigene soziale Befindlichkeit im engeren Sinne hinausgehen. Die

<sup>54</sup>) Ebd., S. 16.

Ostermärsche fanden in diesem Jahr erstmals in Ost und West statt. Ihr Besuch war mager. Andererseits fanden zwei Fahrrad-Demonstrationen Anfang April in Leipzig Tausende von Teilnehmern. Bei ihnen ging es zum einen um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik der Stadt, zum anderen um den Stop der Neuerschließung von Gebieten zum Braunkohletageabbau am Rand von Leipzig. Wertvolle Baumbestände konnten so wenigstens noch teilweise gerettet werden.

Dies sind nur einige Beispiele. Sie benennen zugleich das Themenspektrum einer politischen Kultur der Straße, wie sie in den nächsten Jahren für uns zum Alltag gehören wird. Daß dies möglich (aber auch notwendig) sein wird, haben wir uns selbst zu verdanken, dem Herbst auf den Straßen. Christa Wolfs Rede ist mit dem Titel „Zwischenbilanz“ überschrieben. Mehr ist zur Zeit nicht zu leisten!



# Die Folgen der Einheit

## Zur politisch-kulturellen Lage der Nation

Welche Konsequenzen für die politische Kultur in Deutschland hat die staatliche Einheit der Deutschen? Auf welche politisch-kulturellen Grunddispositionen treffen wir dabei bei den Bürgern der DDR? Was charakterisiert die politisch-kulturelle neue Lage der Nation wenige Monate nach dem Mauerdurchbruch? Solche perspektivisch ausgerichteten Fragen können auf dem bestehenden Werte-Fundament nur weitgehend spekulativ beantwortet werden. Zuverlässiges Datenmaterial speziell zu den Grunddispositionen der DDR-Bevölkerung liegt nur bruchstückhaft vor. Dennoch sind Antworten dringend notwendig – nicht nur aus der Forschungsperspektive. Denn die internationale Akzeptanz des Einheitsprozesses der Deutschen hängt entscheidend von der Beantwortung der Frage ab, wie zuverlässig und berechenbar der neue Nationalstaat in Zukunft sein wird. Welchen geistig-politischen Standort wird die neue Republik Deutschland einnehmen?<sup>1)</sup>

Fast hat man den Eindruck einer bereits gefestigten Normalität: Trabi-Staus auf Autobahnen, DDR-Besuche als spontane Stippvisiten – schnell haben wir uns daran gewöhnt. Auch die Argumentationsmuster haben eine neue Richtung bekommen: Zur neuen Normalität gehört, daß die Befürworter der Zweistaatlichkeit in Rechtfertigungsnot geraten sind. Die Begründungslast liegt seit Ende 1989 nicht mehr bei denen, die die staatliche Einheit Deutschlands fordern. Die Einheit ist selbstverständlich geworden. Dennoch fehlen dieser neuen Normalität die Begriffe.

Die Zeiteinheit dieser Entwicklung sind nicht mehr Jahre, sondern Tage und mitunter Stunden: „Die Veränderungen verändern sich bereits wieder, mit einem Teil der Veränderer. Es gilt, auf den Boden der Tatsache zu kommen, nur daß es eben ein ganz anderer Boden ist.“<sup>2)</sup> Es ist diese Geschwindigkeit des Wandels an sich, die Sprachlosigkeit verursacht. So macht jeder die Erfahrung der eigenen Zeitlichkeit, wenn das Rohmaterial der Geschichte vor unseren Augen entsteht. Wenn sich bisher politischer Wandel auch als sprachlicher Wandel artikuliert, dann stimmt das seit dem 9. November 1989 nicht mehr. Dieser neue „Tag der Deutschen“ mit seiner kollektiven Ekstase des Wiedersehens macht uns bis heute sprachlos. Es klingt paradox, in einer sprüchetenönden Zeit keine passenden Begriffe für die neue Weltsicht parat zu haben. Die Ereignisse sind offenbar schneller als die schnellsten Wörter. Was hat noch Bestand aus den herkömmlichen Begriffsmustern? Wenn jedoch offenbar nichts mehr so wird, wie es vorher war, was wird dann? Denn mit der Öffnung der Grenzen ist auch eine Öffnung gegenüber dem Unbewältigten, Verdrängten, Tabuisierten möglich. Die Öffnung und damit die intensiverte, schrankenlose Kommunikation führt unweigerlich zur Prüfung des Selbst- und Fremdbildes vom jeweils anderen Deutschland. Vieles deutet jedoch darauf hin, daß eine geistige Begegnung noch nicht wirklich stattgefunden hat. Die Fragen der nationalen Identität und der Europäisierung des Kontinents sind durch ökonomische Fragestellungen bisher weitgehend verdrängt.

## I. Bundesrepublikanische Deutungsmuster

Eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik erfordert zunächst, die bisher geltenden Deutungsmuster unseres bundesrepublikanischen Selbstverständnisses Revue passieren zu lassen. Wohin gehören wir? Diese Standortfrage hat als Standardfrage

der Deutschen Daueraktualität. Es hat viele Antwortversuche gegeben zwischen Westwendung und Ostorientierung, zwischen Neutralismus und Sonderweg, zwischen Reichsromantik und dem Traum vom anderen Deutschland<sup>3)</sup>. Im Provisorium Bundesrepublik Deutschland wurde in den fünfziger

<sup>1)</sup> Zur Standortbeschreibung bis zum Jahre 1988 vgl. ausführlich Karl-Rudolf Korte, *Der Standort der Deutschen*, Köln 1990.

<sup>2)</sup> Christa Wolf, *Im Dialog. Aktuelle Texte*, Frankfurt 1990, S. 16.

<sup>3)</sup> Vgl. dazu die neun Standortbilder der Deutschen seit dem 18. Jahrhundert, die in einem mehrjährigen Forschungsprojekt herauskristallisiert wurden: Werner Weidenfeld, *Der deutsche Weg*, Berlin 1990 (i. E.).



Jahren schließlich die Westbindung auch zur Wertbindung: Äußere Sicherheit, wirtschaftliches Wohlergehen, innere Stabilität und bedingt nationale Souveränität markieren seit dieser Zeit die Staatsräson der Bundesrepublik. Zu dieser neuen geistig-politischen Standortverankerung im freiheitlichen Westen gehört jedoch auch gleichzeitig in den fünfziger Jahren das Gefühl der Vorläufigkeit. Erst der Mauerbau am 13. August 1961 signalisierte den Einschnitt. Die Bundesrepublik Deutschland wurde im Bewußtsein ihrer Bürger zunehmend zu Deutschland. Das Provisorium wurde definitiv. Die DDR blieb Vergleichsgesellschaft, zu der die Bundesrepublik eine demokratische Gegenidentität entwickelte. Die DDR wurde seit dieser Zeit zu einem fernen Land. „Ende der Nachkriegszeit“, diese Überschrift zu Erhards Regierungserklärung von 1965 beschrieb das Selbstgefühl vieler Bundesbürger: die Selbstanerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Staatsnation.

Die deutsche Frage hatte sich in der öffentlichen Debatte dieser Zeit von der Frage nach der Wiedervereinigung zunehmend auf neue statusrechtliche Annäherungsbemühungen verlagert. Der Grundlagenvertrag von 1972 vollzog dann eine tiefgreifende Zäsur: den Übergang vom Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik zum Prinzip und Status der Gleichberechtigung zwischen beiden Staaten. Mit der Anerkennung der Vergleichbarkeit beider Staaten in Deutschland wandelte sich auch allmählich das DDR-Bild, das nun nicht mehr ausschließlich als legitimatorischer Kontrast bundesrepublikanischer Verhältnisse herangezogen wurde. Die Beschreibungen der DDR erfolgten aus eher neutraler Perspektive, unabhängig davon, wie man sie beurteilte, jenseits von Lobeshymnen und pauschalen Verdammungen. Dennoch änderte dies nichts daran, daß die Mehrheit der Bundesbürger in ihrer Vorstellung die Bundesrepublik zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer nationalen Identität gemacht hatte, obwohl die Verhältnisse in Deutschland aufgrund der Teilung nicht normal waren. Die Anerkennung der DDR hatte, so kann man diese Phase resümieren, ihr Gegengewicht in der Selbstanerkennung der Bundesrepublik<sup>4)</sup>.

Die späten siebziger und beginnenden achtziger Jahre prägten das bundesrepublikanische Selbstverständnis in zwei ambivalenten Richtungen. Da wuchs auf der einen Seite die Identitätsnachfrage. So wurden in der Bundesrepublik Deutschland Fragen gestellt, von denen man im Zuge der Entwick-

lung der Bundesrepublik zu einer westlichen Industriemacht beinahe hätte glauben können, sie seien überholt. Es ging um die Frage, wer wir eigentlich sind. Was ist die Eigentümlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, die sie haben muß, um von ihren Bürgern als die ihre akzeptiert werden zu können? Selbstdefinition und Selbstabgrenzung waren für die Bundesbürger nach dem Grundlagenvertrag offenbar noch vager geworden. Gesucht wurde somit eine tiefer fundierte Identität, ein neuer Standort. Es ging um das Verhältnis der Bundesrepublik zu sich selbst: Die Frage nach der deutschen Rolle in der internationalen Politik und die Frage nach den Ost-West-Koordinaten der Bundesrepublik zwischen Westbindung, Ostverbindung und Mittellage tauchten auf; Traditionslinien deutscher Standortsuche wie Heimatnostalgie und Geschichtsrenaissance wurden mit der Identitätssuche aktiviert. Die sich dabei mit vermischenden kultur- und zivilisationskritischen Strömungen waren jedoch weniger Ausdruck des Unbehagens an der Nation als an der Verfaßtheit unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft<sup>5)</sup>.

Die Selbstzweifel bezogen sich nicht auf die staatslich-politische Existenz der Bundesrepublik, sondern auf das Innenleben der satten Republik. Als Suchbilder nach Deutschland und Sinnfragen an die moderne Industriegesellschaft waren die Nachfragen bestimmt durch zwei Grundgefühle: den Rückblick auf das, was wir waren, aber nicht sein wollten, und die Besinnung auf das, was wir sein könnten, aber nicht sind. Gerade in dieser Zeit wuchs das Gefühl, daß es für das historische, kulturelle und politische Selbstverständnis der Bundesrepublik nicht ausreicht, wenn sie sich nur als Bundesrepublik Deutschland begreift. Stärker als in früheren Jahren schienen beide Staaten in Deutschland bezogen auf jenes Deutschland, das sie nicht waren, aber ohne das beide auch nicht wären, was sie sind.

Daneben gibt es jedoch parallel das Selbstverständnis einer bundesrepublikanischen Normalität, in der dieser Staat unverrückbar in den politischen und kulturellen Werten der Zivilisation des Westens seinen Platz gefunden hat: ein neues Selbstbewußtsein und ein Stolz auf die politischen Werte des demokratischen Verfassungsstaates. Als „Partner in Leadership“ (Bush) artet zuweilen diese Selbstsicherheit in pure Unbefangenheit aus beim Versuch, die Lasten der Vergangenheit unbekümmert abzuwerfen. Dieses bundesrepublikanische Selbstbewußtsein firmiert in der wissenschaftlichen Lite-

<sup>4)</sup> Vgl. Hermann Rudolph, Die Bundesrepublik im Horizont der Einheit. Eine Skizze, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Deutschen und die Architektur des europäischen Hauses. Materialien zu den Perspektiven Deutschlands, Köln 1990.

<sup>5)</sup> Weiterführend dazu Karl-Rudolf Korte, Erinnerungssparen. Das neue Gesellschaftsbewußtsein, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen, Köln 1987, S. 65–82.



ratur unter unterschiedlichen Begriffsbezeichnungen, wie beispielsweise dem Verfassungspatriotismus oder dem postnationalen Demokratiebewußtsein<sup>6)</sup>. So läßt sich empirisch belegen, daß die Gemeinschaftsorientierung der Bundesbürger nicht mehr — wie noch in den fünfziger Jahren — vorrangig auf Volkseigenschaften und Leistungen des Wirtschaftssystems beruht<sup>7)</sup>.

Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich der Stolz auf politische Systemmerkmale wie z. B. den Freiheitsrechten deutlich nach vorne geschoben. Wirtschaftspatriotismus und eine politische Identität staatsbürgerlicher Prinzipien kennzeichnen dieses neue Selbstverständnis. Jüngste Umfragen<sup>8)</sup>, die vergleichend in der Bundesrepublik und in Groß-

britannien durchgeführt wurden, signalisieren ebenso die enormen Veränderungen: Von einer gefühlsmäßigen Distanz der Mehrheit der Bürger gegenüber ihrem politischen System kann nicht mehr gesprochen werden. Die Bundesbürger sind noch vor der Wirtschaft auf das Grundgesetz stolz. Die deutliche Annäherung der deutschen Antwortmuster an die britischen zeigt außerdem, wie die Bundesbürger sich dem westlichen Typus nationaler Identität angenähert haben. Eine spezifische Ausprägung dieses bundesrepublikanischen Selbstbewußtseins ist zu beobachten, wenn für die Mehrheit der Bundesbürger die Vereinigung beider Staaten in Deutschland nur als „Anschluß“ bzw. als Beitritt denkbar ist: die Bundesrepublik als Muster für das vereinigte Deutschland.

## II. Staats-, National- und Geschichtsbewußtsein der Bundesbürger

Die Identitätsnachfragen und die bundesrepublikanische Selbstzufriedenheit spiegeln noch immer die Suche nach Normalität wider. „Wenn wir das sind, was wir geworden sind“<sup>9)</sup>, dann deutet alles darauf hin, daß wir in der Bundesrepublik zunehmend auch das sind, was die vier Jahrzehnte aus uns gemacht haben. Doch dieses bundesrepublikanische Normalitäts-Bewußtsein steht seit dem 9. November 1989 zur Disposition. Nach dem Fall der Mauer entstand eine neue Lage der Nation. Historische Zäsuren in der Bundesrepublik hingen im Selbstverständnis der Bürger schon immer mit Veränderungen im oder in den Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands zusammen. Die Selbstbezogenheit der Bundesbürger und die innere Distanz, mit der wir den Reformbewegungen in Osteuropa teilweise gegenüberstanden, brach über Nacht zusammen<sup>10)</sup>.

Erste Umfragen nach dem 9. November 1989 zeigen deutlich, daß der Wunsch nach Einheit gestiegen ist, allerdings nach Möglichkeit als Nullsummenspiel: „Ja für die Einheit, aber bitte bil-

lig.“<sup>11)</sup>In den Feuilletons setzte erst Mitte Januar die Diskussion um die Identität der Deutschen wieder ein.<sup>12)</sup> Man brauchte zwei Monate, um zu erkennen, daß auch das bundesrepublikanische Selbstverständnis im Kern betroffen war und nicht nur politisch-administrative und ökonomische Fragestellungen den Einheitsprozeß bestimmen. Häufig war die Frage zu lesen, was sei die DDR eigentlich ohne Sozialismus? Aber was wäre die Bundesrepublik, wenn sie nicht zum Kern eines wiederherzustellenden Nationalstaates würde? Wie tief reichen unsere politisch-kulturellen Verankerungen, damit uns nicht wieder die Geschichte der traditionellen Standortsuche zwischen West und Ost einholt?

Das *Staatsbewußtsein* der Bundesbürger ist zentral betroffen. Denn nun entsteht auch in der DDR eine demokratische Gesellschaft: „Wir sind das Volk.“ Die Bewunderung für die von den DDR-Bürgern erkämpfte Freiheit hat viele Bundesbürger nachdenklich gestimmt. Freiheitsideale haben in der Gefühlslage der Bundesbürger nun wieder einen neuen Stellenwert. Daneben gibt es jedoch Stimmen, die den Eindruck vermitteln, als habe der Zusammenbruch der DDR die Bundesrepublik geadelt und ihre Fehler gänzlich getilgt. Das Staatsbewußtsein muß sich auch ändern, weil die DDR in unserer Wahrnehmung zu einem Teil der Innenpo-

<sup>6)</sup> Eine überblicksartige Zusammenfassung und Zuordnung der Begriffe leistet Jürgen Habermas, *Der DM-Nationalismus*, in: *Die Zeit* vom 30. März 1990.

<sup>7)</sup> So z. B. empirisch belegt bei Harro Honolka, *Schwarzrotgrün. Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität*, München 1987, S. 104–108.

<sup>8)</sup> Veröffentlicht in: ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 2, Juli 1989, S. 1–4.

<sup>9)</sup> So Hagen Schulze, *Wir sind, was wir geworden sind. Vom Nutzen der Geschichte für die deutsche Gegenwart*, München 1987.

<sup>10)</sup> Vgl. Hermann Rudolph, *Es ist auch unsere Sache*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. November 1989.

<sup>11)</sup> „Einheit? Ja, aber bitte billig“ Die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, in: *Die Zeit* vom 9. März 1990.

<sup>12)</sup> Diskussionsbeginn mit Karl Heinz Bohrer, *Warum wir keine Nation sind*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Januar 1990.



litik geworden ist. Das zeigt nicht nur das deutsche Wahljahr 1990. Ein konsensfähiges Mindestmaß an Gemeinschaftsorientierung in bezug auf den gesellschaftlichen Ordnungsrahmen ist hierfür jedoch unabdingbar. Doch welche Maßstäbe gelten noch, wenn sich die politische Landschaft grundlegend wandelt? Demokratie ist als Wert in der Bundesrepublik mehrheitlich verankert. Die Forschungsergebnisse sind hierzu seit Jahren eindeutig<sup>13)</sup>. Der Bezugspunkt des Grundkonsenses ist in erheblichem Maß die Verfassung. Das Legitimitätseverständnis der Bundesbürger orientiert sich vielfach unbewußt am Verfassungspatriotismus. Aber was wird aus dem, wenn es nun doch zu einer verfassungsgebenden Versammlung kommt und monatelang Grundlagen der Verfassung zur Diskussion gestellt werden?

Das *Nationalbewußtsein* hat sich auch mit dem Wandel der Vorstellungswelten verändert. Unser Wahrnehmungshorizont hat sich verschoben. Wenn in Berlin die ehemaligen Mauerbezirke von der geographischen Randlage in die Mittellage rücken, wenn westdeutsche Tageszeitungen mit täglichen DDR-Rubriken erscheinen, dann dokumentieren diese Beispiele ganz handfest und alltagspraktisch einen Bewußtseinswandel. Die Deutschen in West und Ost fangen wieder an, in historischen und regionalen Lebenszusammenhängen zu denken, nicht bloß in Bündnissen. Aus künstlich gespaltenen Regionen werden wieder geschlossene Kultur- und Wirtschaftsräume. Die Teilung hört damit auf, die einzige Alternative einer europäischen Existenz zu sein. Dennoch bleibt offen, wie sich langfristig die unterschiedlichen Gesellschaften annähern. Denn beide haben sich vierzig Jahre lang aus dem Nebeneinander, aus einer Gegen-Identität heraus definiert. Wie stabil und berechenbar wird das Nationalbewußtsein der Deutschen in der Mitte Europas? Daß dieses veränderte Nationalbewußtsein vermutlich eher ein pragmatisches Gesell-

<sup>13)</sup> Zusammenfassend Dirk Berg-Schlosser, Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7/90, S. 30–46.

schaftsbewußtsein als ein nationales Kollektivbewußtsein sein wird, darauf z. B. deuten die in der DDR erwachten Länderpatriotismen. Sie sind anti-zentralistisch ausgerichtet. Die Pluralität selbstbewußter, identitätsfähiger Bundesländer bleibt Lebensversicherung gegen nationalistische Anfälligkeiten<sup>14)</sup>.

Auch das *Geschichtsbewußtsein* verändert sich, denn die Deutungsmuster der Geschichte haben mit dem 9. November einen neuen Referenzpunkt erhalten, Der 13. August 1961, der Tag des Mauerbaus, und der 9. November 1989, der Tag, an dem die Mauer fiel, haben nicht nur die Geschichte verändert, sie haben auch das Selbstverständnis der Deutschen in Ost und West nachhaltig beeinflußt. Daß Geschichtsbewußtsein ein politischer Faktor ist, zeigten besonders die unmittelbaren Ereignisse im Kontext des 9. November 1989. Denn es waren in der Mehrzahl junge Menschen, die Nach-Mauerbau-Generation, die in ihrer Begeisterung die Mauer abtrugen. Die Mauer blieb im kollektiven Gedächtnis über die Generationen hinweg das Symbol der Unfreiheit. Statt konkreter Erfahrung wirkte hier die Kraft der Überlieferung. Neue qualitative Umfrageergebnisse deuten nach ersten Auswertungen auch darauf hin, daß mit der Einheit Deutschlands die Chancen zum Neuanfang generationsübergreifend gegeben erscheinen<sup>15)</sup>: „Die nationale Schmach fällt endlich weg, wenn die Teilung aufgehoben ist.“ Dieser Sprung aus dem Trauma als Befreiung zur Normalität ist, wie die ersten Ergebnisse weiter andeuten, eher Artikulation einer neuen Unbefangenheit im Umgang mit der Vergangenheit als Ausdruck nationalistischer Gefühlsaufwallungen.

<sup>14)</sup> Weiterführend hierzu Karl Schlögel, Der dramatische Übergang zur neuen Normalität, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Oktober 1989; Wolf Lepenies, Europa als geistige Lebensform, in: *Die Zeit* vom 27. Oktober 1989.

<sup>15)</sup> Vgl. Ergebnisse des Forschungsprojekts „Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland als politischer Faktor“ der Forschungsgruppe Deutschland an der Universität Mainz unter der Leitung von Prof. Dr. Werner Weidenfeld und Felix Ph. Lutz, M. A. in Kooperation mit Sinus Heidelberg und ZUMA Mannheim.



### III. Standortbilder der DDR

Welche Selbst- und Fremdbilder als Summe der Vorstellungen über die DDR liegen zur Zeit vor<sup>16)</sup>? Fünf Standortvarianten kristallisieren sich heraus:

#### 1. Das offiziöse Bild: „So-soll-es-sein-DDR“

Dahinter verbirgt sich die ehemals verordnete Identität des sozialistischen SED-Staates<sup>17)</sup>. Die Ritualisierung und Künstlichkeit dieses offiziösen Bildes fand seinen Höhepunkt in der Vierzigjahr-Feier der Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin. Die jahrzehntelangen sozialistischen Vorgaben haben jedoch nur partiell zur Identifizierung mit dieser „So-soll-es-sein-DDR“ geführt. Die Gegendemonstrationen im Umfeld der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag sind der letzte Beweis in einer langen Indizienkette gewesen. Das Selbstverständnis der Bürger der DDR hat sich nämlich in der Auseinandersetzung gerade mit diesem offiziellen Bild in Form von alltäglicher Selbstbehauptung stabilisiert.

#### 2. Das leistungsorientierte Bild: Aufbaustolz

Die ökonomischen Erfolge und die staatliche Konsolidierung haben bis in die siebziger Jahre hinein in weiten Bevölkerungsgruppen ein spezifisches Wir-Bewußtsein ausgeprägt. Einige Ergebnisse deuten sogar darauf hin, daß besonders in den Jahren der relativen ökonomischen und politischen Erfolge ein emotional verankertes DDR-Bewußtsein existierte<sup>18)</sup>. Darin spiegelt sich der durch eigene Leistungen erreichte Aufbaustolz der DDR-Bevölkerung wider. Im Bewußtsein der Mehrheit war die

DDR eine Aufsteiger-gesellschaft<sup>19)</sup>. Drastisch konnte sich jeder bei Reisen in die benachbarten Länder des Ostblocks, die einen deutlich niedrigeren Lebensstandard aufweisen, in diesem Grundgefühl des Aufbaustolzes bestätigt finden. Erst mit dem Mauerdurchbruch bekommt dieses leistungsorientierte Bild tiefe Risse: Die Modernitäts- und Wohlstandsdifferenz zur Bundesrepublik ist so groß, daß sich das Bewußtsein einer Aufsteiger-gesellschaft binnen Wochen in ein Bewußtsein einer proletarischen Absteiger-gesellschaft gewandelt hat.

#### 3. Das intellektuell-elitäre Bild: Sozialistisches DDR-Bewußtsein

„Das hoffe ich allerdings, daß dies jetzt eine Niederlage des Stalinismus ist, und ich hoffe immer noch, daß in diese Niederlage nicht die — Sie sagen: Utopie — hineingezogen wird; ich sage versuchsweise: Die reale Möglichkeit, in der DDR Strukturen zu entwickeln, die sich produktiv auf eine sozialistische Gesellschaft hinbewegen könnten . . . und wir müssen, glaube ich, auch bedenken, daß die DDR — je mehr sie eine Alternative zur Bundesrepublik entwickelt — wieder Leute, ihre Bürger, an sich binden könnte, und daß sie in Europa ein produktiver Partner werden könnte — übrigens auch für die Bundesrepublik.“<sup>20)</sup> Christa Wolf sagte dies noch am 8. Oktober 1989. Die Vision des demokratischen Sozialismus ist noch vier Wochen später, am 8. November 1989, eine der Zentralessagen des Aufrufs der demokratischen Bürgerinitiativen und einiger Literaten der DDR<sup>21)</sup>. Christoph Hein hatte bei der Großdemonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz noch gesagt: „Die Strukturen dieser Gesellschaft müssen verändert werden, wenn sie demokratisch und sozialistisch werden soll.“<sup>22)</sup> Die dokumentarisch angelegten tagebuchartigen Aufzeichnungen einiger DDR-Schriftsteller zu den Er-

<sup>16)</sup> Zur Theorie und Operationalisierung der Deutschlandbilder vgl. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandbilder. Akzentverlagerungen der deutschen Frage seit den 70er Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3/88, S. 45–53; ders., Nationale Identifikation und europäische Bindung, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung* (Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 18). Opladen 1987, S. 222–228.

<sup>17)</sup> Zur verordneten Identität vgl. Hermann Rudolph. Wie sieht das Selbstverständnis der DDR-Gesellschaft aus?, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität der Deutschen*. München 1983, S. 193–209.

<sup>18)</sup> So ein Ergebnis meiner Gespräche beim Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Außerdem dokumentiert bei Walter Friedrich, *Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16–17/90, S. 25–37.

<sup>19)</sup> Dazu Wilhelm Hennis, Die Chance einer ganz anderen Republik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 1990; Lutz Niethammer, *Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR*, in: Alf Lütke (Hrsg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt-New York 1988.

<sup>20)</sup> Chr. Wolf (Anm. 2), S. 85.

<sup>21)</sup> Der Text ist abgedruckt in: ebd., S. 169 f.

<sup>22)</sup> Christoph Hein, Die fünfte Grundrechenart. Aufsätze und Reden 1987–1990, Frankfurt 1990, S. 194; ferner Irma Hanke, *Alltag und Politik. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft. Eine Untersuchung zur erzählenden Gegenwartsliteratur der DDR in den 70er Jahren*. Opladen 1987; Lutz Rathenow, *Erst das Absurde sorgt für Distanz und Komik*, in: *Die Welt* vom 14. März 1990.



eignissen im Oktober und November 1989 sind historische Quellen der Änderungsdynamik. Denn genau bis zum 20. November 1989 hielt sich die Vorstellung eines sozialistischen DDR-Bewußtseins. Seit dem Abend dieses Tages wurde „Deutschland – einig Vaterland“ von Leipzig ausgehend zum Gegenbild. Daß nach dem 9. November 1989 das Modell eines demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz eine Wunschvorstellung geblieben war, das zeigen die Wahlergebnisse zur Volkskammerwahl am 18. März 1990.

#### 4. Das literarisch-feuilletonistische Bild: „Heimatmuseum DDR“

Jenseits der verordneten Staatskultur der DDR wird vor allem bei westdeutschen Intellektuellen ein anderes Extrem skizziert: die verklarte DDR-Idylle, das „Heimatmuseum DDR“. Meist sind es Reisen durch Thüringen oder Sachsen, die das neu erwachte Traditionsbewußtsein, die Geschichtspflege, das Geschichtsbewußtsein und so die DDR als Heimatmuseum beschreiben. Horst Krüger beispielsweise zielte mit seinen vielfältigen Reisebeschreibungen der DDR-Provinz und besonders mit seinem Buch „Tiefer deutscher Traum“ (1983) auf die nostalgisch-verträumten Landschaften der DDR mit bodenständigen Menschen, die ungeniert mit dem deutschen Volksgut umgehen. Romantische Sehnsüchte nach der verlorenen Vergangenheit dominierten. Erich Loest hob mit dem „Völkerschlachtdenkmal“ (1984) die Sachsen auf den Sockel der Geschichte und suchte ein kritisches Selbstbewußtsein der Sachsen wiederzubeleben. Der „malerische Teil des alten Deutschland mit seinen vielen unverdorbenen Landschaften“ wird neu entdeckt, „versunkene Zeiten stehen auf“. Die Westdeutschen hingegen: „ein Volk ohne Geschichte, ohne Wurzeln“<sup>23</sup>).

Aber es sind nicht nur die Reisebilder aus der DDR-Provinz und die Reisen in die deutsche Ver-

gangenheit, die das DDR-Bild als Heimatmuseum hier ausmachen. Das Portrait muß noch ergänzt werden durch die Erinnerungsbilder an die – zur nostalgischen Idylle verklärten – fünfziger Jahre in der Bundesrepublik, die sich bei der Neuentdeckung der DDR zum Klischee verdichten und offenbar den Bewertungsmaßstab abgeben: Scheinidyllen mit Kopfsteinpflaster bei Horst Krüger, nostalgisch verträumte Landschaften bei Erich Loest, Gefühle verjährter Modernität bei Martin Walser, biedere Bürgerlichkeit abseits hektischer Verwestlichung bei Peter Schneider<sup>24</sup>).

#### 5. Das erfahrungsgesättigte Bild: Doppelte Deutsche

Die DDR als Heimatmuseum und konserviertes Modell der fünfziger Jahre – diese Facetten voller Erinnerungen an Gemeinsamkeiten müssen ergänzt werden durch ein Bild, das sich zeitlich parallel dazu herausgebildet hat. Es zeigt mittels subjektiver Dispositionen, wie die tausendfachen Begegnungen mit dem Alltag der DDR den Fortbestand offenbar typisch deutscher bürgerlicher Traditionen und Verhaltensweisen gewahrt werden läßt. Die neuen Innenansichten der DDR-Bewohner gleichen danach denen der Bewohner der Bundesrepublik, es sind doppelte Deutschlandportraits. Die nun möglichen millionenfachen deutsch-deutschen Begegnungen tragen vielfach ein gemeinsames Kennzeichen: die Überraschung über das Wiedererkennen von altbekannt Vertrautem. Diese doppelten Deutschen begegnen einem auch in den literarischen Reportagen aus der DDR. Hier stehen die Begegnungen von Menschen aus Ost und West, die Alltagseindrücke und Klassenreisen-Erlebnisse im Mittelpunkt<sup>25</sup>). Die Entdeckung des Vertrauten liegt dabei dicht neben der Beobachtung von Exotischem. Doch der Gesamteindruck trägt das besondere Kennzeichen: deutsch.

<sup>23</sup>) Arnulf Baring. Auf Luthers Spuren. Mit West-Berliner Studenten drüben unterwegs, in: Die politische Meinung, (1986) 228, S. 79–82; Grundsätzlich zu diesem Bild vgl. Karl-Rudolf Korte, Auf der Suche nach dem verlorenen Selbst. Schriftsteller und das historisch-politische Bewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland. Geschichte. Bewußtsein, Bonn 1989, S. 198–224.

<sup>24</sup>) So z. B. Horst Krüger, Fremde Heimat. Empfindsame Reise durch die DDR-Provinz, in: Merkur, (1977) 3, S. 243–261; Karl Schlögel, Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa, Berlin 1986, S. 21; Claus-Heinrich Meyer, Alltagsmuseum DDR, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. September 1989.

<sup>25</sup>) Vgl. Gerhard Kiersch, Die jungen Deutschen. Erben von Goethe und Auschwitz, Opladen 1986, S. 40–67.



#### IV. Wertekontinuität der politischen Kultur in der DDR

Die fünf Standortbilder zur DDR-Gesellschaft beinhalten jeweils unterschiedliche Vorstellungen über die Färbung, Dimension und Konturierung einer DDR-spezifischen Identität. Sie zeigen im zeitlichen Längsschnitt Veränderungen an, die mit den Phasen des Umbruchs in der DDR ursächlich zusammenhängen<sup>26)</sup>. Doch gab es tatsächlich eine DDR-eigene nationale Identität, wie sie gerade in den achtziger Jahren bevorzugt von DDR-Wissenschaftlern herausgestellt wurde<sup>27)</sup>? Die Vermutung einer DDR-eigenen Identität beruhte auf dem sozialpsychologisch-kompensatorischen Charakter von Identitätsbildungsprozessen<sup>28)</sup>.

Die eigene Identität mußte die Mehrheit der DDR-Bevölkerung hinsichtlich einer bestimmten Vorstellung von dem, was die DDR leistete, stützen. Es war eine durch die Gemeinsamkeit der Entbehrungen geprägte Identität. Die Abkapselung gegenüber dem Staat, die Flucht in die Nischengesellschaft der DDR bot Geborgenheit und menschliche Wärme in einem staatsfernen Milieu. Es war eine Spielart kompensatorischer Identifikation, geboren aus der vielschichtigen ökonomischen und demokratischen Mangelsituation der DDR. Sicher existierten kontextspezifische Besonderheiten eines kulturellen Milieus im Sprachgestus, Debattenstil, Vokabular, in Sozialnormen, Erwartungshaltungen, Reaktionsweisen und Mentalitätsprägungen. Dies rückt erst jetzt in aller Schärfe ins Bewußtsein und markiert das vierzigjährige eigene Selbstverständnis, die erlebte und erlittene DDR-Identität. Daß daraus keineswegs ein DDR-Nationalbewußtsein oder eine sozialistische Identität entstanden ist, wurde nicht nur durch den dramatischen Wandlungsstrom aus der DDR in die Bundesrepublik im Jahre 1989 und Anfang 1990 veranschaulicht. Die Sozialismus-Fassade brach durch das Einheitsverlangen zusammen. Die Einheit der Deutschen war für die Bürger der DDR schon immer ein Codewort für gesellschaftliche und politische Erwartungen, mit konkreten praktischen Alltagserfahrungen und Wünschen gekoppelt und nicht wie in der Bundesrepublik nur pflichtgemäße Sonntagshetorik. Um-

frageergebnisse des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig deuten im Trend an, daß in dem Maße, in dem sich der Sozialismus in den achtziger Jahren selbst diskreditierte, parallel auch die emotional verankerte Identifikation mit dem DDR-Staat dramatisch nachließ<sup>29)</sup>.

Vielleicht ist das Eigene der DDR auch erst in ihrem Untergang geboren worden: in der Erinnerung an die Revolution. „Wir sind das Volk“ — diese Losung während der ersten Revolutionsphase transportierte kurzzeitig diesen Stolz auf die eigenen Leistungen, in dem das Volk der DDR Souverän und Subjekt seiner eigenen Geschichte war. Die zahlreichen Ausstellungsdokumentationen in vielen Städten der DDR mit den Bilddokumenten der Oktoberrevolution 1989 unterstreichen nostalgisch dieses revolutionäre Wir-Bewußtsein.

Doch die neue Lage der Nation hat in einer schon kurz darauf folgenden Phase des Umbruchs — etwa ab Ende November 1989 — dieses „Wir sind das Volk“-Bewußtsein durch eine andere Gemeinschaftsorientierung ersetzt: das Wir-Bewußtsein reichte für einen eigenen Staat nicht aus, die DDR ist nur noch als Einstellung, nicht jedoch als Staat in die neue Republik Deutschland miteinzubringen. Durch den Umsturz des SED-Regimes war ein Machtvakuum in der DDR entstanden, jedoch kein Werte-Vakuum. Die politische Kultur der DDR läßt sich vielmehr wenige Monate nach der Revolution mit Kategorien einer bürgerlich-westlichen Wertekontinuität beschreiben<sup>30)</sup>. Doch alte, offenbar konservierte politisch-kulturelle Traditionsmuster, wie sie in der Bundesrepublik bis in die sechziger Jahre hinein dominierten, finden sich noch immer in der DDR.

<sup>29)</sup> Vgl. Günter Lange/Hans-Jörg Stiehler, Abschied von der Utopie? Jugend und DDR im sozialen Wandel der 80er Jahre. (Unveröffentlichtes Manuskript des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig); ferner W. Friedrich (Anm. 18).

<sup>30)</sup> Zu den Traditionslinien der politischen Kultur in der Bundesrepublik vgl. die Begrifflichkeit bei Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München 1989<sup>12</sup>, S. 119—128; W. Weidenfeld (Anm. 3); Zur politischen Kultur in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren vgl. Friedrich H. Tenbruck, Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz, Die zweite Republik, 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 298—310; speziell zur Wertekontinuität in der DDR vgl. Ralf Rytlewski, Führt die Perestrojka auch zur Umgestaltung der sozialistischen Länder-Forschung? Plädoyer für mehr politische Kulturforschung, in: ders. (Hrsg.), Politik und Gesellschaft in den sozialistischen Ländern. Ergebnisse und Probleme der sozialistischen Länder-Forschung, Opladen 1989, S. 24—33; vgl. das Beispiel der Einstellungen zu Arbeit und Freizeit, in: Allensbacher Berichte, (1990) 9.

<sup>26)</sup> Zur Phaseneinteilung vgl. den Vortrag von Roland Schirmer (Humboldt-Universität, Ost-Berlin) „Der runde Tisch: ein Legitimationsgremium?“ auf der Jahrestagung des Arbeitskreises politische Kulturforschung der deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften in Tutzing am 2. Mai 1990; außerdem Neues Forum Leipzig, Jetzt oder nie — Demokratie, Leipziger Herbst '89, München 1990, S. 8—15.

<sup>27)</sup> So z. B. Helmut Hanke/Thomas Koch, Zum Problem der kulturellen Identität, Anregungen für eine Diskussion, in: Weimarer Beiträge, (1985) 8, S. 1237—1264.

<sup>28)</sup> Zur theoretischen Einordnung Daniel Katz, Nationalismus als sozialpsychologisches Problem, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus, Göttingen 1987, S. 79.



Diese Niemandszeit zwischen dem alten SED-Staat und dem demokratischen Zukunftsgemeinwesen kann verstehen, wer weiß, aus welcher Vergangenheit sie herkommt. Bei der folgenden Beschreibung aktueller politisch-kultureller Strömungen innerhalb der DDR-Bevölkerung wird jedoch nicht unterstellt, daß diese Strömungen keine Wirkungskraft mehr in der bundesrepublikanischen Bevölkerung hätten. Jedoch sind in der Bundesrepublik diese Werte-Kontinuitäten durch Internationalisierung, durch Pluralisierung der Lebensstile, durch Kommunikation und durch neue, ergänzende Wertorientierungen überlagert. Ihre jeweilige situationsspezifische Aktualisierung signalisiert einen anderen, eher gedämpften Umgang mit den Traditionsströmen als innerhalb der DDR-Bevölkerung. Konkret lassen sich sechs politisch-kulturelle Strömungen einer Wertekontinuität beobachten, die auch nach dem Ausnahmezustand im Oktober und November 1989 ihre dominierende Prägekraft offenbar behalten hat:

### 1. Idealismus

In der revolutionären Überwindung des administrativ-zentralistischen politischen Systems in der DDR steckte die Hoffnung auf eine neue politische Kultur. Doch die radikaldemokratisch-basisdemokratischen Züge, die in den Friedens- und grünalternativen Bewegung, bei den engagierten Christen sowie der Umwelt- und Menschenrechtsbewegung entstanden, transportieren ein Politikverständnis, das sich an einem idealen Maßstab der Verhältnisse orientiert. Ein Beleg für die Problematik der idealistischen Denkhaltung in Form moralisierender Vorbehalte gegenüber den konkreten Erscheinungsformen der Politik findet sich in der Auseinandersetzung der DDR-Bürgerkomitees mit der jetzt neuen, parlamentarisch gestützten Legitimität. Der revolutionär-idealistische Impetus reibt sich an den Spielregeln der repräsentativen Demokratie.

### 2. Etatismus

Ein positives Staatsverständnis, in der Tradition des Protestantismus lutherischer Prägung<sup>31)</sup>, führte zum „Modrow-Effekt“. Der DDR-Ministerpräsident Modrow wurde, obwohl er ein Vertreter des alten SED-Regimes war, für viele Bürger der DDR staatlicher Hoffnungsträger, eine Inkarnation des Gemeinwohls. Er stand über den Parteien zur Sicherung und Ordnung der staatlichen Verhältnisse<sup>32)</sup>. Etablierte Grundströmungen in der Tra-

dition des Protestantismus finden sich auch bei den Sprechern der neuen Bewegungen. Selten sprachen sie als Vertreter eines nationalen Konsenses, sondern sie handelten aus einer Grundeinstellung individueller Verantwortung heraus, die sie von der Masse abhob<sup>33)</sup>.

### 3. Unpolitische Innerlichkeit

Die DDR-Bürger haben keine Erfahrungen mit den erstrebten Prinzipien der freien Diskussion, der demokratischen Willensbildung und der staatsbürgerlichen Gleichheit. Viele neigen augenblicklich eher zur Sicherung der privaten Existenz als zur weiteren demokratischen Partizipation. Private Innerlichkeit bei garantierter Freiheit steht der neu akzeptierten politisch-staatlichen Obrigkeit gegenüber. Die Stimmung im Umfeld des Kommunalwahlkampfes in der DDR deutete bereits auf diesen Trend einer zwar immer noch hochpolitisierten Gesellschaft, in der jedoch mittlerweile mehrheitlich politisches Engagement zurückgeht. Das Politikverständnis der DDR-Bevölkerung schätzt hingegen das, was die Bundesbürger weithin konsumiert haben: Rechtsstaatlichkeit, Verwaltungseffizienz, öffentliche Ordnung<sup>34)</sup>. Für ein eher obrigkeitstaatlich gelagertes Verständnis ist vieles sogar abstoßend, was nach bundesrepublikanischen Maßstäben als Steigerung demokratischen Engagements gilt.

### 4. Konfliktscheu

Es gibt keine Dialogkultur in der DDR. Der offene politische Diskurs in allen Regionen und Alltagssituationen ist eine ganz neue Erfahrung für DDR-Bürger. Geprägt hat sie dagegen eine Dauerschizophrenie zwischen der sorgfältig ausgewählten öffentlichen Meinungsäußerung, die von einem erwartet wurde, und der Meinung im vertrauten Kreis: eine Doppelgesichtigkeit von öffentlicher und privater Meinung. Öffentlich ausgetragene Konflikte als Mittel produktiver Gesellschaftsgestaltung müssen noch geübt werden. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Parteien der Bundesrepublik massiv in den Volkskammerwahlkampf eingriffen, dominierte noch der Wunsch nach Harmonisierung zwischen den DDR-Parteien. Trotz einzelner Übergriffe gab es eine unausgesprochene und aus westdeutscher Sicht oft unverständliche Fairneß gegenüber der SED-PDS. Die Häuser der Demokratie, die mittlerweile in vielen Städten der DDR existieren, symbolisieren ein Stück weit auch diese harmonisierende Konfliktscheu. Unter einem gemeinsa-

<sup>31)</sup> Ergänzend dazu vgl. R. Rytlewski (Anm. 30), S. 26.

<sup>32)</sup> Dies wird auch aus der Selbsteinschätzung von Hans Modrow deutlich, die er nach seiner Regierungszeit abgab, vgl. Die Zeit vom 13.–27. April 1990.

<sup>33)</sup> Vgl. Karl Schmitt, Kirche und Weltanschauungsstaat, in: Dieter Oberndörfer u. a. (Hrsg.), Kirche und Demokratie, Paderborn 1982.

<sup>34)</sup> Vgl. H. Rudolph (Anm. 17), S. 204.



bei wechselseitiger Abhängigkeit von gemeinsam benutzter Infrastruktur, alle politischen Parteien und Bewegungen wieder. Leserbriefe in den DDR-Zeitungen belegen zudem hinreichend eine Stimmung, in der Oppositionelle als permanente Nörgler verschrien sind. So wird Pluralismus oft nur als Chaos aufgefaßt.

## 5. Formalismus

Zahlreiche Parteiversammlungen, politische Foren und Bürgertreffen wurden anfänglich durch ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatten geprägt. Statt programmatischer Diskussionen stand die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte im Vordergrund. In dieser Art des Formalismus spiegelte sich auch ein Stolz auf Disziplin wider. Keine Demonstration in der Umbruchphase der DDR fand während der Arbeitszeit statt. Selbst die Rechnung der Berliner Stadtreinigung für die Säuberung des Alexanderplatzes nach der Großkundgebung am 4. November 1989 für Pressefreiheit und freie Wahlen bezahlten die Veranstalter fristgerecht. Auch die Diskussion über die Geltungskraft der bisherigen DDR-Verfassung gehört in diesen Traditionsstrom des Formalismus. Vermutlich hat es in der Geschichte noch keine Revolution gegeben, die das Unrechtsregime verjagte, aber der Unrechtsordnung verfassungsrechtlich verpflichtet blieb — bis das Parlament die alte Ordnung mit verfassungsändernder Mehrheit in bürgerlicher Verfassungstradition änderte.

## 6. Sicherheitsbedürfnis

Der neue Orientierungsbedarf der DDR-Bevölkerung erhält seine ganze Schubkraft auch aus dem

Zerfall der Kommandowirtschaft. Die Entmündigung durch den Plan war für manche zugleich eine Art Geborgenheit im Kollektiv. Die Entscheidungsfreiheit produziert nun Ängste in einem Staat, in dem ebenso wie in der Bundesrepublik eine tiefe Sehnsucht nach Sicherheit die politische Kultur prägt<sup>35</sup>). Sicherheit ist hierbei nicht nur als DM-Sicherheit zu verstehen, sondern als Lebensweise; eine Zielsicherheit mit der Gewißheit der Geborgenheit eines von alleine verlaufenden vorgegebenen Entwicklungsweges. Die Suche nach Sicherheit war auch ein wichtiger Auslöser der Revolution. Lange Zeit — bis zu Beginn der achtziger Jahre — existierte noch ein stabiles Sicherheits- und Zukunftsbewußtsein mit sozial abgesichertem Status, beruflicher Ausbildung und Arbeitsplatzgarantie<sup>36</sup>).

Im Kontext der ökonomischen und politischen Krise der achtziger Jahre zeichnete sich jedoch eine zunehmende Deformation und Zerstörung der sozialen Strukturen, der Netze und Beziehungen des Alltags ab. Dies verursachte nicht nur Bindungsverluste, sondern auch einen Verlust an Identifikation mit den Idealen des Sozialismus bezüglich sozialer Gerechtigkeit. „Wir sind ja gewohnt, daß andere für uns denken und tun“, dieser vielgehörte Satz bezieht sich auf diese Mischung aus unpolitischer Innerlichkeit und dem Sicherheitsbedürfnis in einem zugleich bevormundenden und betreuenden System. Diese Angst vor der Freiheit<sup>37</sup>) hat aus einem Sicherheitsbedürfnis heraus bei vielen Bürgern der DDR mit vorauseilendem Gehorsam die Suche nach der Obhut des Stärkeren — in diesem Fall der Bundesrepublik — auch sozialpsychologisch motiviert.

## V. Ausblick: Deutsche in Europa

Was charakterisiert die neue politisch-kulturelle Lage der Nation? Nach vierzig Jahren gehört es zum Konsens, daß man gerade der Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft Sicherheit und Wohlstand verdankt. Bisher driftet eher der Osten nach Westen als umgekehrt. Der einstige sozialistische Ostblock folgt dem Modernisierungssog des Westens. Doch die Zeit ist ungünstig für Prognosen. Die progressiven Ideologien von einst haben

ihren Glanz verloren und die kämpferischen Konzepte ihre Kraft. Auch Neutralitätskonzepte, Brücken- und Mittlerfunktionen oder Sonderwege finden nur noch geringe Beachtung. Die Euphorie des Wiedersehens und das Denken in Lebenszusammenhängen haben nicht zu nationalistischen Bewegungen der Deutschen geführt. Eine für unsere politische Kultur ungewohnte neue Gelassenheit kennzeichnet vielleicht am besten die augenblickliche neue Stimmungslage der Nation.

<sup>35</sup>) Vgl. Helge Pross, Was ist heute deutsch? Wertorientierung in der Bundesrepublik. Reinbek 1982.

<sup>36</sup>) Hinweise bei W. Friedrich (Anm. 18); G. Lange/H.-J. Stiehler (Anm. 29).

<sup>37</sup>) Vgl. dazu Annegret Hofmann, Macht die neue Freiheit krank? Wie DDR-Bürger die Wende seelisch verkraften, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. März 1990.

Dies hat ein bundesrepublikanisches Staatsbewußtsein ermöglicht, das schwerpunktmäßig an den konkreten Lebensverhältnissen orientiert ist. Die Werte des neuen Individualismus lassen eine eher pragmatisch als idealistisch begründete Zustim-



mung zur Demokratie wachsen. Der Konsens im Staatsbewußtsein und der Gemeinschaftsorientierung der Bundesbürger richtet sich eher auf private Lebensentwürfe, auf gleichartige individuelle Zielsetzungen und weniger auf übergreifende Ideen. Erst allmählich setzt sich auch deshalb im Bewußtsein durch, daß ein vereinigtes Deutschland nicht bloß eine vergrößerte Bundesrepublik darstellt. Mit dem Ende der Geschichte des Teilstaates Bundesrepublik Deutschland müssen sich die Bundesbürger auch als Deutsche in Europa neu definieren.

Bei den Bürgern der DDR verbirgt sich ebensowenig hinter dem Einheitsverlangen großdeutscher Nationalismus, vielmehr das Streben nach individuellem Glück. Daher rührt es auch, daß man nun immer mehr den Vergleich mit dem Westen sucht, als dem einzigen Orientierungsmaßstab, der offenbar noch gilt. Nicht nur die Westmark — die westlichen Verhältnisse an sich dominieren den gesellschaftlichen Wechselkurs.

Die Nationalstaaten haben durch den Umbruch in Osteuropa ein neues Gewicht erhalten. Globale Interdependenz ist zu abstrakt, um sozialpsychologisch motivierte Identitätsbedürfnisse zu befriedigen. Als Identifikationsrahmen bleibt der Nationalstaat erhalten. Die europäische Integration reduziert jedoch insgesamt die Rolle jedes einzelnen Nationalstaates. Der Bedarf an nationaler Identifikation und Souveränität wächst in dem Maße, in dem politische und ökonomische Nivellierungsprozesse in Europa zunehmen. Die Nationalstaaten bleiben auch ein Schutz gegen Hegemonie.

Für die Bürger der DDR hat sich der bisherige institutionelle Lebensrahmen aufgelöst. Zum Vor-

schein kommt eine politisch-kulturelle Wertekontinuität bürgerlicher Traditionen in Deutschland. So gewinnt man in der Bundesrepublik den paradoxen Eindruck, daß das „Ende der Nachkriegszeit“ mit der Wiederentdeckung der Nachkriegszeit einhergeht, die offenbar im östlichen Deutschland noch nicht vergangen ist. Auf Jahre werden wir so im vereinigten Deutschland deutlich markierte Regionen unterschiedlicher Wertstrukturen haben. Die Reduktion auf kleinräumliche Beziehungen, der Wille zum Ausbau der privaten Existenz, das Auswandern aus der Geschichte durch Kompensationsangebote — wie zum Beispiel die Westwendung — werden die Wertehierarchie der DDR-Bürger weiterhin bestimmen.

Doch der schonungslose Druck der Modernisierung führt schneller und abrupter, als es in der formativen Phase der Bundesrepublik möglich war, zur Abfederung und Überlagerung dieser kollektiven Prägemuster. Die Westwendung mit weltoffener Kommunikation eröffnet Spielräume der individuellen Differenzierung und ermöglicht die pragmatische Gleichzeitigkeit unterschiedlicher politisch-kultureller Lebensstile. Erst wenn sich auch die DDR-Bürger den ehemaligen bundesrepublikanischen Slogan „wir sind wieder wer“ zu eigen machen, kann es zu einer Synchronisation der Lebensgefühle West und Ost kommen.

Vermutlich bleibt uns jedoch bis dahin noch immer ein deutscher Kleinmut erhalten, der sich in beiden Gesellschaften — aus jeweils unterschiedlichen Motiven — in der Angst vor den Kosten der Einheit seinen Weg bahnt.



## Alte Länder – Neue Länder

### Zur territorialen Neugliederung der DDR

#### I. Aufgaben und Fragen

Vor der Gesellschaft in der DDR steht die Aufgabe, das Territorium ihres Staates neu zu gliedern. Im Zuge der revolutionären Veränderungen während des Herbstes 1989 ist die Forderung nach Wiederherstellung der im Jahre 1952 aufgelösten Länder erhoben worden. Sie hat sich seitdem verstärkt und dazu geführt, daß die Neugründung der Länder heute als selbstverständlich gilt. Sie entspricht nicht nur dem Wunsch der großen Mehrheit der Menschen, sondern ergibt sich als zwingende Notwendigkeit aus der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, mit der das Gebiet der heutigen DDR in naher Zukunft zu einem einheitlichen Bundesstaat vereinigt werden wird. Die föderale Struktur der künftigen gesamtdeutschen Bundesrepublik ist eine feststehende Tatsache, sie erfordert die Existenz selbständiger Länder.

Die Wiederherstellung der Länder wird die notwendige Folge der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 sein, deren politischer Inhalt auf die Beseitigung der terroristischen SED-Herrschaft abzielt. Die SED hat 1952 bewußt die alten Länder abgeschafft, weil diese nicht geeignet erschienen, als Verwaltungseinheiten für die Durchsetzung einer Politik zu dienen, die auf die Errichtung der angeblichen Diktatur des Proletariats, in Wahrheit auf die Diktatur des Politbüros gerichtet war. Die damals noch bestehenden fünf Länder waren immerhin zum Teil Ergebnisse einer langen territorialen Entwicklung und Träger einer Eigenstaatlichkeit, die mit den stalinistischen Prinzipien der straffen, zentralistischen Leitung des sozialistischen Staates nicht in Einklang zu bringen war. So ergab sich die Abschaffung der Länder als logische Folge aus dem gesellschaftspolitischen Ziel der sogenannten proletarischen Revolution, als deren Vollstrecker sich die SED betrachtete.

Wenn heute diese Politik als gescheitert erwiesen ist und die Menschen, die unter ihr gelitten haben, die SED-Herrschaft beseitigt haben, so ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, wieder eine Territorialgliederung und ein Verfassungsleben auf der

Grundlage von Ländern zu schaffen. Die Staatlichkeit auf zwei Ebenen, nämlich auf nationaler und auf territorialer Ebene, ist eine Grundtatsache der deutschen Geschichte, sie ist die Norm des deutschen Verfassungslebens. Wo von dieser Norm abgewichen und eine einseitig zentralistische Struktur geschaffen wurde, ergaben sich schädliche Fehlentwicklungen innerhalb Deutschlands und gefährliche Bedrohungen für die Nachbarstaaten. Die föderale Struktur hat sich als die für Deutschland am besten angemessene Verfassung von Staat und Gesellschaft erwiesen.

In diesem Sinne haben sich bereits Parteien und gesellschaftliche Vereinigungen auf eine neue Organisationsstruktur auf der Grundlage von Ländern eingerichtet und Landesverbände und Landesvorstände gegründet. In der Öffentlichkeit und in der Presse wird bereits wie selbstverständlich von „den Ländern“ gesprochen, die alten Landesfahnen wehen von den Häusern, die Landeswappen sind wieder in Gebrauch und werden stolz gezeigt. Andererseits sind aber die Vorstellungen über die Abgrenzung der künftigen Länder noch weitgehend unklar. In einer Zeit, in der jeder seine Meinung äußern kann und beinahe alles in der Zeitung gedruckt wird, kommen auch unausgelegene Vorstellungen und sehr persönliche Meinungen über die Länderstruktur der Zukunft zum Tragen. Die genaue Kenntnis der Bürger über die vor fast 40 Jahren beseitigten Länder und ihre innere Verwaltungsorganisation scheint weitgehend verlorengegangen zu sein, so daß es nicht selten sehr eigenartige und auch abwegige Gedanken über eine Neugestaltung gibt. In der Tagespresse werden mancherlei Vorschläge zu diesem Thema veröffentlicht; auf Bezirks- und Republiksebene sind Kommissionen eingerichtet, die sich mit der Neugliederung des Territoriums befassen, und in gleicher Richtung beschäftigen sich Wissenschaftler vor allem im Bereich der Geographie.

Diese Studie verfolgt daher den Zweck, Kenntnisse zu vermitteln, auf beachtenswerte Tatsachen hinzu-



weisen und Probleme darzulegen, die bedacht werden sollten, wenn es um die Lösung der anstehenden Aufgabe geht. Es ist offenkundig, daß diese Arbeit die Berücksichtigung vieler Gesichtspunkte erfordert und daß allseits befriedigende Lösungen nicht erzielt werden können, wenn jeweils nur einzelne Teilaspekte bedacht werden. Der Wunsch nach Wiederherstellung der Länder beruht zu einem guten Teil auf einer gefühlsmäßigen Hinwendung zu Heimat und Geschichte, was als eine tragfähige Grundlage politischer Willensbildung unbedingt anzuerkennen ist. Es ist aber auch erforderlich, mit klaren, nüchternen und wirklichkeitsnahen Erkenntnissen an die Lösung einer so grundlegend wichtigen Aufgabe heranzugehen und zu diesem

Zweck alle Gesichtspunkte zusammenzutragen und sorgsam gegeneinander abzuwägen.

Die sorgsame Vorbereitung der künftigen Territorialstruktur unseres Landes erfordert Zeit. So sehr auch der Wunsch nach schneller Wiederherstellung der Länder verständlich ist, so muß doch vor überstürzten Maßnahmen gewarnt werden. Es wird darzulegen sein, wie viele Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, wenn eine möglichst gute, zweckmäßige und dauerhafte Struktur errichtet werden soll. Die früher gültig gewesenen Grenzen müssen auf ihre Brauchbarkeit überprüft werden, alte Fehler der Vergangenheit sollten nicht in die neue Ordnung übernommen werden.

## II. Grundsätze und Möglichkeiten territorialer Gliederung

Jedes größere Staatsgebilde wird in bestimmte territoriale Einheiten gegliedert, in der Regel auf mehreren Ebenen, die man als regionale (provinziale) und örtliche Verwaltungsebene bezeichnen kann. Die Abgrenzung ist eine Aufgabe für die Raumordnung, die für das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in einem Staat von nicht geringer Bedeutung ist. Dabei ergeben sich folgende sachliche Gesichtspunkte, die bei der Raumordnung eine Rolle spielen:

- a) die naturräumliche Gliederung des Landes (Gebirge, Flüsse, Flußgebiete, Ebenen);
- b) die geschichtlich gewachsene Verwaltungsstruktur (Ursachen und Alter der Verwaltungsgrenzen, Übereinstimmung mit oder Abweichung von Natur- und Wirtschaftsräumen, Zufälligkeit und Willkür bei der Bildung von Verwaltungseinheiten);
- c) die regionale Wirtschaftsstruktur (Industriegebiete, landwirtschaftlich bestimmte Gebiete, Verbreitungsgebiete von Kleingewerbe, Bergbaugebiete, städtische Ballungsräume und Dichtezonen);
- d) die landsmannschaftliche Eigenart der Bevölkerung (Sprache, Brauchtum, Lebensweise, Konfession);
- e) die gefühlsmäßige Bindung der Menschen an territoriale Institutionen und Gebietseinheiten (Nachwirkung dynastischer Traditionen, Identifizierung mit historischen Länder- und Landschaftsnamen, Stolz auf landsmannschaftliche Traditionen);

f) die Notwendigkeit, leistungsfähige politisch-administrative Einheiten herzustellen (Zwang zu wirtschaftlicher Effektivität, Stellung des Landes im Gefüge des künftigen gesamtdeutschen Bundesstaates, Leistungsstand im Wettstreit konkurrierender Länder).

Diese sechs Gesichtspunkte stehen je für sich. Es wird nicht in allen Fällen eine völlige Übereinstimmung zwischen ihnen bei der Abgrenzung von Verwaltungseinheiten geben. Die Grenzen zwischen sprachlich-mundartlichen Einheiten decken sich keinesfalls immer mit den Grenzen von Naturräumen; die Wirtschaftsstruktur übergreift historisch gewachsene Gebietseinheiten, und die praktischen Bedürfnisse einer modernen, effektiven Verwaltung können im Widerspruch zu gefühlsmäßigen Bindungen der Bevölkerung stehen. Es wird sich daher in vielen Fällen um Kompromißlösungen handeln müssen, bei denen jeweils zu fragen ist, welche der angeführten Gesichtspunkte den Ausschlag für diese oder jene Entscheidung geben sollen. Wünschenswert ist auf jeden Fall eine solche Lösung, die möglichst viele der dargelegten Grundlagen berücksichtigt.

Neben diesen Grundlagen der Raumordnung ist zu bedenken, daß jedes Land im deutschen Bundesrat vertreten sein wird, wobei die Sitzverteilung in diesem Gremium die kleinen Länder in bezug auf ihren Stimmenanteil bevorzugt. Hier entsteht bereits eine beachtenswerte Frage. Wenn die heutige DDR in mehrere kleine Länder aufgeteilt wird, dann wer-



den diese insgesamt im künftigen deutschen Bundesrat mehr Stimmen aufzuweisen haben, als es bei einer Aufteilung in wenige große Länder der Fall wäre. Eine solche Denkungsart wäre folglich darauf gerichtet, innerhalb des künftigen deutschen Bundesstaates eine gewisse Eigenständigkeit der Länder der ehemaligen DDR fortzuführen und etwaige spezifische Interessen dieses Gebietes gemeinsam zu vertreten.

Ob eine solche Gemeinsamkeit allerdings zustande käme, hinge in hohem Maße von den jeweils in einem Land vorherrschenden Parteien ab. Es ist durchaus denkbar, daß in Zukunft verschiedene Länder der heutigen DDR von verschiedenen Parteien regiert werden und ihre Bundesratsvertreter mit den ihrer Partei angehörigen Vertretern heutiger Bundesländer gemeinsam handeln und nicht eine durchaus zweifelhafte spezifische DDR-Interessenlage berücksichtigen werden. Wenn es eine solche Interessenlage geben sollte, dann könnte das ohnehin nur eine gewisse Übergangszeit betreffen und nicht mehr für die mittlere und ferne Zukunft gelten. Aus diesen Gründen erscheint es nicht angebracht, bei der territorialen Neugliederung auf derartige Möglichkeiten künftiger deutscher Innenpolitik Rücksicht zu nehmen, weil die Gewichtsverteilung zwischen den Parteien keine feste Größe ist und die Stimmenverteilung im Bundesrat sich ständig verändert, wie die bisherige Geschichte der Bundesrepublik gezeigt hat. Die Neuordnung sollte sich vielmehr auf die dauerhaften Grundlagen der Raumordnung stützen, wie sie oben unter a) bis f) dargelegt wurden.

Da jedes Land eine Landesregierung braucht, ist die Frage nach seiner Hauptstadt zu bedenken. Da eine Landeshauptstadt eine Fülle von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen an sich zieht, wirkt sich eine solche Funktion belebend auf die betreffende Stadt aus. Das kann vor der Festlegung einer Hauptstadt zu einem regelrechten

Konkurrenzstreit zwischen solchen Städten führen, die Ansprüche auf die Hauptstadtfunktion erheben. Es erscheint jedoch bedenklich, wenn die Frage der Hauptstadt eine größere Bedeutung erlangt als die Frage nach dem Land, wenn also über die Hauptstadt schon entschieden wird, noch bevor das Land besteht. Jede Hauptstadt lebt von ihrem Land, dessen Wirtschaftskraft und kulturelle Leistungsfähigkeit sie an sich zieht. Das ist in unrühmlicher Weise mit der ganz einseitigen Bevorzugung Berlins auf Kosten der Bezirke in den vergangenen Jahren der Fall gewesen. Diese Überlegung ließe es wünschenswert erscheinen, so wenig Hauptstädte wie möglich und folglich so wenig Länder wie möglich einzurichten.

Da in einer demokratischen Gesellschaft entscheidende Maßnahmen nur im Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung vorgenommen werden können, muß für alle anstehenden Entscheidungen auf dem Gebiet der Territorialstruktur eine breite Zustimmung herbeigeführt werden. In manchen Fällen wird sich die Durchführung von Volksabstimmungen bis hinunter auf Kreisebene notwendig machen. Die abstimmungsberechtigten Bürger brauchen dazu aber Informationen, aufgrund deren sie sich entscheiden können, und es müssen ihnen zuvor die Probleme dargelegt und Lösungsmöglichkeiten mit allem Für und Wider gegeben werden. Dabei dürfte es aus Gründen der allgemeinen Deutschlandpolitik feststehen, daß in dem jetzt in Gang gekommenen Vereinigungsprozeß die Grenzen der jetzigen DDR nicht in Frage gestellt werden. Es sollte Einstimmigkeit darüber herrschen, daß während des Wiedervereinigungsprozesses einzelne separatistische Schritte — wie etwa der Anschluß eines Landkreises der DDR an ein Land der Bundesrepublik — nicht möglich sind. Wenn der deutsche Bundesstaat einmal vollendet sein wird, dann werden Gebietsveränderungen im Rahmen der Bundesverfassung zu bedenken sein.

### III. Die geschichtliche Entwicklung bis zum Jahre 1952

Die Ländergrenzen von 1952 waren das Ergebnis von Entwicklungen, deren Wurzeln sich teilweise bis in das Mittelalter erstrecken. Die deutschen Länder haben sich aus den Herrschaftsgebieten entwickelt, die von den Angehörigen des jüngeren Reichsfürstenstandes seit dem späten 12. Jahrhundert aufgebaut worden waren.

Aus der Landesherrschaft wuchs die Landeshoheit, aus den Zufälligkeiten dynastischer Territorialpolitik formierten sich die Territorialstaaten, die schließlich nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation im Jahre 1806 zu souveränen Staaten wurden. Landesteilungen im rein familiären Interesse eines Herrscherhauses haben Grenzen entstehen lassen, die keinen anderen Sinn



hatten, aber z. T. bis 1952 bestehen geblieben sind. Friedensschlüsse vor 1806 haben territoriale Einheiten geschaffen, die sich fest im Bewußtsein der Bevölkerung eingepreßt haben und bis heute nicht in Frage gestellt werden.

Der Wiener Kongreß von 1815 hat dann diejenige territoriale Gliederung in Länder und Provinzen herbeigeführt, die sich bis 1945 fast unverändert erhalten hat. Die Reichsgründung unter Bismarck im Jahre 1871 ließ die damals noch vorhandenen deutschen Länder unverändert bestehen, da sich das zweite deutsche Reich als ein Bundesstaat verstand, der durch den Zusammenschluß der Länder gebildet worden war. Auch in der Zeit der Weimarer Republik wurden nur geringe Korrekturen am Gefüge der deutschen Länder vorgenommen. Am stärksten geschah das in Thüringen mit dem Zusammenschluß von sieben Einzelstaaten zu einem einheitlichen Land. Dabei löste sich das Herzogtum Sachsen-Coburg von der politischen Einheit Thüringens und trat aufgrund einer Volksabstimmung in den Verband des Freistaates Bayern ein.

Stärkere Eingriffe in diese Ordnung verursachte die Sowjetische Militäradministration mit der Einrichtung von Landes- und Provinzialverwaltungen im Jahre 1945. Damals wurde der preußische Regie-

rungsbezirk Erfurt dem Lande Thüringen zugeschlagen, aus der restlichen Provinz Sachsen und dem Lande Anhalt entstand das neue Land Sachsen-Anhalt. Der westlich der Neiße gelegene Teil der preußischen Provinz Schlesien wurde an das Land Sachsen, der westlich der Oder gelegene Teil der preußischen Provinz Pommern an das Land Mecklenburg angeschlossen. Es sollte also bedacht werden, daß die von 1945 bis 1952 gültig gewesene Abgrenzung der Länder das Werk der Besatzungsmacht war, wenn sie sich auch weitgehend an die traditionellen Verwaltungsgrenzen anlehnte.

Die territoriale Gliederung der ehemaligen Länder auf dem Gebiet der heutigen DDR ist demzufolge zu einem großen Teil von den Bedürfnissen preußischer Machtpolitik und den Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht bestimmt worden, die beide nicht auf landschaftliche Besonderheiten, eingeprägte Minderheiten und wissenschaftliche Grundsätze der Raumordnung Rücksicht genommen haben. *Die Abgrenzung der Länder von 1952 kann also nicht unbesehen für die künftige Territorialstruktur übernommen, sie muß kritisch überprüft und in der zweckmäßigsten Weise neu gestaltet werden.*

#### IV. Vergleiche mit der Bundesrepublik Deutschland

Die zehn Länder der heutigen Bundesrepublik sind in ihrer jetzigen Gestalt von unterschiedlicher Herkunft. Während Bayern, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Abgrenzung im 19. Jahrhundert erhalten haben, verlor Hessen seine linksrheinischen Gebiete an das von der französischen Besatzungsmacht geschaffene neue Land Rheinland-Pfalz, dem auch die bayerische Rheinpfalz und der südliche Teil der preußischen Rheinprovinz zugeschlagen wurden. Deren nördlicher Teil wurde mit der Provinz Westfalen zu einem neuen Lande Nordrhein-Westfalen vereinigt. Aus der preußischen Provinz Hannover kam durch Vereinigung mit den Ländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe das neue Land Niedersachsen zustande. Das Saarland wurde von der französischen Besatzungsmacht als ein unorganisches Gebilde ohne Tradition geschaffen. Die ehemals selbständigen Länder Baden und Württemberg ver-

einigten sich durch Beschluß beider Landtage, um einen kräftigen Südweststaat zu schaffen. Das territoriale Gefüge der Bundesrepublik ist folglich erst nach dem Zweiten Weltkrieg in seine heutige Form gebracht worden. Dabei ist zu beachten, daß im Falle von Niedersachsen und Baden-Württemberg kleinere Länder sich freiwillig zu größeren, leistungsfähigeren Einheiten zusammengeschlossen haben.

Für die künftige Territorialstruktur auf dem Gebiet der DDR sind diese Tatsachen von Bedeutung, weil sie die Richtung erkennen lassen, in der sich die Entwicklung im westlichen Teil Deutschlands vollzogen hat. *Die Neigung zu größeren Bundesländern hat eine effektivere, rationellere Struktur herbeigeführt und die Kräfte besser zusammengefaßt, als es in den kleineren Einheiten hätte geschehen können.*



## V. Kritische Punkte bei der Neugliederung der DDR

Im Vorausdenken auf die künftigen Länder sind in der Öffentlichkeit der DDR eine Reihe von Fragen aufgetreten, in denen sich Wünsche, Hoffnungen, Befürchtungen und Abneigungen ausdrücken. Die autoritär von oben verordnete Bezirksstruktur von 1952 ist widerspruchlos hingenommen und erduldet worden, aber mit der Befreiung von der SED-Herrschaft sind die alten landsmannschaftlichen und traditionellen Gefühle der Zugehörigkeit wieder lebendig geworden und neue Tendenzen hinzugekommen. Alle diese Regungen drängen nach Anerkennung. Sie zeigen Unterschiede in der Richtung und sind untereinander oft nicht vereinbar, was die ganze Angelegenheit schwierig macht. Sie sollen hier benannt werden.

Der westlich der Oder gelegene Teil der alten preußischen Provinz, des ehemaligen Herzogtums Pommern, der als Vorpommern bezeichnet wird, ist derzeit auf zwei Bezirke und zehn Landkreise mit zwei Stadtkreisen verteilt. 1945 wurde er mit Mecklenburg zum Lande Mecklenburg-Vorpommern vereinigt, doch wurde der alte Landesname Vorpommern bald darauf mit Rücksicht auf den polnischen Nachbarn gestrichen, so daß sich die Vorpommern als völlig von Mecklenburg vereinnahmt empfanden. Jetzt wollen sie wieder Pommern sein und zeigen wenig Neigung, sich erneut in ein Land Mecklenburg zu begeben, dessen Hauptstadt weitab liegt und von dem sie wenig an Interessen und Förderung erwarten zu können. In diesem Gebiet wohnen rund 688 000 Menschen — was für einen Flächenstaat eine sehr geringe Einwohnerzahl wäre —, etwa so viel, wie der Stadtstaat Bremen aufzuweisen hat. Ein künftiges Bundesland Vorpommern ist unter diesen Umständen kaum denkbar. In kirchlicher Hinsicht ist dieses Gebiet als Rest der evangelischen Kirchenprovinz Pommern selbständig erhalten geblieben mit der Landeskirche Greifswald und einem eigenen Bischof.

Noch ungünstiger liegen die Bedingungen für den westlich der Neiße liegenden Teil der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien mit Görlitz als der größten Stadt. Hier leben rund 380 000 Einwohner in einem Stadtkreis und fünf Landkreisen, die jetzt auf zwei Bezirke aufgeteilt sind. Diese Menschen fühlen sich als Schlesier, obwohl ihr Gebiet erst im Jahre 1815 an die Provinz Schlesien gefallen ist. Vorher waren sie Oberlausitzer und gehörten seit 1635 zum Kurfürstentum Sachsen. Historisch gesehen und ihrer Mundart nach sind sie mit den Men-

schen in der sächsischen Oberlausitz eng verbunden, aber offenbar hat die 130jährige Zugehörigkeit zur Provinz Schlesien diese Beziehung abreißen lassen. Es kommt hinzu, daß die evangelische Kirchenorganisation dieses Gebiet als den Rest der schlesischen Kirchenprovinz als eine selbständige Landeskirche mit einem Bischof an der Spitze erhalten hat, was zur Bewahrung einer eigenen Identität zweifellos beigetragen hat. Jetzt gibt es eine Abneigung dagegen, wieder wie von 1945 bis 1952 an das Land Sachsen angeschlossen zu werden, bei dem man sich nur als Anhängsel fühlen würde. Eine andere Lösung ist aber für ein so kleines Gebiet nicht denkbar.

Eine Frage von besonderer Eigenart stellt die Existenz der sorbischen Bevölkerung in der Ober- und Niederlausitz dar, die jetzt in den beiden Bezirken Dresden und Cottbus wohnt. Es gibt keine genauen Zahlen über die Kopfstärke der Sorben, zumal es im Einzelfall nicht leicht festzustellen ist, wer noch als Sorbe im vollen Sinne lebt und wer nur sorbische Sprachkenntnisse besitzt. Die Industrialisierung, der in diesem Gebiet stark betriebene Braunkohlentagebau und die Abwanderung haben die Zahl der Sorben auf einen Wert zwischen 50 000 und 100 000 absinken lassen. Sie sind aber hier die älteste Volksgruppe, waren lange vor den deutschen Siedlern des 12. Jahrhunderts im Lande und besitzen ein stark entwickeltes Gefühl ihrer nationalen kulturellen Identität. Die gegen sie gerichtete Unterdrückungspolitik während der Hitlerdiktatur hat ihnen nach 1945 viele Sympathien eingebracht, auch wurde ihnen eine kulturelle Autonomie zubilligt. Sie sind in ihrer alten engeren Heimat jetzt zur Minderheit geworden, haben aber für dieses Gebiet eine klare Option angemeldet. Da die Oberlausitzer Sorben in der Vergangenheit mit der sächsischen Regierung bessere Erfahrungen gemacht haben als die Niederlausitzer mit der preußischen, treten sie allesamt für einen Anschluß der Sorben an das Land Sachsen ein. Das würde für das Land Brandenburg in seinen Grenzen von 1945 bis 1952 einen beträchtlichen Gebietsverlust bedeuten.

Ein Land Sachsen-Anhalt hat es als Schöpfung der sowjetischen Besatzungsmacht nur von 1945 bis 1952 gegeben. Es war aus der preußischen Provinz Sachsen hervorgegangen, die ihrerseits wiederum erst 1815 nach dem Wiener Kongreß als ein recht künstliches Gebilde entstanden war. Dabei hatte man altbrandenburgische Gebiete wie die Altmark



um Stendal und Salzwedel mit den seit 1648/80 hinzugewonnenen geistlichen Fürstentümern Magdeburg und Halberstadt und den 1815 von Preußen annektierten ehemals kursächsischen Gebieten vereinigt. Sowohl in historischer wie auch in naturräumlicher und wirtschaftlicher Hinsicht war diese Provinz niemals eine homogene Einheit, sondern eher ein Ergebnis preußischer Machtpolitik.

Die sowjetische Besatzungsmacht trennte 1945 den Regierungsbezirk Erfurt davon ab und wies ihn dem Lande Thüringen zu, schloß andererseits aber das Land Anhalt an die Provinz Sachsen an. Es ist sehr die Frage, ob sich in den sieben Jahren des Bestehens dieses Landes das Gefühl einer Landesidentität hat herausbilden können und ob sich etwa die Altmärker im Norden ebenso wie die Naumburger im Süden und die Leute an der Schwarzen Elster im Osten als gemeinsame Bewohner eines als Einheit empfundenen Landes fühlen. Die Altmärker sind niemals Sachsen und schon gar nicht „Sachsen-Anhalter“ gewesen, sie waren seit Urzeiten Brandenburger, so wie ihr Land auch schon vom Namen her zur Mark Brandenburg gehört. Heute wird zwar von der Wiedererrichtung des Landes Sachsen-Anhalt gesprochen, für dessen Hauptstadtfunktion schon drei Städte ihre Bewerbung angemeldet haben, aber man ist sich dabei nicht sicher, ob die jetzt zum Bezirk Leipzig gehörenden Kreise Delitzsch, Eilenburg und Torgau und die zum Bezirk Cottbus gehörenden Kreise Jessen, Herzberg und Liebenwerda sich wieder an ihr „altes“ Land anschließen oder ob sie sich nicht eher für eine Zugehörigkeit zu Sachsen entscheiden werden. Gerade die Zugehörigkeit von Delitzsch, Eilenburg und Torgau zum Bezirk Leipzig während der vergangenen 38 Jahre hat sich als eine natürliche Zuordnung erwiesen, die Unsinnigkeit der preußischen Grenzziehung von 1815 deutlich gemacht und gezeigt, daß diese drei Kreise viel eher nach Leipzig und damit nach Sachsen orientiert sind als nach Magdeburg oder Halle.

Ähnlich steht es um die Kreise Altenburg und Schmöln, die bis 1952 zum Lande Thüringen, seitdem aber zum Bezirk Leipzig gehörten. Auch sie liegen geographisch und wirtschaftlich im Einzugsbereich des Leipziger Raumes. Ihre Zugehörigkeit zu Thüringen beruht auf einer rein dynastischen Entscheidung. Als im Jahre 1554 ein Besitzausgleich zwischen den beiden wettinischen Linien der Albertiner und der Ernestiner herbeigeführt wer-

den mußte, trat Kurfürst August von Sachsen das damalige Amt Altenburg an seinen ernestinischen Vetter ab. So blieb dieses Gebiet ein Bestandteil der ernestinischen Herzogtümer und kam nach verschiedenen Teilungen schließlich 1920 an das neugegründete Land Thüringen, von dessen Hauptteil es ziemlich isoliert ist.

Im äußersten Westen der DDR liegt das Eichsfeld um Heiligenstadt, dessen Bevölkerung wegen der Zugehörigkeit dieses Gebietes zum Erzstift Mainz bis 1803 vorwiegend der römisch-katholischen Konfession angehört. Die Eichsfelder Katholiken haben unter dem SED-Regime mit großer Konsequenz ihr religiöses Leben aufrechterhalten und das auch nach außen hin in einer Art bewiesen wie sonst nirgendwo. Ein kleiner Zipfel des kurmainzischen Eichsfeldes kam nach 1803 an Hannover, gehört also heute zum Land Niedersachsen. Mit diesem Landstrich um Duderstadt möchten sich jetzt die Bewohner des weitaus größeren Eichsfeldes in der DDR wiedervereinigen. Der Gedanke, die katholische Stadt Duderstadt mit ihren konfessionell zugehörigen Dörfern an, das in der DDR gelegene Eichsfeld anzuschließen, ist verständlicherweise nicht erwogen worden.

Auch im sächsischen Vogtland, das seit dem 14. Jahrhundert politisch mit Sachsen verbunden ist, regen sich Stimmen für einen Anschluß an Bayern. Dabei wird auf die im Vogtland gesprochene fränkische Mundart hingewiesen, die dieses Gebiet tatsächlich in sprachlicher Hinsicht mehr an den südlich benachbarten fränkischen Raum um Hof anbindet als an das nordöstlich anschließende Erzgebirge. Andererseits ist das Vogtland naturräumlich ein Teil des Elbe-Saale-Flußgebietes und durch das Fichtelgebirge deutlich vom oberfränkischen Raum getrennt.

In beiden Fällen — sowohl im Eichsfeld als auch im sächsischen Vogtland — sind zu keiner Zeit konfessionell oder landsmannschaftlich begründete Bestrebungen nach Zusammenschlüssen der dargelegten Art aufgekommen. Wenn sie in der gegenwärtigen Lage plötzlich auftreten, in der das wirtschaftliche Gefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR offenkundig ist, dann liegen die Beweggründe dafür auf der Hand. Man muß demzufolge bedenken, daß auch das Streben nach dem besseren Leben als eine Ursache für die Änderung der territorialen Zugehörigkeit eines Landesteils in Frage kommt.



## VI. Die Kreiseinteilung

Die territoriale Neugliederung unsres Landes läßt sich nicht einfach mit der Einrichtung von Ländern erledigen, sie muß tiefer gehen und auch die Ebene der Kreisverwaltung erfassen. Auch hier hat die SED-Herrschaft im Jahre 1952 eine völlig neue Struktur geschaffen, um mit deren Hilfe die Anleitung und Kontrolle der Gesellschaft wirksamer durchführen und ihre Ziele besser erreichen zu können. Aus den damals bestehenden 28 Landkreisen Sachsens wurden beispielsweise 42 neue Kreise gemacht, womit der bürokratische Apparat weiter ausgebaut und die Zahl der unproduktiven Beschäftigten erhöht wurde. Das war vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Rentabilität aus gesehen widersinnig, lag aber im Konzept der Herrschaftspraxis einer Partei, für die es in erster Linie auf die Macht und die völlige Durchsetzung ihrer Ideologie und weniger auf die wirtschaftliche Vernunft ankam. Diese Kreiseinteilung von 1952 ist ein Zeichen unter vielen anderen dafür, daß die Ideologie wichtiger war als die Ökonomie. Sie beruhte auf dem Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“, der in Wahrheit die absolute Macht der übergeordneten Leitungsebene, die Durchsetzung der Politik von oben nach unten und die Ausschaltung jeder demokratischen Kontrolle im Sinne einer stalinistischen Apparat-Partei bedeutete.

*Aus dieser Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit, zur alten Struktur der Land- und Stadtkreise zurückzukehren.* Diese Kreise hatten sich während des 19. Jahrhunderts in einer jahrzehntelangen Entwicklung herausgebildet und bewährt; sie hatten den Bedürfnissen des bürgerlichen Staates und der industriellen Gesellschaft entsprochen. Sie waren zum einen staatliche Verwaltungseinheiten, zum anderen Gebietskörperschaften mit Selbstverwaltung im Sinne des bürgerlich-liberalen Staatsrechts. Auf diesen Rechtsgrundlagen und der damit verbundenen politischen Grundeinstellung wird sich die künftige staatliche Ordnung in unserem Lande aufbauen. *Mehr Demokratie bedeutet weniger Bürokratie.* Es ist ein Grundzug bürgerlich-liberaler Staatsauffassung, die höheren Leitungsebenen zu

entlasten und möglichst viele Entscheidungen in die unteren Ebenen zu verlegen. Dazu gehört die starke Stellung der sich selbst verwaltenden Gemeinden und ein gut ausgebautes Vereinswesen, in dem sich freie Bürger zu gesellschaftlichen Zwecken organisieren können, ohne vom Staat angeleitet und kontrolliert zu werden. Der staatsfreie Raum der Gesellschaft, den es im totalitären Obrigkeitsstaat nicht gibt, wird einen wesentlich größeren Umfang haben, was zu einer spürbaren Entlastung des Staatsapparates führen muß.

Mündige Bürger braucht man nicht durch einen „vormundschaftlichen Staat“ (Rolf Henrich) zu bevormunden. Sportvereine, Gesellschaften für die Betätigung auf den Gebieten von Kultur, Kunst und Bildung, wirtschaftliche Zusammenschlüsse mit Selbstverwaltung machen entsprechende Abteilungen in den Land- und Stadtkreisen überflüssig oder vermindern deren Aufgaben. Die Marktwirtschaft wird den ganzen Verwaltungsapparat von örtlicher Industrie, Wirtschaftsplanung, Handel und Versorgung sowie für die Beaufsichtigung von Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft überflüssig machen. So ergibt sich die Möglichkeit, wieder — wie vor 1952 — größere Kreisgebiete zu schaffen und auf die damals eingerichteten zusätzlichen Kreisverwaltungen zu verzichten.

Die Bezirke von 1952 haben sich naturgemäß nicht an die alten, sondern an die damals neugezogenen Kreisgrenzen angelehnt. So ist es schon aus diesen mehr äußeren Gründen nicht möglich, die jetzt noch bestehenden Bezirke bei der Neubildung der Länder zugrunde zu legen. Bezirke und (neue) Kreise auf der einen, Länder und (alte) Landkreise auf der anderen Seite gehören unbedingt zusammen. Eine künftige Verwaltungsstruktur, die den Erfordernissen der Zeit und den Grundsätzen bürgerlich-demokratischer Staatsauffassung entspricht, muß grundsätzlich von derjenigen Kreiseinteilung ausgehen, die bis zum Jahre 1952 bestanden hat.

## VII. Lösungsmöglichkeiten einer territorialen Neugliederung

Unbeschadet der bisher dargelegten Gesichtspunkte und kritischen Fragen werden im folgenden vier mögliche Lösungen vorgestellt, die bisher in

der Aussprache über die anstehende Aufgabe am deutlichsten hervorgetreten sind oder sich aus der kombinierten Anwendung der oben angeführten





----- Bezirksgrenzen  
 ● Bezirkshauptstädte

Variante A



sechs Grundsätze territorialer Gliederung ergeben. Bei diesen Überlegungen bleibt Berlin unberücksichtigt, weil davon auszugehen ist, daß die Stadt als Ganzes nicht in ein künftiges Land einbezogen werden wird, sondern wie Hamburg und Bremen als einheitlicher Stadtstaat bestehen wird.

## 1. Variante A:

### Die Vereinigung von Bezirken

Die jetzt vorhandenen 14 Bezirke der DDR werden in folgender Weise zu Ländern zusammengefaßt:

Neubrandenburg,	
Rostock, Schwerin	= Land Mecklenburg
Cottbus, Frankfurt/O.,	
Potsdam	= Land Brandenburg
Halle, Magdeburg	= Land Sachsen-Anhalt
Erfurt, Gera, Suhl	= Land Thüringen
Chemnitz, Dresden,	
Leipzig	= Land Sachsen.

Diese Lösung würde den geringsten Aufwand bei der Umgestaltung der Verwaltung notwendig machen. Die von der SED nach rationalen Gesichtspunkten geschaffene Gliederung würde weitgehend erhalten bleiben, die zum Zweck einer wirksamen Kontrolle der Gesellschaft durch den Staats- und Parteiapparat errichtete Verwaltungsstruktur würde nur auf der Bezirksebene beseitigt, auf der Kreisebene aber erhalten bleiben, und die neuen Länder würden tatsächlich die Bezirksgrenzen verewigen. Die von den Bezirksgrenzen willkürlich zerschnittenen oder von ihren alten gewachsenen Verbindungen abgeschnittenen Gebiete blieben weiterhin in dem 1952 geschaffenen Zustand.

Beispiele: Das Altenburger Land käme zu Sachsen und nicht wieder zu Thüringen. Die seit Jahrhunderten als einheitlicher Territorialkomplex bestehende Oberlausitz würde zwischen die beiden Länder Brandenburg und Sachsen aufgeteilt. Das gleiche würde für die stets zu Brandenburg gehörig gewesenen Landschaften Prignitz und Uckermark gelten, die teilweise oder ganz zu Teilen Mecklenburgs würden.

Mit der Variante A wird demzufolge nicht der Zweck erreicht, die alten Länder im vollen Umfang wiederherzustellen und allen Bewohnern eines Landes die Identifizierung mit diesem Lande zu ermöglichen. In einem künftigen deutschen Bundesstaat würden sich diese fünf DDR-Länder in folgender Weise plazieren (Einwohner in Tausend):

Nordrhein-Westfalen	17 200
Bayern	10 800

Baden-Württemberg	9 200	
Niedersachsen	7 200	
Hessen	5 500	
	5 000	Sachsen
Rheinland-Pfalz	3 700	
Berlin	3 100	Berlin
	3 000	Sachsen-Anhalt
	2 700	Brandenburg
Schleswig-Holstein	2 600	
	2 500	Thüringen
	2 100	Mecklenburg
Hamburg	1 800	
Saarland	1 200	
Bremen	700	

Aus dieser Übersicht geht hervor, daß die aus den jetzigen Bezirken formierten DDR-Länder im mittleren und unteren Bereich der Größenordnung rangieren würden. Im Verhältnis zu den jetzigen Ländern der Bundesrepublik sind sie wesentlich kleiner. Das gesamtpolitische Gewicht, das die DDR-Länder in den künftigen deutschen Bundesstaat einzubringen hätten, wird demzufolge nicht allzu groß sein. Ferner wird in einem Drittel aller deutschen Länder dann nur ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands leben. In der Ländergliederung nach Variante A liegt also auch eine deutliche Struktur-schwäche gegenüber den starken Ländern des Westens.

Zweifellos wäre die Neubildung der Länder nach diesem Modell die schnellste Art und Weise, doch würde dies nicht die Berücksichtigung der zahlreichen in den letzten Wochen und Monaten aufgetretenen Anregungen, Vorschläge und Wünsche gestatten. Die Auffassung, daß nach der Formierung der Länder noch Korrekturen an der Abgrenzung möglich seien, muß Bedenken hervorrufen, denn es hat sich in ähnlichen Fällen immer erwiesen, daß provisorische Regelungen sehr bald endgültigen Charakter annehmen. So wäre auch hier zu befürchten, daß das Provisorium bereits unabänderliche Tatsachen schaffen würde. Vor allem wäre es kaum denkbar, daß ein auf diese Weise geschaffenes Land nachträglich wieder aufgelöst würde.

## 2. Variante B:

### Die Wiederherstellung der Länder von 1952

Es werden die bis 1952 vorhanden gewesenen Länder in ihrem damaligen Umfang wiederhergestellt.

Mit dieser Lösung müßte auch die Wiederherstellung der alten Land- und Stadtkreise einhergehen, was eine wesentliche Verminderung der Zahl der





Variante B



Kreisverwaltungen zur Folge haben würde. Die Gründe dafür sind bereits erörtert worden. Aus den dargelegten Gründen ergibt sich die Notwendigkeit, die Länder in ihrem alten Umfang und ihrer alten Struktur wiederherzustellen, weil dadurch am besten der Zweck erreicht wird, das schlimme Erbe von 40 Jahren SED-Herrschaft zu überwinden und zu demokratischen Verhältnissen zu gelangen.

Die Einwohnerzahlen der Länder nach ihrer alten Abgrenzung würden nur geringe Unterschiede gegenüber einer Neubildung von Ländern in Anlehnung an die bisherigen Bezirksgrenzen aufweisen. Die Feststellung der Strukturschwäche der heutigen DDR-Länder innerhalb des künftigen deutschen Bundesstaates bleibt demzufolge bestehen.

### 3. Variante C:

#### Grundlegende Neugliederung, kleine Lösung

Das Territorium der DDR wird in vier Länder gegliedert, wobei die geschichtlichen Traditionen und die landsmannschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen sind.

In diesem Falle wird auf die Wiederherstellung des Landes Sachsen-Anhalt verzichtet, das nur von 1945 bis 1952 bestanden hat. Es ist nur schwer als eine territoriale Einheit zu verstehen und besitzt keinen natürlichen Mittelpunkt, wie sich an der zwischen Halle und Magdeburg strittig gewordenen Frage nach der Hauptstadt zeigt.

Das Land Mecklenburg ist seit rund tausend Jahren eine landschaftlich-politische Einheit, die von einem eigengeprägten Menschenschlag bewohnt wird. Es besitzt eine vorwiegend agrarische Wirtschaftsstruktur, die Küste mit ihren Häfen gibt dem Land einen zusätzlichen Schwerpunkt. Die Wiederherstellung dieses Landes hat einen unbestreitbaren Sinn in jeder Hinsicht, zumal sich auch eine genügend große Fläche für dieses Land ergibt. Der westlich der Oder gelegene Teil Pommerns wird, wie es bis 1952 der Fall war, mit Mecklenburg vereinigt, weil er zur Bildung eines selbständigen Landes zu klein ist. Wenn sich in der Bevölkerung Vorpommerns der Wunsch ergibt, eine eigene Tradition aufrechtzuerhalten, dann kann das mit Hilfe kultureller Autonomie und provinzieller Selbstverwaltung geschehen.

Das Land Brandenburg wird in seinem historischen Umfang wiederhergestellt, wie er bis zum Jahre 1815 bestanden hat. Der altbrandenburgische Teil der erst 1815 errichteten preußischen Provinz Sachsen wird wieder mit Brandenburg vereinigt, d. h. die seit dem 12. Jahrhundert brandenburgische Alt-

mark und der seit 1648/80 zu Brandenburg gehörige Raum um Magdeburg und Halberstadt. Die preußische Provinz Sachsen wird demzufolge aufgelöst. Sie war ein durchaus künstliches Gebilde und ein Ergebnis preußischer Eroberungspolitik, die Deutschland in zwei Weltkriege mit katastrophalem Ausgang hineingeführt hat. Es besteht kein Interesse, in einem künftigen deutschen Bundesstaat territoriale Reste eines Staatswesens zu konservieren, das zielstrebig an der Ausschaltung des föderalen Prinzips gearbeitet und dem absoluten Zentralismus die Bahn gebrochen hat. Der Magdeburg-Berliner Raum stellt eine naturräumliche Einheit dar, jede darin aufgerichtete Grenze administrativer Art muß willkürlich und letztlich ohne tieferen Sinn bleiben. Ein auf diese Weise geschaffenes Land Brandenburg stellt sich als ein ansehnliches, wirtschaftlich leistungsfähiges Territorium mit einer weitgehend einheitlichen Bevölkerung dar; seine Wirtschaft ist bei starker Landwirtschaft mit wichtigen Industriestandorten versehen.

Die Niederlausitz, die im Jahre 1815 der preußischen Provinz Brandenburg zugeordnet wurde, wird dem Land Sachsen angeschlossen, wie es dem Wunsch der dort lebenden sorbischen Bevölkerung entspricht. Die von dieser Seite geltend gemachten Gesichtspunkte sind von ernst zu nehmender Natur. Sie stützen sich auf die Grundsätze eines neu aufgetretenen europäischen Volksgruppenrechts, wie es von internationalen Organisationen zum Schutz bedrohter Sprachen, Kulturen und Minderheiten vertreten wird. Dazu gehört die Forderung, das angestammte Heimatgebiet zu erhalten und vor Verfremdung und verwaltungsmäßiger Zersplitterung zu schützen. Dieser Sachverhalt trifft genau auf die sorbische nationale Minderheit zu, die bis 1815 in der Ober- und Niederlausitz zum sächsischen Staat gehört hat und erst in jenem Jahre durch die preußische Annexion auf zwei Staaten aufgeteilt worden ist. Die bevorstehende Neugliederung der DDR bietet zum ersten Male die Gelegenheit, jene Entscheidung zu korrigieren und alle Teile des sorbischen Volkes in einem einzigen Lande zu vereinen. Wenn die Sorben auch infolge der industriellen Wanderungsbewegungen der letzten hundert Jahre in ihrer Heimat zur Minderheit geworden sind, so sind sie doch die ursprünglichsten Bewohner dieses Gebietes.

Die Gliederung der deutschen Länder würde nach der Variante C folgende Rangordnung ergeben:

Nordrhein-Westfalen	17 200
Bayern	10 800





Variante C



Baden-Württemberg	9 200	
	7 900	Sachsen
Niedersachsen	7 200	
Hessen	5 500	
Rheinland-Pfalz	3 700	
Berlin	3 100	Berlin
	3 000	Brandenburg
Schleswig-Holstein	2 600	
	2 500	Thüringen
	2 100	Mecklenburg
Hamburg	1 800	
Saarland	1 200	
Bremen	700	

#### Sachsen-Thüringen:

10,4 Millionen Einwohner, 50 000 km<sup>2</sup>.

Das Land Sachsen-Thüringen füllt einen von der Natur vorgezeichneten Raum zwischen dem Erzgebirge, dem Thüringer Wald, dem Harz und dem Fläming aus und deckt sich weitgehend mit dem Flußgebiet der Saale und mittleren Elbe. Dieser Naturraum ist bereits einmal mehrere Jahrhunderte lang auch eine politische Einheit gewesen, als er unter der Herrschaft des Hauses Wettin in zielstrebigter territorialer Aufbauarbeit zu einem kraftvollen Territorialstaat entwickelt wurde, der in der deutschen Reichspolitik eine führende Rolle spielte. Die unglücklichen, dynastisch begründeten Länderteilungen im Hause Wettin und die rücksichtslose preußische Eroberungspolitik haben diesen Territorialstaat zerstückelt und bis auf fünf Restgebilde im Jahre 1918 verkleinert.

#### 4. Variante D:

##### Grundlegende Neugliederung, große Lösung

Das Territorium der DDR wird in drei Länder gegliedert, wobei die geschichtlichen Traditionen, die naturräumlichen Gegebenheiten und die wirtschaftlichen Strukturen, die landsmannschaftlichen Zusammenhänge und die Erfordernisse gegenwärtiger politisch-administrativer Aufgaben zu berücksichtigen sind.

Mit der Neubildung von Ländern wird ein für die Zukunft stabiler Rahmen gesetzt, der in einem föderal strukturierten Staat von erheblicher Bedeutung ist und die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten in starkem Maße mitbestimmt. Jetzt wird möglicherweise darüber entschieden, ob die heutigen DDR-Länder in Zukunft zu den armen, kleinen, unterstützungsbedürftigen, auf den Finanzausgleich angewiesenen Ländern gehören, oder ob sie starke regionale Einheiten darstellen, die im Gesamtgefüge des deutschen Bundesstaates einen guten Platz einnehmen. Nicht umsonst haben sich die Länder Niedersachsen und Baden-Württemberg aus mehreren kleineren Ländern zu einer größeren Einheit zusammengeschlossen. Die Vereinigung von Baden und Württemberg könnte als Modell für eine Vereinigung von Sachsen und Thüringen angesehen werden, wenn man an die ähnliche Wirtschaftsstruktur der beiden Gebiete denkt und an den Nutzen, den ein solcher Zusammenschluß für das hochleistungsfähige Land Baden-Württemberg gebracht hat.

Im Anschluß an diese Überlegungen ergibt sich eine territoriale Gliederung in folgende drei Länder:

##### Mecklenburg:

2,1 Millionen Einwohner, 26 000 km<sup>2</sup>

##### Brandenburg:

3,0 Millionen Einwohner, 33 000 km<sup>2</sup>

Über die willkürlich gezogenen Grenzen hinweg ist dieser Raum infolge der industriellen Entwicklung zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammengewachsen, für das schon während der Weimarer Republik ein politisch-administrativer Zusammenschluß geplant wurde. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, da Fehler der Vergangenheit korrigiert werden können, indem dieser Raum in einem Lande zusammengefaßt wird. Hier hat sich seit Jahrhunderten ein gesellschaftliches System ausgebildet, das von einem starken Anteil bürgerlicher Kräfte, von liberalen und demokratischen Traditionen und einer hohen Entfaltung gewerblich-industrieller Kräfte bestimmt war. In diesem Raum befindet sich ein Großteil der Bevölkerung, der gewerblich-industriellen Produktivkräfte, der Bildungseinrichtungen und der Kulturstätten innerhalb der DDR. Es erscheint in höchstem Maße sinnvoll, dieses weitgehend einheitlich strukturierte Gebiet auch im künftigen deutschen Bundesstaat in einem Lande zu vereinigen und dadurch seine wirtschaftliche und kulturelle Leistung geschlossen in das „Konzert“ der deutschen Länder einzubringen.

Wenn es die Bevölkerung dieses Landes begehren sollte, könnten die besonderen Traditionen von Sachsen und Thüringen durch eine Art provinzieller Selbstverwaltung nach dem Vorbild von Rheinland und Westfalen aufrechterhalten werden. Das ehemalige Land Anhalt würde bei der Verwirklichung der Variante D, ebenso wie schon bei C, auf die beiden Länder Brandenburg und Sachsen aufgeteilt, da es keine Gesichtspunkte für eine Wieder-







herstellung seiner territorialen Selbständigkeit gibt.

Die Gliederung der deutschen Länder würde nach der Variante D folgende Rangordnung ergeben:

Nordrhein-Westfalen	17 200	
Bayern	10 800	
	10 400	Sachsen-Thüringen
Baden-Württemberg	9 200	
Niedersachsen	7 200	
Hessen	5 500	
Rheinland-Pfalz	3 700	
Berlin	3 100	Berlin
	3 000	Brandenburg
Schleswig-Holstein	2 600	
	2 100	Mecklenburg
Hamburg	1 800	
Saarland	1 200	
Bremen	700	

Bei dieser Gliederung würden die drei DDR-Län-

der gleichmäßig auf den oberen, den mittleren und den unteren Bereich in der Größenordnung der deutschen Länder verteilt sein. Das Land Mecklenburg würde dem Land Schleswig-Holstein entsprechen, das Land Brandenburg würde der Einwohnerzahl nach im Lande Rheinland-Pfalz, seiner Raumstruktur nach im Lande Niedersachsen sein. Gegenüber sehen können, während das Land Sachsen-Thüringen als drittgrößtes deutsches Bundesland ein beachtliches Gegengewicht zu den führenden Ländern Nordrhein-Westfalen und Bayern darstellte und im Lande Baden-Württemberg seinen annähernd gleichgroßen und gleich strukturierten Partner fände. *Eine solche Neuordnung könnte nicht das Gefühl einer Vereinnahmung der DDR durch die jetzige Bundesrepublik hervorrufen, sondern im Gegenteil für Ausgewogenheit und Gleichrangigkeit sowie dafür sorgen, daß die Bevölkerung der heutigen DDR im künftigen deutschen Bundesstaat durch starke territoriale Institutionen vertreten sein wird.*

## VIII. Ergänzende Maßnahmen

Es wird nicht möglich sein, mit irgendeiner der vorgestellten Varianten oder einer anderen denkbaren Lösung alle in der Öffentlichkeit aufgetretenen Bestrebungen und Wünsche zu erfüllen. Die praktischen Notwendigkeiten einer zweckmäßigen Territorialgliederung lassen sich mit eng begrenzten Vorstellungen nicht in Einklang bringen, so verständlich und berechtigt diese auch sein mögen. Deswegen ist es wichtig, auf weitere Möglichkeiten territorial begründeter Eigenständigkeit hinzuweisen, die zwar nicht auf der Ebene der Länder realisierbar sind, aber innerhalb eines Landes bestimmte Räume, Landschaften, Volksgruppen oder geschichtlich bedingte Gebietseinheiten mit einer individuellen Ausprägung konstituieren können. Die Praxis des bürgerlich-liberalen Staates bietet in dieser Hinsicht eine Reihe von Modellen.

Wenn die künftigen Länder wieder — wie vor 1945 und wie die jetzigen westdeutschen Bundesländer — in Regierungsbezirke gegliedert werden, dann ergibt sich damit eine Möglichkeit, derartige Gebietseinheiten zu schaffen, die ein gewisses Eigenleben kleinerer Landschaften oder Volksgruppen gewährleisten. Eine solche Lösung würde sich beispielsweise für Vorpommern anbieten, dessen Eigenständigkeit innerhalb des Landes Mecklenburg auf diese Weise gesichert werden könnte.

An zweiter Stelle kommt die Einrichtung besonderer landschaftlicher Selbstverwaltungskörperschaften innerhalb eines Landes in Frage. Als Beispiel kann die Aufteilung des Landes Nordrhein-Westfalen in die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen herangezogen werden, die jeweils im Umfang der alten Provinzen bestehen und beachtliche öffentliche Aufgaben wahrnehmen, namentlich auf dem Gebiet von Bildung, Kultur und Sozialfürsorge. Auch Parteien und andere gesellschaftliche Vereinigungen können sich in dieser mittleren Ebene organisieren, wenn ihnen die Landesebene zu großflächig ist. Bei der großen Bedeutung, die im liberalen Staat den freien Zusammenschlüssen der Bürger zukommt, sind solche sich selbst verwaltende Gebietskörperschaften geeignete Mittel zur Bewahrung landschaftlicher Eigenart. Falls es zu der in Variante D vorgeschlagenen großen Lösung kommen sollte, könnten etwa Sachsen und Thüringen innerhalb eines einheitlichen Landes zwei solche Landschaftsverbände bilden oder kann die Altmark innerhalb des vergrößerten Landes Brandenburg ihre Selbständigkeit aufrechterhalten.

Eine dritte Form bietet die Kulturautonomie, die von Landschaften, Volksgruppen oder nationalen Minderheiten in Anspruch genommen werden kann. Hierbei geht es um Möglichkeiten, eine Ei-

genständigkeit in bezug auf Sprache, Konfession oder Brauchtum zu bewahren und öffentlich darzustellen. Derartige Regelungen können für die sor-

bische Bevölkerung in den beiden Lausitzen und für die römisch-katholische Bevölkerung des Eichsfeldes vorgesehen werden.

## IX. Schlußüberlegungen

Die bevorstehende territoriale Neugliederung unseres Landes ist eine Gelegenheit, wie sie nur selten in der Geschichte geboten wird. Sie muß als wirklicher Neuanfang genutzt werden, um eine für die Zukunft tragfähige Territorialstruktur zu schaffen, in der die vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben bewältigt werden können und das föderale Prinzip eine gesunde Grundlage erhält. Es wäre ein schwerer Fehler, diese Chance zu verspielen, indem ein enges Denken lediglich die Wiederherstellung von Ländern herbeiführen würde, die durch dynastische Zufälligkeiten und machtpolitische Willkür geschaffen worden sind. Die künftigen Länder auf dem Boden der heutigen DDR sollen nicht bloße Verwaltungseinheiten sein, nicht nur eine Zusammenfassung von Bezirken. Sie müssen lebensfähige wie leistungsfähige Staatsgebilde sein, in denen freigewählte Volksvertretungen und demokratisch zusammengesetzte Regierungen politische Verantwortung ausüben können. Es müssen Gebietseinheiten sein, die sich im wirtschaftlichen Wettbewerb behaupten und zum Wohl ihrer Bürger wirken können. Es müssen landschaftliche Gebilde sein, die der Mensch mit Verstand und Herz begreifen kann, mit denen er sich zu identifizieren vermag und die ihm ein Gefühl der Zugehörigkeit geben.

Die Bürger der DDR müssen sich ernsthaft überlegen, ob sie künftig in drei, vier oder fünf Ländern leben wollen, ob sie sich drei, vier oder fünf Hauptstädte und ebensoviele Landesregierungen und

Landtage leisten wollen und leisten können. Die vier Länder nach der Variante C und die drei Länder nach der Variante D beruhen in ihrer Abgrenzung auf sehr alten Traditionen und entsprechen damit dem Bedürfnis des Menschen nach geschichtlicher Tiefe. Sie zielen aber auch auf die Notwendigkeit moderner staatlicher Ordnung ab. Sie liegen somit im Spannungsfeld von Tradition und Fortschritt, in dem auch die westdeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Niedersachsen entstanden sind. Sie beruhen auf Verwaltungsstrukturen des 19. Jahrhunderts, die daraufhin befragt werden müssen, ob sie noch für das 21. Jahrhundert tauglich sind. Die jetzt zu schaffende Territorialstruktur braucht Einheiten, die auch dem bevorstehenden nächsten Jahrhundert angemessen sind. Die Variante D entspricht diesen Bedingungen.

Die Gesellschaft der DDR sollte den Mut haben, eine große Lösung der jetzt vor ihr stehenden Aufgabe hinsichtlich der territorialen Neugliederung herbeizuführen; sie sollte an das deutsche Vaterland in seiner Gesamtheit denken und sich darin den ihr angemessenen Platz sichern. Es sollte eine Lösung herbeigeführt werden, die die Länder auf dem Gebiet der heutigen DDR in der künftigen gesamtdeutschen Bundesrepublik nicht von vornherein unterstützungsbedürftig macht, sondern ihnen eine Stärke gibt, mit der sie im Konzert der deutschen Länder einen guten Stand haben werden.



## **Matthias Jung: Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/90, S. 3–15

Am 18. März fand auf dem Gebiet der DDR die erste freie Wahl statt. Diese gewann die Allianz für Deutschland, das Wahlkampfbandnis aus Ost-CDU, Demokratischem Aufbruch (DA) und Deutscher Sozialer Union (DSU), mit großem Vorsprung, während die SPD und die PDS, die alte SED, deutlich auf die Plätze zwei und drei verwiesen wurden. Alle anderen Parteien und Gruppierungen, auch das Bündnis '90, zu dem sich die meisten Bürgerinitiativen und Protestgruppen des Vorherbst zusammengeschlossen hatten, blieben eher bedeutungslos. Überraschend hoch fiel die Wahlbeteiligung aus. Das Ergebnis selbst war gekennzeichnet durch ein starkes Süd-Nord-Gefälle bei der Allianz, die in den beiden südlichen Ländern Thüringen und Sachsen 60 Prozent erzielte, während sie in Mecklenburg im Norden und in Brandenburg in der Mitte knapp unter 40 Prozent blieb. Die SPD wie auch die PDS erreichten in Ost-Berlin jeweils ihr bestes Ergebnis, lagen dagegen in den südlichen Ländern deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Ganz ungewöhnlich – zumindest nach den Erfahrungen westlicher Wahlen – war das Abschneiden der Parteien bei der Arbeiterschaft. Hier gewann die Allianz weit mehr Stimmen als bei der Gesamtheit der Wähler, während die SPD durchschnittlich und die PDS deutlich unterdurchschnittlich abschnitt. Auch im Hinblick auf das Alter unterschied sich besonders das Ergebnis der Allianz sehr deutlich von dem der Union in der Bundesrepublik. In der DDR gab es nämlich kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen.

Trotz aller Schwierigkeiten eines Vergleichs zwischen den Ergebnissen der Volkskammerwahl und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 stellten letztere eher eine Bestätigung als eine Revision der Wahlentscheidung vom 18. März dar.

## **Bernd Lindner: Die politische Kultur der Straße als Medium der Veränderung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/90, S. 16–28

Lange weigerte sich die alte SED-Führung im Herbst 1989, die Massendemonstrationen öffentlich anzuerkennen, wie sie sich über Jahrzehnte weigerte, den Terminus der politischen Kultur zu gebrauchen. Der Beitrag untersucht, wie sich innerhalb kürzester Zeit in der DDR eine eigenständige politische Kultur der Straße herausbildete. Er skizziert ihre Vorgeschichte und versucht zugleich, sie in ihren wichtigsten Etappen und Elementen zu beschreiben. Dabei geht er auf historische Dimensionen der politischen Kultur der Straße in Deutschland ebenso ein, wie auf ihre DDR-spezifischen Besonderheiten.

Im Herbst des vergangenen Jahres war in der DDR eine brisante politische Situation entstanden, die auf Lösungen drängte. Die Riege der mächtigen alten Führungskräfte der SED um Erich Honecker war zum Hemmschuh gesellschaftlicher Entwicklung geworden, so daß immer mehr Menschen nach Auswegen suchten. Die einen wählten die Ausreise, die anderen (den oppositionellen Kräften angehörend) traten aus dem schützenden Kreis der Kirche mit der Absicht heraus, gesellschaftliche Veränderungen einzufordern. Der SED-Staat, der zuerst mit sinnloser Brutalität darauf reagierte, brach in atemberaubendem Tempo unter dem sich formierenden Druck der Massendemonstrationen im ganzen Land zusammen. Die Demonstrationen – insbesondere jene in Dresden, Berlin und vor allem Leipzig – bestimmten dabei nicht nur das Tempo der Entwicklung, sondern auch ihre inhaltlichen Dimensionen. Wichtige Elemente waren dafür die in den Demonstrationen mitgetragenen Transparente und Losungen.

Während im Oktober die „Demos“ (insbesondere in Leipzig) einen eigenständigen Charakter entwickeln konnten, gerieten sie zunehmend unter äußere Einflüsse (durch Öffnung der Grenzen, aber auch die Medienpräsenz) und veränderten ihr – viel umstrittenes – Erscheinungsbild. Die Herausbildung einer politischen Kultur der Straße ist im östlichen Teil Deutschlands noch nicht abgeschlossen.

## **Karl-Rudolf Korte: Die Folgen der Einheit. Zur politisch-kulturellen Lage der Nation**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/90, S. 29–38

Die Einheit ist seit dem 9. November 1989 zum Selbstverständlichen geworden. Doch fehlen dieser neuen Normalität noch die Begriffe. Um ein rationales Verhältnis zur neuen Realität zu gewinnen, werden in diesem Beitrag Wandlungen im politisch-kulturellen Selbstverständnis der beiden Gesellschaften in der Bundesrepublik und in der DDR jeweils vor und nach dem 9. November 1989 untersucht. Die bundesrepublikanische Selbstzufriedenheit überdeckte lange das Fehlen eines gesicherten nationalen Identitätsbewußtseins. Das Staats-, National- und Geschichtsbewußtsein der Bundesbürger veränderte sich jedoch seit der Revolution in der DDR.

Die fünf aktuellen Standortbilder der DDR („So-soll-es-sein-DDR“, „Aufbaustolz“, „Sozialistisches-DDR-Bewußtsein“, „Heimatmuseum DDR“, „Doppelte Deutsche“) beinhalten jeweils unterschiedliche Vorstellungen über eine DDR-spezifische Identität. Konkret lassen sich sechs politisch-kulturelle Strömungen einer Wertekontinuität in der DDR beobachten, die auch nach dem vorübergehenden Ausnahmezustand im Oktober und November 1989 ihre dominierende Prägekraft behalten haben: Idealismus, Etatismus, unpolitische Innerlichkeit, Konfliktscheu, Formalismus und Sicherheitsbedürfnis. Insgesamt kennzeichnet jedoch eine neue Gelassenheit die augenblickliche Lage der Nation.

## **Karlheinz Blaschke: Alte Länder – Neue Länder. Zur territorialen Neugliederung der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/90, S. 39–54

Vor der Gesellschaft in der DDR steht die Aufgabe, das Territorium ihres Staates neu zu gliedern. Im Zuge der revolutionären Veränderungen während des Herbstes 1989 ist die Forderung nach Wiederherstellung der im Jahre 1952 aufgelösten Länder erhoben worden. Sie hat sich seitdem verstärkt und dazu geführt, daß die Neugründung der Länder heute als selbstverständlich gilt. Sie entspricht nicht nur dem Wunsch der großen Mehrheit der Menschen, sondern ergibt sich auch als zwingende Notwendigkeit aus der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, mit der das Gebiet der heutigen DDR in naher Zukunft zu einem einheitlichen Bundesstaat vereinigt werden wird.

Die bis 1952 bestehenden fünf Länder waren zum Teil Ergebnisse einer langen territorialen Entwicklung und Träger einer Eigenstaatlichkeit, die den stalinistischen Prinzipien der bürokratisch-zentralistischen Leitung des sozialistischen Staates widersprach. Der Wunsch nach Wiederherstellung der Länder beruht zu einem guten Teil auf einer gefühlsmäßigen Hinwendung zu Heimat und regionaler Geschichte, was als eine tragfähige Grundlage politischer Willensbildung unbedingt anzuerkennen ist. Es ist aber auch erforderlich, mit nüchternen und wirklichkeitsnahen Erkenntnissen an die Lösung einer so grundlegend wichtigen Aufgabe heranzugehen. Die früher gültig gewesenen Grenzen müssen auf ihre Brauchbarkeit überprüft werden, alte Fehler der Vergangenheit sollten nicht in die neue Ordnung übernommen werden. So zeigen die Erfahrungen in der Bundesrepublik, daß größere Bundesländer effektiver ihre Funktion in einem föderativen Gesamtstaat wahrnehmen können. Andererseits verkennt der Verfasser nicht das emotionale, sozialpsychologische Element, daß es der Wunsch einer sehr großen Mehrheit der DDR-Bürger zunächst einmal ist, nach vierzigjähriger Bevormundung durch den bürokratischen Zentralstaat sich der eigenen landsmannschaftlichen Identität zu versichern und diese auf möglichst vielfältige Weise zum Ausdruck zu bringen.

Angesichts dieses Nachholbedarfs an regionalem Selbstbewußtsein dürfte eine über die alsbaldige Wiederherstellung der Länder hinausgehende Länderneugliederung intensive Gedankenarbeit und politische Entschlußkraft erfordern. Die Studie prüft für die sich damit eröffnende Diskussion vier Varianten einer Neugliederung und plädiert für möglichst große Strukturen, die politisch wie wirtschaftlich sich behaupten können.